DAS MAGAZIN FÜR MUT ZUR ZUKUNFT

# Sen oren Union

# souveran

Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg:







Perspektiven für Deutschland:

Diese drei verdienen Ihr Vertrauen!





Freuen Sie sich doch auf SCHLOSSHOTEL OTH in BADEN BEI WIEN- Ihrem idealen Ausgangspunkt für Theater, Konzerte, für schöne Ausflüge zu den berühmten Sehenswürdigkeiten im Wienerwald, Mayerling, Gumpoldskirchen, zum Schloß Schönbrunn, mit dem Donauschiff durch die Wachau, ins Burgenland zum Neusiedler See, in die Alpen, nach Bratislava, Ungarn, Budapest, etc.

# Ideal auch für Ihre besondere WIEN-REISE mit Freunden!

Zentral und ruhig im Badener Villenviertel gelegen, nächst einem der prächtigsten Rosenparks Europas mit über 30.000 Rosen und beim imposanten SANDSTRAND-THERMALBAD (täglich freier Eintritt für unsere Gäste!), sowie gemütlich zu Fuß zum Winzer-Heurigen.

Mit dem TAG- und NACHT-EXPRESS-BUS geht's bequem direkt ab Hotel nach WIEN-Zentrum/Altstadt/Fußgängerzone/Staatsoper und zur Wiener U-Bahn.





Verlangen Sie doch unverbindlich unseren Hotelprospekt und weitere günstige Angebote! Einfach anrufen unter Tel: 0043 / 2252 / 44 436 oder per E-Mail an: hotel@oth.info











# like full to James Sig forms his States



die Kölner Ereignisse haben abrupt die weltweit bewunderte Hilfsbereitschaft der Deutschen und die ihren Sprachschatz bereichernde "Willkommenskultur" überschattet. Sehr viele Bürgerinnen und Bürger in unserem Land, die sich in außergewöhnlich verdienstvoller Weise und unter persönlichen Opfern ehrenamtlich um die Betreuung und Unterbringung von im Krieg verfolgten Menschen bemüht haben, zeigten sich tief enttäuscht und verbittert über das, was der Mob in der Silvesternacht in der Domstadt angerichtet hatte. Doch bei den vielen aus ihrer zerbombten und zertrümmerten Heimat geflohenen Menschen lehrt die Erfahrung, dass sich unter ihnen auch "Begleiter" befinden, die die Freiheit in einem demokratischen Land mit Hemmungslosigkeit verwechseln. Die übergroße Mehrheit aus den Bürgerkriegsländern ist dagegen integrationsbereit, will sich in unseren Staat einordnen und selbstverständlich unsere Gesetze achten und unsere über mehrere Jahrtausende gewachsene Kultur respektieren und tolerieren. Sie wissen um ihre Bringschuld und sind sich bewusst, dass ihr Gastland für Übergriffe auf Frauen nicht das allergeringste Verständnis hat und dafür auch nicht einen wie immer begründeten kulturellen Hintergrund als Entschuldigung gelten lässt. Selbst eine dazu nur angedachte Erklärung für begangene Untaten ist absolut undiskutabel.

Dass Kriminelle für ihre Handlungen bestraft werden müssen, ist pure Selbstverständlichkeit, das gilt für Einheimische wie für Flüchtlinge und jeden anderen gleichermaßen. Es gibt keinen Verfolgungs- und keinen Strafrabatt für nichtdeutsche Staatsbürger. Hingegen wurde eine solche Selbstverständlichkeit nicht immer als eine für jedermann geltende Rechtsnorm wahrgenommen. In weiten Teilen der Bevölkerung hat jedenfalls vor Köln ein unsicheres Gefühl bestanden, wonach ein undefinierbares Meinungskartell die Kontrolle darüber führte, was in der Republik im Bereich von Migration und Integration gesagt werden durfte und was nicht. Nicht wenige wohlmeinende Bürger sahen sich der Peinlichkeit ausgesetzt, in die Ecke der braunen Strolche bugsiert zu werden, wenn sie nur vorsichtig und behutsam auf Probleme bei Migranten und ihrer Integration hinwiesen. Zuweilen ging die an Lächerlichkeit nicht zu überbietende öffentliche Maßregelung so weit, dass jemand, der nur aus lauter Neugier und ohne Hintergedanken höflich Migranten nach ihrer Herkunft fragte, postwendend in die Kategorie "Rassist" befördert wurde. Wenn Menschen sich aber nicht mehr trauen, ihre Beobachtungen, die der Wahrheit und Wirklichkeit entsprechen und in ihnen Sorgen und Ängste auslösen, auszusprechen aus Furcht, man könne sie missverstehen und sie als Mitläufer der braunen Gefolgschaft zuordnen, dann hat das fatale Folgen. Die Bürger verlieren nicht nur das Vertrauen in den Staat, sondern auch in seine Ordnungskräfte, und laufen Gefahr, den Rattenfängern vom rechten Rand der Gesellschaft in die Falle zu gehen. Wir brauchen wieder mehr Mut zur Wahrheit. Die Angst vor der Wahrheit ist dumm, sie ist verhängnisvoll und spaltet die Gesellschaft. Ein aufrechter und wehrhafter Demokrat hat die Pflicht zu sagen, was ist. Wer hingegen wie in Köln die Wahrheit zu verschleiern sucht, der schafft erst recht Misstrauen in die demokratische Rechtsordnung.

Natürlich ist die Grundhaltung richtig, den rechts- und linksradikalen Trommelbuben keinen Zulauf zu verschaffen und ihnen das Handwerk zu legen. Doch dieses Ziel erreicht man nicht durch Verklärung der Tatsachen und Verschweigen und Bagatellisieren von kriminellen Handlungen. Das Gegenteil ist der Fall.

Um das zu verhindern, muss ehrlicherweise konstatiert werden, dass die große Zahl der Flüchtlinge aus Bürgerkriegsgebieten sich mit allen guten Gedanken und auch dankbar in unsere Gesellschaft eingliedern will. Wenn eine Minderheit unter ihnen dagegen keine Integrationsabsichten hat und die ihnen gebotene Freiheit missbraucht, dann müssen sie bestraft werden, unabhängig von ihrem Status, seien sie Einheimische, Flüchtlinge, Asylanten oder andere Ausländer. Weil dieser Standpunkt richtig und vernünftig ist, muss man ihn auch öffentlich äußern und darüber schreiben können. Das ist politisch korrekt. Dabei ist es mir gleichgültig, wie sogenannte "Gutmenschen" darüber denken. Ich teile die Meinung derjenigen nicht, die kürzlich diesen Begriff zum "Unwort des Jahres" erklärt haben. Ich habe nun einmal ein Misstrauen gegenüber Personen, die ihre Moral wir eine Monstranz vor sich hertragen. Zuweilen ist die Grenze zwischen Moral und Heuchelei recht fließend. Wer als Asylant berechtigten Schutz in unserem Land sucht, hat verfassungsrechtlich auch einen Anspruch darauf. Wer hingegen den Schutz dieses Staates zu kriminellem Tun missbraucht, der verliert diesen Schutz. Und wer einen Schutz fordert in dem Bewusstsein, die Glaubensfreiheit und die Gleichheit von Mann und Frau in unserem Land als Angriff auf seine Identität zu verstehen und sie bekämpfen zu müssen, der hat ebenfalls das Recht auf Asyl verloren. Und schließlich muss jeder Ankömmling in Deutschland, insbesondere aus muslimischen Ländern, unmissverständlich zur Kenntnis nehmen, dass niemand in diesem Land geduldet wird, der den Holocaust leugnet, Hass gegen Juden predigt und das Existenzrecht Israels bestreitet.

Jeder gute Wille, jede gute Tat, all unser aufopferungsvolles Bemühen und jede wirkungsvolle Hilfe für geflohene Menschen werden letztlich fehlschlagen, wenn wegen der unbegrenzten Zahl der Zuwanderer unsere Mittel zur Hilfe erschöpft sind. Über die Frage, wie das Problem im Einzelnen gelöst wird, gibt es Streit und unterschiedliche Auffassungen. Doch die gegenwärtige Zahl ist zu hoch, diese Tatsache bleibt unstrittig. Wer aber einen geradezu hanebüchenen Schießbefehl fordert, der gehört in die Obhut von Helfern in weißen Kitteln, die ihn wegschließen.

Von der Lösung des gegenwärtigen Flüchtlingsproblems wird es abhängen, ob Europa seine Einheit und Stabilität erhalten bleibt. Wenn das große politische Wunder von offenen Grenzen in Europa, das von Hunderten Millionen Menschen über viele Jahre erkämpft wurde, zerstört wird durch die Errichtung neuer nationaler Grenzen, dann ist es um die Einheit dieses Kontinentes geschehen. Europa hätte versagt, seine Werte gingen zum "Deubel" und würden zum Spielball der neu aufkommenden Mächte in der Welt.

Ich bleibe Optimist. Wir werden das schaffen, wenn wir vernünftig und vor allem umgehend reagieren. Wenn bei einer kommenden Europa- oder Weltmeisterschaft zur Freude aller Deutschen in einer deutschen Siegermannschaft unverkennbar Deutsche mit Migrationshintergrund zu sehen sind und diese, wie es in den USA, in Frankreich und andernorts natürlich ist, die deutsche Nationalhymne mit den Worten "Blühe, deutsches Vaterland" begeistert mitsingen, dann, ja dann, haben wir es wirklich geschafft!

The the true

Prof. Dr. Otto Wulff Bundesvorsitzender der Senioren-Union der CDU Deutschlands





6 "Wir machen keine falschen Versprechungen"

Die CDU-Spitzenkandidatin in Rheinland-Pfalz, Julia Klöckner, im Souverän-Interview

8 Ab März 2016 – bessere Politik für Baden-Württemberg

Mit welchen Positionen der CDU-Spitzenkandidat Guido Wolf im Südwesten punkten will ...

- 10 Von Afghanistan nach Edewecht Ein Flüchtlingsschicksal im Ammerland
- 11 Was wird der Flüchtlingsstrom langfristig kosten? Ein Interview mit Prof. Dr. Bernd

Raffelhüschen

12 Ist der Mensch tatsächlich verantwortlich?

> Kritische Anmerkungen zur Klimadebatte von Prof. Dr. Wolfgang Merbach

16 Deutsche Sparer sollen europaweit für Banken haften

> Ein Beitrag von Dr. Gerhard Schier zur Einlagensicherung für Bankguthaben

20 Zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit wichtiger denn je

> Ein Plädoyer von Ronald Pofalla, dem neuen Vorsitzenden des Petersburger Dialogs

24 Mehr Anreiz, mehr Flexibiltät

Peter Weiß, Vorsitzender der Arbeitnehmergruppe in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, zur Flexi-Rente

28 Wachsender Bedarf an Infrastruktur

> Ein Überblick zum künftigen Pflegebedarf vom Institut der deutschen Wirtschaft

32 Wir müssen Politik für Ältere machen - andere tun es nicht

Ein Beitrag von Leonhard Kuckart, dem stv. SU-Bundesvorsitzenden und Landesvorsitzenden NRW

- 33 Aus der Senioren-Union
- 36 Nachrichten aus der Europäischen Senioren-Union (ESU)
- 37 Leserbriefe
- **39** Buchtipps

### BEI REDAKTIONSSCHLUSS

Zwangstests für ältere Autofahrer

# Nein!

Zwangstests zur Überprüfung der Fahrtauglichkeit älterer Autofahrer lehnt die CDU-Senioren-Union (SU) entschieden ab. Zu einem entsprechenden Vorstoß seitens der Versicherer auf dem 34. Verkehrsgerichtstag Ende Januar in Goslar erklärte SU-Chef Otto Wulff in Berlin: "Solche Pflichtuntersuchungen haben nachweislich keinen positiven Effekt auf die Verkehrssicherheit." Der CDU-Politiker verwies auf Studien in mehreren europäischen Ländern, den USA und Australien, denen zufolge die Nachteile sogar überwiegen würden. Der Grund sei, dass ältere Autofahrer "aus Angst vor einem Selektionsprozess" auf eine für sie erheblich gefährlichere Art der Mobilität, etwa das Fahrradfahren oder andere altersrelevant riskante Fortbewegungsarten, wechseln würden. Statt ältere Menschen in ihrer Mobilität weiter einzuschränken und auszusondern. spricht sich die Senioren-Union nachdrücklich dafür aus, das Angebot an freiwilligen Beratungs- und Qualifizierungsmaßnahmen für ältere Autofahrer auszubauen. Denkbar wäre, so SU-Chef Wulff, die Teilnahme an solchen Kursen mit einem Bonus bei der Kfz-Versicherung zu belohnen. Dies im Hinblick darauf, dass Senioren ohnehin "teilweise horrende Risikoaufschläge allein aufgrund ihres Alters zahlen müssen". An die Automobilindustrie appellierte Wulff, verstärkt seniorenfreundliche Autos zu bauen. Jan Peter Luther

# Impressum

Herausgeber Senioren-Union der CDU Deutschlands Konrad-Adenauer-Haus Klingelhöferstr. 8 10785 Berlin Tel. 030 / 220 70 - 4 45 Fax 030 / 220 70 - 4 49 E-Mail seniorenunion@cdu.de www.senioren-union.de

Weiss-Verlag GmbH & Co. KG Postfach 30 · 52153 Monschau Geschäftsführer: Martina Schmitz Verlagsleiter: Alexander Lenders Tel. 02472 - 9 82 118 Fax 02472 - 9 82 77 114 alenders@weiss-verlag.de

#### Anzeigen und Beilagenkontakt

Verlagsrepräsentanten Wolfgang Braun Braun Medien GmbH Riedelstraße 14 42349 Wuppertal Tel. 0202 - 3 17 86 93 Fax 0202 - 3 17 86 95 kbmedien.braun@t-online.de

70000 Exemplare über personalisierten Posteinzelvertrieb an Senioren-Union-Mitglieder und an CDU-Funktions- und Mandatsträger

#### Leserzuschriften an:

Senioren-Union der CDU Deutschlands Redaktion Souverän Konrad-Adenauer-Haus (Adresse s.o.)

#### Herstellung:

Weiss-Druck GmbH & Co. KG Hans-Georg-Weiss-Straße 7 52156 Monschau Layout: Ute Meurer

#### Redaktion:

Chefredakteur: Andreas Oberholz Tel. 02056 - 5 73 77 Fax 02056 - 6 07 72 pressebuero\_oberholz@t-online.de

Weitere Autoren dieser Ausgabe:

Claus Bernhold, Christine Demmer, Alfons Gerling, Prof. Dr. Wolfgang Merbach, Dr. Heinz-Dieter Mundorf, Dr. Jochen Pimpertz, Dr. Gerhard Schier, Prof. Dr. Sven Voelpel, Ulrich Winz, Prof. Dr. Otto Wulff

#### Bildnachweis:

CDU Rheinland-Pfalz, CDU Baden-Württemberg, Difu, Jan Peter Luther, Roland Rochlitzer, Ulrich Winz. fotolia

Titelfoto: Die drei Spitzenkandidaten der CDU für die Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg

Berichte zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt enthält die Landesbeilage der dortigen Senioren-Union.



# Die Zukunft ist elektrisch.

Wer viel vorhat, muss gut gerüstet sein. Wir wollen das Elektroauto für alle erschwinglich machen und Sie mit innovativen Mobilitätskonzepten überzeugen. Null Emissionen sind unser Ziel, Transparenz und Offenheit unsere Pflicht. Denn es ist uns besonders wichtig, Ihr Vertrauen zurückzugewinnen. Bewegen wir uns gemeinsam in Richtung Zukunft!





Im Interview: Julia Klöckner

# "Wir machen keine falschen Versprechungen"

Inmitten turbulenter Zeiten wählt Rheinland-Pfalz einen neuen Landtag und damit eine neue Regierung. Souverän sprach mit der Spitzenkandidatin der CDU, Julia Klöckner.

Souverän: Frau Klöckner, zunächst zum Dauerthema der letzten Monate. Was sind in Sachen Flüchtlingspolitik zurzeit aus Ihrer Sicht die wichtigsten Maßnahmen? Wo muss ggf. nachgesteuert werden?

Klöckner: Für eine europäische Herausforderung von historischer Dimension brauchen wir auch eine europäische Antwort. Daher dürfen wir auch nicht nachlassen, unsere Partner in der EU in die Pflicht zu nehmen. Gleichzeitig dürfen wir uns davon aber auch nicht bremsen lassen, notfalls auch voranzugehen und bilateral mit unseren Nachbar- und den Transitländern Fortschritte zu machen. Wenn die Flüchtlinge zum Beispiel in der Türkei gut aufgehoben sind und sich dort registrieren lassen können, werden sie sich nicht auf den Weg machen. Das trocknet die Schlepperkriminalität aus und ist für alle Beteiligten besser, sicherer und auch kostengünstiger. Den Zuzug derjenigen, die eine Bleibeperspektive haben, müssen wir dann über Kontingente regulieren, die sich nach der Aufnahmefähigkeit der Kommunen bemessen. Alle anderen müssen schnell und entschieden abgewiesen werden. Nur so können wir die Zahlen nachhaltig und schnell reduzieren.

Sie haben eine Integrationspflicht für Migranten vorgeschlagen. Bestehen Sie dabei weiterhin auch auf einem Burka- und Nikab-Verbot, wie u.a. "Die Welt" im Dezember berichtete? Meine Forderung nach einem Verbot der Vollverschleierung ist ja nicht aus einer Laune heraus entstanden, sondern aus einer tiefen Überzeugung. In einer offenen Gesellschaft müssen wir einander ins Gesicht schauen können. Männer dürfen Frauen keine Kleidervorschriften machen. Die Integrationspflicht geht aber viel weiter, da geht es vor allem um die Sprache, als Schlüssel zu unserer Gesellschaft, und um die Grundwerte, die für uns nicht verhandelbar sind. Ich bin der Meinung, wir dür-

fen das nicht dem Zufall überlassen, ob sich unsere neuen Mitbürgerinnen und Mitbürger darauf einlassen oder nicht. Sonst entstehen Parallelgesellschaften, das müssen wir von Anfang an entschlossen verhindern.

Kommen wir zur Landtagswahl in Rheinland-Pfalz. Sie haben im Vorfeld mehr Lehrer und Polizisten gefordert. Welche Defizite der Landespolitik stecken dahinter?

Die Landesregierung hat sowohl in den Schulen als auch bei der Polizei gespart. Wir haben zu wenige Lehrer, deshalb fallen pro Woche Tausende Stunden Unterricht aus - zum Leidwesen unserer Kinder. Die rheinland-pfälzischen Polizeibeamten schieben einen Berg von unvorstellbaren 1,7 Millionen Überstunden vor sich her. Die Polizei ist auf Kante genäht. Deshalb haben wir gleich mehrere Forderungen. Wir brauchen genug Lehrer, um eine vollumfängliche Unterrichtsversorgung sicherstellen zu können. Und wir müssen die schützen, die uns schützen. Das bedeutet eine Verschärfung des Strafrechts, um verbalen und körperlichen Angriffen auf Polizei und Rettungskräfte entgegenzutreten. Außerdem fordern wir 300 zusätzliche Stellen bei der Polizei, davon 85 noch in diesem Jahr.

# Was würden Sie als Ministerpräsidentin von Rheinland-Pfalz in der Landespolitik darüber hinaus ändern?

In Rheinland-Pfalz gibt's viel zu tun, 25 Jahre SPD-geführte Regierung haben einige Baustellen hinterlassen. Es gibt einen Investitionsstau bei Straßen und Brücken, den hat auch der Landesrechnungshof angemahnt - immerhin fast eine Milliarde Euro. Das rot-grüne Experiment in der Schulpolitik wollen wir beenden – in fast allen Grundschulen wird zum Beispiel Schreiben nach Gehör gelernt, eine Katastrophe gerade für die schwächeren Schüler. Auch dem demografischen Wandel stellen wir uns entgegen. Der ländliche Raum soll lebenswert bleiben – dazu müssen wir seine Attraktivität nicht nur erhalten, sondern steigern. Digitale Möglichkeiten werden uns dabei helfen. Auch die desaströsen Landesfinanzen müssen a uf den Prüfstand und saniert werden.

Thema Finanzen: Sie haben den Haushalt 2016 der rot-grünen Landesregierung als Nebelhaushalt bezeichnet. Welche (finanziellen) Sprünge könnte sich eine CDU-geführte Landesregierung überhaupt leisten?

Wir machen den Bürgerinnen und Bürgern keine falschen Versprechungen. Am Anfang wird ein ehrlicher Kassensturz stehen. Erst danach werden wir wissen, wie es wirklich um den Landeshaushalt bestellt ist. Deshalb sind alle Forderungen, die wir aufstellen, auch solide durch Einsparungen an anderer Stelle bereits

heute gegenfinanziert. Es wird mit uns keine neuen Schulden geben.

### Sie gelten als Vertreterin eines modernen Konservatismus in der CDU. Was verstehen Sie selbst darunter?

Konservativ sein bedeutet nicht, Dinge zu tun oder zu vertreten, nur weil sie immer schon so waren, also eine Erhaltung des Status quo um seiner selbst willen. Manchmal muss sich auch alles ändern, damit es bleibt, wie es ist. Eigenverantwortung und Solidarität leiten mich. Diese Werte sind zeitlos und bieten Orientierung in einer sich radikal ändernden Welt.

Beim Bundesparteitag in Karlsruhe haben Sie das Thesenpapier der CDU-Zukunftskommission "Nachhaltig leben – Lebensqualität bewahren" vorgestellt. Darin geht es um einen fairen und konstruktiven Dialog über die Art und Weise, wie unsere Lebensmittel erzeugt werden. Ein Herzensthema für Sie?

Wir haben – auf allen Ebenen – eine Verantwortung für unseren Planeten. In der Kommission ging es nicht nur darum, einen besseren Umgang mit Lebensmitteln zu finden. Wir verfolgen den Ansatz "Ökologie und Ökonomie". Das Stichwort ist Nachhaltigkeit, eine Bewirtschaftung und Nutzung der vorhandenen Ressourcen, die auch zukünftigen Generationen ein gutes Leben ermöglicht. Dazu gehört übrigens auch eine nachhaltige Finanzpolitik. Wir sind es unseren Kindern schuldig.

#### Herzlichen Dank für das Gespräch.■

Das Interview wurde Ende Januar 2016 geführt.



# Senioren-Union im Wahlkampfmodus

Deutschland braucht gerade in diesen unruhigen Zeiten eine verlässliche politische Führung. Dafür kämpft auch die Senioren-Union bei den bevorstehenden Kommunal- und Landtagswahlen auf Deutschlands Straßen und Marktplätzen sowie in Veranstaltungssälen. Allen voran der Bundesvorsitzende Prof. Dr. Otto Wulff. Hier die bei Redaktionsschluss bereits feststehenden Termine:

#### Kommunalwahlen Hessen

**16.02.2016**, **19.00** Uhr, 36251 Bad Hersfeld (mit Paul Ziemiak – Junge Union) im Wortreich, Benno-Schilde-Platz 1

#### Landtagswahl Sachsen-Anhalt

**19.02.2016**, **15.00** Uhr, 06667 Leißling, Hotel-Restaurant Schöne Aussicht, Naumburger Landstraße 1

#### Landtagswahl Rheinland-Pfalz

**22.02.2016**, **16.00 Uhr**, Kreisverband Altenkirchen

**23.02.2016**, 14.00 Uhr, Kreisverband Neuwied, Seniorenheim Oberbiber, Wallwiese 12-14

#### Landtagswahl Baden-Württemberg

**24.02.2016**, 11.00 Uhr, 89073 Ulm, Café im Stadthaus, Münsterplatz 50 14.30 Uhr, 88471 Laupheim, Kolpinghaus, Kirchberg 20 19.00 Uhr, 89584 Ehingen (Donau), Gasthaus Wolfert, Am Stadion 8

**25.02.2016**, **14.30** Uhr, 69168 Wiesloch (mit Paul Ziemiak – Junge Union), Kongresshotel & Kulturzentrum Best Western Plus Palatin, Ringstraße 17-19 **19.00** Uhr, 74821 Mosbach-Diedesheim (mit Paul Ziemiak - Junge Union), Gaststätte "Krone", Brückenstr. 5

**26.02.2016**, **09.00 Uhr**, 74653 Künzelsau (mit Paul Ziemiak – Junge Union), Brunnehalle, Schloss Stetten **11.30 Uhr**, 97922 Lauda-Königshofen (mit Paul Ziemiak – Junge Union), Gesellenhaus der Pfarrgemeinde St. Mauritius, Oberer Grabenweg

**14.30 Uhr**, 71638 Ludwigsburg (mit Paul Ziemiak – Junge Union), Restaurant Ratskeller, Wilhelmstraße 13

#### Kommunalwahlen Niedersachsen

15.06.2016, 15.30 Uhr, Bückeburg

**16.06.2016**, **14.00** Uhr, 26160 Bad Zwischenahn, Gaststätte "Ohrweger Krug", Querensteder Straße 1

**17.06.2016**, **11.00** Uhr, 26607 Aurich, "Alte Schmiede", Esenser Straße 295

19.08.2016, Bad Münder

**25.08.2016**,10.00 Uhr, Hannover Landesdelegiertenversammlung

Zu einigen Veranstaltungen standen die Details bei Redaktionsschluss noch nicht fest. Sie können diese aber der ständig aktualisierten Homepage **www.senioren-union.de** entnehmen oder bei den Landesgeschäftsstellen erfragen.

# Ab März 2016 - bessere Politik für Baden-Württemberg!

# Mit welchen Positionen die CDU im Südwesten in die wichtige Landtagswahl am 13. März geht ...

"Es ist ein erfreuliches Kennzeichen unserer Zeit, dass die Menschen immer älter werden und bis ins hohe Alter gesund ein eigenständiges Leben führen können. Dadurch haben sich auch die Erwartungen an die Zeit nach dem Erwerbsleben deutlich verändert. Viele Menschen wollen diese Zeit intensiver nutzen. Die Rahmenbedingungen dafür müssen angepasst werden. Unser Ziel wird sein, den Seniorinnen und Senioren im Land dieses selbstbestimmte Leben zu ermöglichen. Die Politik muss dafür die Voraussetzungen, gerade auch in ländlichen Räumen, schaffen." Mit diesen Aussagen des Spitzenkandidaten Guido Wolf MdL geht die CDU-Landtagsfraktion in Baden-Württemberg in die Landtagswahl 2016. Mit einem Eckpunktepapier hat die CDU erste Impulse gegeben und die Zielsetzung aufgezeigt. Unter anderem werden Themen wie die Zeit nach dem Erwerbsleben, auskömmliche Altersbezüge, Aspekte des Wohnens, Mobilität, eintretende Hilfebedürftigkeit und das Thema Sicherheit im Fokus stehen, betont Wolf.

### **Hoher Stellenwert** für Seniorenpolitik

Zum ersten Mal in der Geschichte des Landes Baden-Württemberg leben mehr ältere als junge Menschen im Land. Dies erfordere neue Wege in Politik und Gesellschaft, um der alternden Gesellschaft Rechnung zu tragen. Die Senioren-Politik werde darum in einer CDU-geführten Landesregierung – anders als bei Grün-Rot – hohen Stellenwert erhalten, so Guido Wolf. Der Fraktionsvorsitzende weiter: "Der besonderen Bedeutung des Themas werden wir in der Landesregierung mit der Position eines Demografiebeauftragten Rechnung tragen, der sich dieser zentralen Zukunftsaufgabe intensiv widmen und Anliegen und Bedürfnisse der älteren Generation gezielt in den Blick nehmen soll." Die CDU baut damit auf gute Erfahrungen, die bereits in einem früheren Kabinett mit einer auf Initiative der Senioren-Union seinerzeit berufenen Staatsrätin für demografischen Wandel gemacht worden seien. "Senioren sind ein Gewinn und keine Be-

lastung für das Land. Ihre Erfahrungen und Ressourcen müssen noch besser als bisher erkannt und genutzt werden, damit die Gesellschaft als Ganzes wechselseitig davon profitieren kann", stellt die Senioren-Union in einer Grundsatzerklärung fest.

# Deutliche Signale für Reduzierung von Zuwanderung

Die Zuwanderung von Flüchtlingen und Asylbewerbern würde nicht nur den demografischen Wandel beeinflussen. In einer von der CDU-Landtagsfraktion unter Führung von Guido Wolf verabschiedeten Erklärung heißt es u.a.:

"Die erschreckenden Ereignisse der Silvesternacht stellen eine Zeitenwende in der Zuwanderungsfrage dar. Es geht für die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes um die Frage, ob wir weiterhin so leben können, wie wir leben wollen. Die Bürgerinnen und Bürger haben einen Anspruch darauf, dass unser Staat ihre Sicherheit und Freiheit schützt.

Für jeden, der zu uns kommt, muss klar sein: Bei uns gilt die deutsche Rechts- und Werteordnung. Wer zu uns kommt und bleiben will, muss sich zu Deutschland und Europa, zu unserer deutschen Wertekultur und unseren gesellschaftlichen Gepflogenheiten bekennen und sie leben. Nicht wir müssen uns anpassen, sondern diejenigen, die zu uns kommen. Wir müssen miteinander und dürfen nicht nebeneinander leben. Das ist der Unterschied zur grünen Multi-Kulti-Politik.

Zu oft werden Probleme mit Zuwanderung klein- und schöngeredet. Wir müssen Fehl-

entwicklungen, das Entstehen von Parallelgesellschaften und rechtsfreien Räumen klar benennen und entschlossen gegen solche Entwicklungen vorgehen. Intransparenz und rechtsstaatliches Versagen, wie im rot-grün regierten Nordrhein-Westfalen, geben der Bevölkerung ein Gefühl der Ohnmacht und der Verunsicherung. Wir wollen demgegenüber transparent machen, mit welchen Tätergruppen es wann und wie oft Probleme gibt. Nur wenn wir Probleme klar benennen, können wir sie

Als Konsequenz der veränderten Lage begrüßt die CDU-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg die Mainzer Erklärung der CDU Deutschlands. Während die CDU auf diesem Wege deutliche Signale für eine Reduzierung der Zuwanderung, für einen starken Rechtsstaat und schnelle Abschiebungen gesetzt hat, bleibt Grün-Rot im Land überzeugende Antworten abseits der üblichen Lippenbekenntnisse schuldig.

## Polizei stärken -Strafverfolgung garantieren!

Schon lange vor den Vorfällen in der Silvesternacht haben wir 1.500 neue Stellen bei der Polizei und eine bessere Ausstattung gefordert. Grün-Rot hat dies abgelehnt. Erst jetzt, nach den erschreckenden Vorfällen, versucht SPD-Minister Gall nachzuarbeiten. Sein "Fünf-Punkte-Programm" erschöpft sich jedoch größtenteils in einer Auflistung selbstverständlicher polizeilicher Maßnahmen. Wir müssen die Polizei für die Zukunft fit machen. Wir brauchen mehr Polizeibeamte auf den Straßen und an allen öffentlichen Orten. Eine Überforderung der Kräfte, wie sie in Köln aufgetreten ist, darf in Baden-Württemberg nicht vorkommen. Unsere Polizei braucht wieder das Vertrauen der Politik. Die von den Grünen geforderte Kennzeichnungspflicht für Polizistinnen und Polizisten ist ein Akt des Misstrauens und muss ein für alle Mal vom Tisch. Gerade als vorbeugende Maßnahme ist es darüber hinaus erforderlich, im Polizeige-



setz die Rechtsgrundlage für Schleierfahndungen zu präzisieren und auszuweiten. Ferner wollen wir einen verstärkten Einsatz der Videoüberwachung an potenziellen Brennpunkten sowie die von uns bereits geforderte flächendeckende Ausstattung der Polizei mit Schulterkameras.

Im Kampf gegen Terror und Extremisten ist der Verfassungsschutz unverzichtbar. Anders als die Grünen wollen wir den Verfassungsschutz stärken und nicht schwächen. Der von ihnen geforderte Personalabbau ist genauso falsch wie der Verzicht auf V-Leute. Wir wollen, dass der Verfassungsschutz schlagkräftig bleibt und auch in Flüchtlingsunterkünften mögliche Extremisten ins Visier nimmt.

# **Dem Rechtsstaat** ein klares Profil geben

Wer als Asylantragsteller gewalttätig wird, wer beispielsweise die Rechte der Frau missachtet, stellt sich in den tiefsten Widerspruch zum gewaltfreien und von der Menschenwürde getragenen Grundgedanken des Asyls. Wer rechtskräftig zu einer Freiheitsstrafe, auch unter Bewährung, verurteilt wird, soll von Asylberechtigung und Flüchtlingseigenschaft ausgeschlossen sein. Die Hürden für Ausweisung und Abschiebung sind zu senken.

### Beschleunigte Gerichtsverfahren einführen

Rechtswege sind notwendig, sie können aber auch vom Ausland her verfolgt werden. Dies soll auch gelten, wo Jugendstrafrecht auf Heranwachsende zwischen 18 und 21 Jahren angewandt wird und daher Jugendarrest ausgesprochen wird. Vorübergehend müssen wir Verfahren von Strafgerichten und Ausländerbehörden des Landes stärker bündeln.

Die steigende Zuwanderung aus Nordafrika müssen wir begrenzen: Marokko und Algerien müssen als sichere Herkunftsstaaten eingestuft werden. Ministerpräsident

Kretschmann hat die Ausdehnung auf die Staaten des Westbalkans aus Rücksicht auf seine Grüne Partei zu lange verzögert. Das war ein Fehler. Seit der Einstufung als sichere Herkunftsstaaten sind die Zuwanderungszahlen aus diesen Staaten spürbar zurückgegangen.

### Großveranstaltungen und Einsatzkräfte schützen!

Die organisierten und unbarmherzigen Übergriffe auf Mädchen und Frauen in der Silvesternacht machen deutlich, dass wir mehr für die Sicherheit bei Großveranstaltungen sorgen müssen. Dazu gehören abgestimmte Sicherheitskonzepte und eine gut ausgestattete Polizei. Dazu gehört auch, den Schutz unserer Einsatz- und Rettungskräfte zu verstärken. Wir fordern daher, dass die Landesregierung die hessische Initiative zur Schaffung eines umfassenden Schutzes von Polizei, Feuerwehr und Rettungsdiensten im Strafgesetzbuch unterstützt und die Regierung Kretschmann ihren Widerstand hiergegen endlich aufgibt.

# Residenzpflicht wiedereinführen

Sicherheit braucht Übersicht über die Menschen, die zu uns kommen. Nur dann können Verfahren beschleunigt werden, nur dann können Integrationsmaßnahmen greifen. Die von Winfried Kretschmann

und den Grünen betriebene Lockerung der Residenzpflicht war daher falsch und muss korrigiert werden. Darüber hinaus wollen wir durch die Ausländerbehörden zu kontrollierende Wohnortauflagen auch für anerkannte Asylbewerber ohne eigenes Einkommen und ohne eigene Wohnung."

# 2016 Wende in Baden-Württemberg -CDU muss wieder Regierungsverantwortung übernehmen

"Unser Land hat seinen kulturellen und wirtschaftlichen Aufstieg den "Gründern und Tüftlern" der jetzt älteren Jahrgänge zu verdanken. Diese haben den sozialen Aufstieg und breiten Wohlstand möglich gemacht und gestaltet", erklärt Prof. Dr. Wolfgang Frhr. von Stetten, Landesvorsitzender der Senioren-Union in Baden-Württemberg, und fasst zusammen: "2016 muss das Jahr sein, in dem die ideologische Bevormundungspolitik von Grün-Rot beendet wird. Die CDU muss bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg mit Ministerpräsident Guido Wolf wieder die Führungsverantwortung zum Wohle unserer Bürgerinnen und Bürger übernehmen. Dazu will und wird sich die Senioren-Union mit über 4.300 Mitgliedern in den Gemeinden, Städten und Landkreisen Baden-Württembergs einsetzen."

Claus Bernhold



# **Guido Wolf: die politische** Laufbahn in Stichworten

Der CDU-Spitzenkandidat, Jahrgang 1961, Jurist, war Bürgermeister in Nürtingen, Landrat im Landkreis Tuttlingen, ist seit 2006 Landtagsabgeordneter, seitdem u.a. arbeitsmarktpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion und Vorsitzender des Finanz- und Wirtschaftsausschusses des Landtages. Seit 2015 ist er Fraktionsvorsitzender der CDU und Spitzenkandidat der CDU zur Landtagswahl. Von 2011 bis 2015 war er Landtagspräsident im Stuttgarter Landesparlament.

# Von Afghanistan nach Edewecht

Worüber diskutieren wir eigentlich, wenn wir über Flüchtlingspolitik reden? Hier ein Beispiel dafür, welche menschlichen Schicksale dahinterstecken, und wie wir alle helfen können ....

Dies ist die Geschichte von Ali Waris und Bilal Muhammadi, geboren jeweils 1996 im fernen Kandahar in Afghanistan. Ihre Mütter sind Schwestern. Ali und Bilal werden hineingeboren in eine Welt des Terrors und der Bomben, tobt doch nach dem Zusammenbruch des sowjetgestützten Regimes von Präsident Mohammed Nadschibullah ein Bürgerkrieg, in dem ab Herbst 1994 auch die von Pakistan und Saudi-Arabien unterstützten Taliban militärisch in Erscheinung treten. Diese schaffen es, von September 1996 bis Oktober 2001 große Teile des Landes unter ihre Kontrolle zu bringen.

1998 gelingt den beiden Familien die Flucht vor diesen radikal-islamischen Gotteskriegern. Sie finden Unterschlupf in Quetta, einer 900.000-Einwohner-Stadt im Westen Pakistans. Doch das Schicksal meint es weiterhin nicht gut mit Ali und Bilal, Bilal muss zum Lebensunterhalt seiner Familie beitragen und kann deshalb nicht zur Schule gehen. Ali geht zwar fünf Jahre zur Schule, muss wegen Erkrankung des Vaters den Schulbesuch jedoch abbrechen und ebenfalls eine Arbeit aufnehmen. um für den Lebensunterhalt seiner Familie zu sorgen.

In Afghanistan drängt eine US-geführte Militärallianz ab Herbst 2001 die Taliban zurück. Diese formieren sich aber ausgerechnet in Pakistan neu. Und so wird die Lage für die geflohenen Familien auch dort wieder so bedrohlich, dass sie 2014 Ali und Bilal erneut auf die Flucht schicken. Es geht zu Fuß über Berge, Wälder und Flüsse in den Iran, dann weiter durch die



Türkei und mit dem Boot nach Griechen-

Hier helfen ihnen die englischen Sprachkenntnisse, die Ali Waris in der Schule erworben hat. Mit Hilfe von Schleusern und durch Bildung von gemeinsamen Marschgruppen gelangen sie über Mazedonien und Serbien nach Ungarn. Dort werden sie wegen illegalen Grenzübertritts ins Gefängnis gesteckt. Man droht ihnen mit einer Ausweisung nach Griechenland, wo sie 18 Monate in Haft genommen würden, weil sie das Land nach mehr als einem Monat wieder beträten. Anschließend würden sie von dort wieder nach Afghanistan abgeschoben werden.

Es sei denn, sie stellten einen Asylantrag hier in Ungarn ...

Ali und Bilal sehen keinen Ausweg und stellen den Antrag. Dann gelingt ihnen die Weiterfahrt nach München, wo sie im September 2014 ankommen. Von dort führt sie ihre Odyssee weiter nach Hamburg, wo Verwandte leben. Die Hamburger Behörden schicken die beiden nach Friedland. von dort aus werden sie der Gemeinde Edewecht im Ammerland zugeteilt. Hier, wo die lange Reise endlich endet, erhalten sie im Begegnungscafé ehrenamtlich geleisteten Sprachunterricht, den sie gerne annehmen.

Im April 2015 lernt Heidi Exner, Vorsitzende der Senioren-Union Ammerland und Mitglied im Bundesvorstand der SU, die

beiden Jungen und ihre Geschichte kennen. Sie ist tief bewegt und beschließt, im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu helfen. Von der Gemeinde Edewecht wird sie als ehrenamtliche Betreuerin (Familienpatin) eingesetzt. Seitdem hilft sie Ali und Bilal mit Rat und Tat durch den Alltag in einer für die beiden ungewohnten und fremden

Und der Umgang mit dieser fremden Welt gelingt immer besser. Die Deutschkenntnisse sind inzwischen gut, im Mai 2015 können sie aus einer Wohnunterkunft in eine Wohngemeinschaft umziehen, seit dem September gehen beide zur Berufsbildenden Schule. Besonders erfreulich: Zum 1. Dezember wird Ali Waris als Auszubildender im Beruf eines Metallbauers in einer Firma für Fassadentechnik eingestellt. Trotz Heimweh im Herzen wollen beide in Deutschland bleiben, nach Möglichkeit mit ihren Familien. Denn hier haben sie das erste Mal in ihrem Leben erfahren, dass "man so ganz ohne Krieg leben kann". Ob das gelingen kann, ist nicht sicher, denn einer der beiden Jungen ist vom Dublin-Abkommen betroffen. Dieses Verfahren regelt, dass Asylbewerber in dem Land registriert werden, in dem sie die EU betreten. Ein Damoklesschwert. Mit Ali und Bilal hat Heidi Exner deshalb den Bundestagsabgeordneten Stephan Albani aufgesucht, vielleicht kann er dabei helfen, dass die lange Reise nicht umsonst war ...

# Was wird der Flüchtlingsstrom langfristig kosten?

Vor einem guten Jahr sorgte Hans-Werner Sinn vom Ifo-Institut für Aufregung mit der These, dass Migranten, die nach Deutschland kommen, das Land mehr kosten, als sie ihm ökonomisch bringen. Jetzt legt ein anderer Top-Ökonom nach. Professor Bernd Raffelhüschen, Finanzwissenschaftler an der Universität Freiburg, prognostiziert jährliche Kosten der Zuwanderung von 17 Milliarden Furo ...

Souverän: Herr Professor Raffelhüschen, Sie haben im Auftrag der Stiftung Marktwirtschaft in Berlin kalkuliert, was die derzeitigen Flüchtlingsströme den deutschen Steuerzahler kosten werden, und kommen auf 17 Milliarden Euro pro Jahr. Was steckt dahinter?

Raffelhüschen: Grundsätzlich kann die alternde deutsche Gesellschaft junge und qualifizierte Zuwanderer gut gebrauchen, um den sich abzeichnenden Fachkräftemangel in den kommenden Jahren abzuschwächen. Gelingt die (schnelle) Integration der Zuwanderer in den Arbeitsmarkt. sodass sie sich mit Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen an der Finanzierung des Staates beteiligen, wirkt Zuwanderung ökonomisch positiv. Scheitert hingegen die Arbeitsmarktintegration, drohen in der langen Frist hohe Folgekosten für die sozialen Sicherungssysteme. Eine solche Zuwanderung in die Sozialsysteme verschärft die ohnehin unzureichende Nachhaltigkeit der öffentlichen Haushalte. Die von uns errechneten 17 Milliarden Euro pro Jahr beziehen sich auf den positiven Fall, also eine schnelle Integration innerhalb von sechs Jahren nach der Zuwanderung.

### Das ist die kurzfristige Betrachtung. Wie sieht die langfristige aus?

Rechnet man nach der Barwertmethode, die sämtliche Ausgaben und Sozialversicherungen über die Lebenszeit eines Flüchtlings miteinbezieht, so addiert sich das nach unseren Berechnungen selbst bei einer erfolgreichen Integration auf langfristig etwa 900 Milliarden Euro an Zusatzkosten, das entspricht einem Drittel der gesamten deutschen Wirtschaftsleistung (Anm. der Red.: 2.903 Mrd. Euro im Jahr 2014). Wir können dies abschätzen auf der Basis von Daten früherer Migrationswellen. Flüchtlinge sind i.d.R. deutlich niedriger ausgebildet als die Bundesbürger. Sie bringen dem Fiskus damit während ihres Aufenthalts in Deutschland weitaus geringere Steuereinnahmen. Gleichzeitig sorgen sie für Mehraufwand in den Sozialkassen. Deutschland müsste diese Summe von 900 Milliarden im Grunde jetzt zurückstellen, um die Kosten der Zukunft zu decken.

#### Mit einer schnellen Integration rechnen Sie real also nicht?

Schon heute gibt es in Deutschland Hunderttausende unqualifizierte Arbeitslose, fast ohne Hoffnung auf eine Beschäftigung. Wenn nun ein, zwei oder gar drei Millionen Flüchtlinge hinzukommen, von denen nach bisheriger Einschätzung rund 70 Prozent ebenfalls unqualifiziert sind, dann offenbart dies, welche Problemlage auf uns zukommt. Eine schnelle Integration würde ich als unrealistisch positives Szenario bezeichnen. In Wahrheit wird eine Integration in die sozialen Sicherungssysteme stattfinden, die nicht den Beitragszahlern angelastet werden kann – das würde jeden Rahmen sprengen -, sondern von den Steuerzahlern finanziert werden muss. Mittel- bis langfristig ist daher von massiven Steuererhöhungen auszugehen.

#### Was empfehlen Sie der Politik?

Man kann sich nicht abschotten. Deutschland ist ein Einwanderungsland. Aber es ist wohl das einzige Einwanderungsland der

Welt ohne Regeln. Wir leisten uns Zuwandeeine rung ohne jede Steuerung, müssten aber eigentlich sagen: Zuwanderung gerne, aber bitte in den Arbeitsmarkt! Teile der Politik und der Bevölkerung hören das nicht gerne, weil Steue-



Prof. Bernd Raffelhüschen

rung auch etwas mit Selektion und Begrenzung zu tun hat. Aber ich sage: Ja, wir sollten uns auf die begrenzen, die wir gebrauchen können. So machen es andere Länder auch. Wir sollten uns nicht überschätzen, denn die fiskalische Lage aller westlichen Industrienationen ist dank der überbordenden Gesamtverschuldung nicht darauf ausgerichtet, weitere Milliardenlasten zu stemmen. Ein Zusammenbruch von Volkswirtschaften hilft niemandem. Und ein weiteres Drehen an der Steuerschraube zum Ausgleich dieser Lasten birgt auch nicht die Lösung, sie würgt die Leistungsbereitschaft der Menschen und Unternehmen ab.

# Hinter diesen beängstigenden Zahlen stecken aber nun mal sehr viele Flüchtlinge aus Kriegsgebieten, die hier Asyl suchen. Spielt die menschliche Komponente in Ihrer Argumentation nicht eine zu geringe Rolle?

Ich weiß um den Widerstreit zwischen Bauch und Kopf in dieser Frage. Ich habe bei mehreren Presseauftritten gesagt, wir müssen den Mut haben zu diskriminieren, also auszuwählen. Das mag unpopulär sein, aber wir müssen auch den Kopf einschalten. Eine zunehmende Destabilisierung Deutschlands - eben auch unter fiskalischen Aspekten - hilft niemandem, auch künftigen Asylsuchenden nicht.

Herr Professor Raffelhüschen, besten Dank für das spannende Gespräch.



Das Klima auf unserem Planeten wandelt sich, es wird tendenziell wärmer. Nur: Klimawandel ist die Normalität auf diesem Planeten. Die Gretchenfrage lautet allerdings: Inwieweit ist der Mensch daran beteiligt? Professor Wolfgang Merbach sieht die derzeit diskutierten Klimamodelle mit kritischer Distanz.

In der Öffentlichkeit wird die heutige Klimaerwärmung – auf der Basis des vom Weltklimarat (Intergovernmental Panel of Climate Change = IPCC) vertretenen AGW-Modells (Anthropogen Global Warming Model) - fast ausschließlich den anthropogenen ("menschengemachten") Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>)-Emissionen angelastet, die durch die Verbrennung von Kohle, Öl und Gas sowie Industrie und Verkehr entstehen. Das AGW-Modell wird von den meisten Menschen inzwischen als Tatsache angesehen. Nach mehrheitlicher Meinung von Klimaforschern und Politikern muss man zur raschen CO<sub>2</sub>-Emissionssenkung (Dekarbonisierung) kommen, um eine Klimakatastrophe mit unübersehbaren Folgen für die Menschheit und die Ökosysteme (Überflutungen, Wetterextreme, Wüstenausbreitung, Ernteausfälle, Artensterben, Klimaflüchtlinge usw.) zu verhindern. Am wichtigsten sei die Umstellung von fossilen auf erneuerbare und CO<sub>2</sub>-neutrale Energieträger (Windkraft, Solarenergie, Wasserkraft, Bioenergie). Die CO<sub>2</sub>-freie Kernenergie gilt in Deutschland als ethisch nicht vertretbar!

Nun will die Weltgemeinschaft mehrere 100 Mrd. Dollar jährlich für den "Klimaschutz" (richtiger wohl die Milderung des Klimawandels; das Klima als statistischen Mittelwert des Wetters von 30 Jahren kann man nicht "schützen!") ausgeben. Es wäre fatal, wenn das AGW-Modell nicht zuträfe, wie namhafte Klimawissenschaftler meinen.

Das AGW-Modell muss (wie alle wissenschaftlichen Hypothesen) auf Richtigkeit geprüft werden. Die Grundfrage lautet: "Ist das CO<sub>2</sub>, das der Mensch der Atmosphäre zusätzlich zuführt, tatsächlich für den heutigen Klimawandel verantwortlich?" Erst wenn das wissenschaftlich beweiskräftig bejaht werden kann, würde die AGW-Hypothese das Gewicht erhalten, das sie derzeit beansprucht.

Verläuft nun die heutige Erderwärmung wirklich stärker und schneller als vor Industrialisierungsbeginn (als fast ausschließlich natürliche Faktoren wirkten), und spielen dabei anthropogene CO<sub>2</sub>-Emissionen eine Rolle? Nur dann könnte dem Menschen die Hauptverantwortung für den gegenwärtigen Klimawandel zugeschrieben werden.

## Ist der derzeitige Klimawandel dramatisch und beispiellos?

Zweifellos erleben wir seit ca. 100-150 Jahren eine globale Erderwärmung, die jedoch zeitlichen und regionalen Schwankungen unterliegt und durch Abkühlun-

gen unterbrochen wurde. Seit 1880 wuchs die Globaltemperatur (durchschnittliche Lufttemperatur an der Landund Meeresoberfläche) um 0,85 °C. Gleichzeitig stiegen Ozeantemperaturen und Meeresspiegel (0.2 - 0.3 mm/Jahr)etwas an, und die Schmelzprozesse beschleunigten sich in vielen Regionen (aber die Antarktis-Vereisung nahm zu). Klimawandel ist aber kein neues Phänomen. Seit mindestens 2,3 Md. Jahren wechselt das Klima zwischen Kalt- und Warmzeiten. Diese Veränderungen waren meist gravierender (oft zehn Mal stärker) und schneller als heute. Nach dem Ende der letzten Eiszeit vor ca. 11500 Jahren leben wir heute in der Warmzeit (Zwischeneiszeit) des Holozäns. Auch diese ist von wechselnden wärmeren und kälteren Perioden geprägt. Selbst in historisch überschaubarer Zeit (3200 Jahre, vgl. Abb.) gab es Klimaoptima, die z. T. wärmer waren als heute. Interessanterweise entwickelten sich in Warmzeiten die menschlichen Hochkulturen (vgl. Abb.), weil für die Lebewelt gute Bedingungen herrschten (Acker- und Weinbau im Norden, grüne Sahara). Kältezeiten waren dagegen durch Ernteeinbußen, Hungersnöte, Kältetote, Epidemien und Völkerwanderungen geprägt. Auch die heutige Wärmeperiode hat offenbar positive Aspekte. Während Wetterextreme und Katastrophen lt. IPCC-Bericht 2013/14 statistisch nicht häufiger geworden sind, haben Niederschläge und Pflanzenwachstum seit 1982 in Wüstengebieten und das Baumwachstum in Europa zugenommen. Auch die Eisbärenpopulation in Kanada ist entgegen allen Pressemeldungen von 5000 (1950) auf 25000 (2008) angewachsen, obwohl jährlich ca. 600 - 800 geschossen wur-

Fazit: Der heutige Klimawandel ist weder beispiellos noch einmalig. Es handelt sich dabei um eine normale Erscheinung unserer Holozän-Warmzeit, die nicht bedrohlich ist und auf natürliche Ursachen zurückgeht, da schon in vorindustrieller Zeit stärkere Erwärmungen als heute auftraten.

# Ist Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) die Ursache für den derzeitigen Klimawandel?

CO<sub>2</sub> gehört neben Wasserdampf (H<sub>2</sub>O), Stickoxiden, Methan und Ozon zu den Treibhausgasen, die (ähnlich wie Gewächshausglas) Teile der von der Sonne eingestrahlten bzw. von der Erde abgestrahlten Infrarot (Wärme)-Strahlung absorbieren und dadurch die Temperatur der unteren Atmosphäre erhöhen. Dieser natürliche Treibhauseffekt sorgt an der Erdoberfläche für mittlere Globaltemperaturen von ca. 14-17 °C und ist eine Voraussetzung für das irdische Leben. Am wirkungsvollsten sind H<sub>2</sub>O (>60 %) und CO<sub>2</sub> (ca. 15 %). Nach Ansicht des IPCC verursachen die menschlichen Treibhausgasemissionen einen zusätzlichen Erwärmungseffekt, wobei dem CO2 ein Anteil von 60 %, dem H<sub>2</sub>O erstaunlicherweise gar keine Wirkung zugeschrieben wird. Darin sieht der IPCC die Ursache für die heutige Klimaerwärmung. CO2 gilt dabei als "Klimakiller" bzw. "Schmutzgas". Dagegen spricht aber Folgendes:

Der derzeitige Anstieg der CO2-Konzentration von 0,03 auf 0,04 % ist undramatisch. In der Erdgeschichte lag sie meist 2-3fach, oft auch 10-20fach höher als heute. Trotzdem traten auch damals erdumfassende Eiszeiten auf. Die heutige CO<sub>2</sub>-Konzentration ist eher eine negative Abweichung in der Erdgeschichte.

Der Umfang der anthropogenen CO<sub>2</sub>-Emissionen liegt heute bei 5-6 % der CO<sub>2</sub>-Gesamtemissionen. Maximal verbleiben 2 % in der Atmosphäre. Der Mensch hat also nur einen geringen Anteil an der globalen Kohlenstoffbilanz.

Die Heizwirkung (Klimasensivität) des CO<sub>2</sub> (d. h. Erwärmung bei Verdopplung der Konzentration) wurde bislang weder experimentell noch physikalisch-theoretisch ausreichend genau bestimmt. Die

Angaben schwanken zwischen 0,4 und 1,10 (vgl. Dahm et al 2015). Sie sind viel zu niedrig, um die Temperaturprognosen des IPCC (2007) von 2-4,50 zu rechtfertigen. Lediglich durch die Einführung umstrittener, nicht experimentell gestützter Rückkopplungs(Verstärkungs)faktoren von Wasserdampf und Wolken kommt der IPCC zu diesen hohen Heizwerten. Bezeichnenderweise werden Befunde über negative Rückkopplungen und die mit steigender Konzentration logarithmische Abschwächung (Sättigungseffekt) des CO<sub>2</sub>-Heizwertes außer Acht gelassen. Es gibt also keinen belastbaren Beweis für eine starke Heizwirkung des CO<sub>2</sub>.

In vielen Phasen der Erdgeschichte liefen atmosphärische CO<sub>2</sub>-Gehalte und Lufttemperaturen nicht konform. Es traten Eiszeiten bei hohen und Warmzeiten bei niedrigen CO<sub>2</sub>-Gehalten auf. In den Zeiten der Erdgeschichte, in denen eine Parallelität zwischen Temperatur und CO<sub>2</sub>-Konzentration herrschte (z. B. seit 450.000 Jahren), folgten die CO<sub>2</sub>-Konzentrationsänderungen stets mit starken Verzögerungen nach einer Temperaturänderung. Das lässt sich dadurch erklären, dass sich im warmen Wasser weniger CO2 löst als in kaltem. Eine Erwärmung führt zur "Ausgasung" des CO2 aus den Ozeanen in die Atmosphäre, deren CO<sub>2</sub>-Konzentration sich dadurch erhöht.

CO2 ist kein "Schmutzgas", sondern zusammen mit  $H_2O$  Grundlage des irdischen Lebens. Es liefert nicht nur den entschei-



Oberflächennahe Mitteltemperaturen der Nordhemisphäre in den letzten 3200 Jahren nach Koelle 2014 (www.kaltesonne.de) vom 29.04.2014

denden Baustoff für alle Lebewesen, sondern im Zuge der CO<sub>2</sub>-Assimilation wird gleichzeitig die Sonnenenergie für die Lebensprozesse nutzbar gemacht. Die heutige atmosphärische CO<sub>2</sub>-Konzentration (0,04 %) ist nicht optimal für das Pflanzenwachstum, sondern eher ein Gehalt von 0,1 %. Nach neueren weltweiten Versuchsauswertungen könnten durch CO<sub>2</sub>-Verdopplung bis zu 35 % höhere Ernten erzielt werden. Eine höhere CO<sub>2</sub>-Konzentration könnte also die Nahrungsmittelproduktion fördern und den Hunger in der Welt mildern.

Fazit: CO<sub>2</sub> hat wegen seiner schwachen Heizwirkung und sehr niedrigen Konzentration keinen nachweisbaren Klimaeffekt. Darüber hinaus ist es zusammen mit H2O die Grundlage jeglichen Lebens auf der Erde. Auch für die heutige Erwärmung sind natürliche Ursachen anzunehmen. Der primäre Klimaantrieb kommt von der Sonne, deren Aktivität und Bestrahlungsstärke seit 1700 deutlich zugenommen hat und in der 2. Hälfte des 20. Jh. im Maximum war. Berücksichtigt man die Wassermassen der Ozeane als mobile Wärmespeicher und Kopplungselemente zum Klima der unteren Atmosphäre, lassen sich bestehende Unterschiede zwischen Solaraktivität und Globaltemperatur erklären (vgl. Dahm et al 2015).

# Kann das AGW-Modell das zukünftiqe Klima zutreffend voraussagen?

Nach den obigen Darlegungen ist diese Frage zu verneinen. Beispielsweise konnte dieses Modell den Temperaturabfall von 1945 – 1975, die sog. "Erwärmungspause" ab ca. 2000 und die starke Meeresspiegelabsenkung des Kaspischen Meeres, nicht abbilden/prognostizieren, die trotz stark zunehmender atmosphärischer CO<sub>2</sub>-Gehalte auftraten. Das ist nicht verwunderlich, denn dieses Modell beruht vielfach auf unzutreffenden Voraussetzungen. Es fußt nicht auf plausiblen Ableitungen aus naturwissenschaftlichen Gesetzen. Manche Ausgangsdaten sind eher willkürlich ausgewählt worden. Beispielsweise bleiben Temperaturdaten vor 1830 oder CO<sub>2</sub>-Analysen vor 1960 unberücksichtigt. Oft wurden fehlerhafte Daten und krasse Verfahrensfehler geduldet. Als Beispiel kann die sog. Hockeyschlägerkurve gelten, die die mittelalterliche Wärmephase und die kleine Eiszeit einfach "wegrechnete" und später korrigiert werden musste. Ferner können die vorwiegend linearen, monokausalen Modelle der AGW-Hypothese die nichtlinearen, chaotischen, offenen, miteinander gekoppelten Klimasysteme nicht annähernd richtig beschreiben. Deshalb wurden vom IPCC zusätzliche, frei wählbare Korrekturgrößen eingeführt, um die Modelle der Wirklichkeit anzupassen. Mit linearen Modellen kann man zwar Grunderkenntnisse des Klimas studieren und mögliche Klimaentwicklungen simulieren. Eine reale Vorhersage des Klimas zu einem bestimmten Zeitpunkt ist jedoch nicht möglich, wie der IPCC 2001 selbst einräumte (Zitat): "Bei der Modellierung des Klimas sollten wir erkennen, dass wir es mit gekoppelten, nicht linearen chaotischen Systemen zu tun haben und dass daher langfristige Voraussagen über das künftige Klima nicht möglich sind." Fazit: Das AGW-Modell vom anthropogen Klimawandel entspricht nicht der Realität und ist als Handlungsgrundlage für politische Entscheidungen ungeeignet. Zumindest ist eine grundsätzliche Überprüfung überfällig.

## Schlussfolgerungen

Der derzeitige Klimawandel fußt auf natürlichen Ursachen, lässt sich durch den Menschen nicht verhindern und hat mit  $\mathrm{CO}_2$  wenig zu tun. Da er relativ schwach ausgeprägt ist, stellt er keine Gefahr, wohl aber eine (lösbare) Herausforderung dar. Er ist kein planetarer Notstand, sondern eines von vielen Problemen, mit denen

sich die Menschheit im 21. Jahrhundert befassen muss. Daraus folgt:

Eine Verringerung der atmosphärischen CO2-Konzentration ist nicht nur überflüssig, sondern auch sehr teuer und negativ für das Pflanzenwachstum. Sie sollte unterlassen werden.

Die überstürzte Milliardenförderung diskontinuierlich anfallender erneuerbarer Energiequellen (Wind, Fotovoltaik) insbesondere in Deutschland sollte überdacht werden, da sie weder ökonomisch nachhaltig ist noch weltweit schnelle Lösungen bringt, wie folgendes Zitat von J. Hanson (Klimaberater von Al Gore) verdeutlicht: "Wer glaubt, dass wir uns in den USA, in China, Indien oder auf der ganzen Welt dank erneuerbarer Energien kurzfristig von fossilen Brennstoffen verabschieden können, der glaubt auch an den Osterhasen und die Waldfee."

Dennoch ist die Ablösung fossiler durch alternative Energiequellen prinzipiell nötig, weil fossile Rohstoffe (Kohle, Erdöl, Erdgas) langfristig für Gebrauchsgüter und chemische Synthesen unentbehrlich sind. Das hat aber mit dem Klima nichts zu tun. Statt ausufernder Subventionierung nicht ausgereifter Technologien sollte die Erforschung/Entwicklung neuer Energiesysteme (z. B. Stromspeicherung, Wasserstofffusíon, Wasserstoffelektrolyse) finanziell gefördert werden.

Notwendig ist die Anpassung an die Folgen des Klimawandels (z.B. durch Hochwasserschutz, Wasserspeicher, Pflanzenzüchtung), wie selbst die Präambel des Pariser Klimaabkommens (2015) ansatzweise einräumt. Dafür ist die erfolgreiche ökonomische und soziale Entwicklung vor allem der Entwicklungs- und Schwellenländer eine Grundvoraussetzung. Angesichts der stark wachsenden Weltbevölkerung ergeben sich daraus die wirklich relevanten Handlungsfelder: Sicherung erschwingbarer Nahrungs-, Strom- und Brennstoffversorgung, Zugang zu sauberem Trinkwasser, Seuchenbekämpfung, Gesundheitsbetreuung und Bildung. Statt das Geld für die "Dekarbonisierung" zu verschwenden, sollte es für die Entwicklungshilfe (Hilfe zur Selbsthilfe) ausgegeben werden. Dadurch ließen sich die ökonomischen Grundlagen schaffen, die vor der Menschheit stehenden Probleme, von denen die Klimawandel-Anpassung nur eines ist, in abgewogener Weise zu lösen.

Anmerkung: Quellenangaben sind bei der Redaktion hinterlegt und können bei Bedarf abgefragt werden.



Der Autor: Prof. Dr. Wolfgang Merbach, Jahrgang 1939, ist Landesvorsitzender der Senioren-Union Sachsen-Anhalt und Mitglied im Bundesvorstand der Senioren-Union. Als Wissenschaftler war er an der Friedrich-Schiller-Universität Jena und an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg sowie am Forschungszentrum für Bodenfruchtbarkeit (heute Leibniz-Zentrum für Agrarlandschaftsforschung) in Müncheberg tätig.

### **Kulturstandort Deutschland:**

# In Schieflage

Kunst und Kultur sind untrennbar mit der Identität der Deutschen als Nation verbunden. Sie erwachsen aus dem Gestaltungswillen von Menschen. Voraussetzung ist die Freiheit der Kunst. Sie muss auch in Zukunft garantiert sein.

Kultur ist eine Trumpfkarte unseres Landes. Unsere über 100 hochklassigen Museen, die Musikfestivals im Sommer, die Theater- und Musikhäuser, aber auch die Vielzahl der UNESCO-Weltkulturerbestätten in unserem Land haben sich zu attraktiven Besuchermagneten entwickelt. Allein die Museen unseres Landes erleben Jahr für Jahr über 100 Millionen Besucher. Experten rechnen jährlich mit sieben bis acht Milliarden Euro Einnahmen allein durch ausländische Kulturtouristen. Bei der Anzahl dieser Kulturtouristen hat sich Deutschland in Europa auf den zweiten Platz nach Frankreich "vorgearbeitet". Und auch die Deutschen selbst erkennen immer mehr den Wert der "Kulturperlen". Der Städtetourismus boomt, Musikveranstaltungen aller Art verkünden volle Häuser.

Doch zwei Drittel aller Bundesbürger, so verkündet das aktuelle Kulturbarometer, haben noch nie eine qualifizierte Kulturveranstaltung besucht, in vielen Bundesländern kürzt man drastisch bei den musisch-kulturellen Unterrichtsfächern, Fachlehrer werden nicht mehr ausgebildet. Und die eigentliche Axt an die Kultur wird bei der finanziellen Förderung eingesetzt. Während der Bund seine Leistungen für das Kulturland Deutschland Jahr für Jahr steigert, reduzieren die Länder sowie viele Städte und Gemeinden. Durchschnittlich betragen die Ausgaben dieser beiden staatlichen Ebenen gerade einmal 1,9 %.

Vor allem Senioren sind Leidtragende dieser unrühmlichen Entwicklung. Die Preise für Kulturveranstaltungen steigen, um eine Kompensation der weniger werdenden Förderung zu erreichen. Viele "Kulturtempel", Büchereien, Museen und Konzerthäuser warten seit Jahren auf eine Erneuerung. Die Entschädigung für die vielen Tausenden ehrenamtlich Tätigen, ob Chorleiter, ob Kulturführerinnen/Kulturführer, bleibt auf der Strecke. Hier, wo sich gerade Ältere beispielhaft einsetzen, werden Aktiven vielerorts Steine in den Weg gelegt. Dieser verhängnisvolle Trend sollte nicht nur gestoppt, sondern umgekehrt werden.

Gerade diese Gesichtspunkte haben mit dazu beigetragen, dass seit Amtsantritt von Angela Merkel die Bundesregierung ihre Kulturförderung kontinuierlich ausgebaut hat. Beide Kulturstaatsminister, Prof. Dr. h.c. Bernd Neumann wie auch die amtierende Prof. Monika Grüters, vertreten eine offensive und erfolgreiche Kulturpolitik. Ihr Beispiel sollte in den Ländern und Kommunen aufgegriffen und umgesetzt werden, denn die Kulturlandschaft Deutschlands ist auch ein Standortvorteil für Wirtschaft, Handel und Gewerbe.

- 750 Staats- und Symphonieorchester musizieren hier, nirgendwo gibt es mehr.
- 90.000 offiziell registrierte Chöre gibt es zwischen Flensburg und Frankfurt/Oder,
- 60.000 Rock-, Pop- und Jazzbands,
- 180-200 Filme erfahren bei uns ihre jährliche Uraufführung.
- Mit einem Umsatz von ca. fünf bis sechs Milliarden Euro bieten wir den viertgrößten Musikmarkt der Welt.
- In der Malerei, der Literatur und auf dem Buchmarkt gehören wir zur Weltspitze.

Kultur schafft auch Arbeit und Arbeitsplätze. In den vergangenen 20 Jahren hat sich die Kreativ- und Kulturwirtschaft zu einem der erfolgreichsten Jobmotoren in unserer Republik entwickelt. Gab es 1995 ca. 100.000 Unternehmen in dieser Branche, sind es heute über 250.000. Mehr als ein Drittel sind kleine und Kleinstbetriebe, ein neuer "Mittelstand" im besten Sinne. Gab es 1995 ca. 350.000 Beschäftigte in der Kulturwirtschaft, sind es heute über eine Million, d.h., in zwei Jahrzehnten hat es einen Zuwachs von 650.000 Beschäftigten gegeben! Die Brutto-Wertschöpfung dieser "Branche" beträgt 65,3 Milliarden Euro. Mit dieser Summe ist die Kreativwirtschaft bereits vor Jahren an der Chemischen Industrie vorbeigezogen. Und was die Arbeitsplätze angeht, befindet sie sich jetzt auf Augenhöhe mit der Automobilwirtschaft.

Auch wenn Kunstschaffende unbeguem sein können, provozieren, querdenken – fördern wir sie! Sie benötigen unser aller Unterstützung, weil das Urheberrecht durch die neuen Techniken ausgehebelt wird. Doch der Wert geistiger Arbeit muss und soll nicht zum Nulltarif gelten. Linke und Grüne mit ihren Forderungen, geistige Arbeit zum Allgemeingut zu erklären, sind mit ihren

Forderungen auf dem Holzweg. Raubkopien sind kriminelle Akte. Allein die deutsche Musikwirtschaft beklagt einen jährlichen Schaden von bis zu einer Milliarde Euro. Dem Film in der Bundesrepublik geht es nicht besser. Bereits vor der Premiere erscheinen manche Streifen im Netz. Nicht nur Arbeitsplätze werden "verbrannt", sondern die Urheber, die Autoren, Komponisten werden um ihre Arbeit betrogen. Das Urheberrecht wird immer mehr ausgehebelt.

So, wie es für den Tüftler den Patentschutz gibt, muss das uneingeschränkte Urheberrecht für den Kunstschaffenden gelten. Wir als Senioren-Union sollten uns dazu bekennen! Schließlich waren es die Älteren von heute, die nach dem Krieg mit Tatkraft, Fleiß, oft auch Verzicht, diesem unseren Land zu einem kulturellen Standard verholfen haben, der es in Qualität und Vielfalt mit jedem anderen Staat der Erde aufnehmen

Zu einer klugen Kulturpolitik muss auch die Künstlersozialversicherung gehören. Die Mehrheit der Kunstschaffenden in unserer Republik führt ein bescheidenes Dasein. Ihr durchschnittliches Jahreseinkommen beträgt zwischen 17.000 und 19.000 Euro. Ihre soziale Absicherung ist ein Gebot der Vernunft und der Fürsorge. Die Bundesregierung, besonders Staatsministerin Professor Monika Grütters, hat für die Fortschreibung dieser Versicherung gesorgt, obwohl Teile der Wirtschaft anderer Auffassung waren.

Fazit: Mit Kulturkürzungen muss endlich Schluss sein. Wie soziale Aufgaben eine Pflicht für die Kommunen sind, sollte es auch die Kultur werden. Es geht dabei um die Förderung der Spitzen- wie der Breitenkultur. Aber auch hier sollte es gerecht zugehen. Es ist nicht einzusehen, dass Theater und Sinfonieorchester bei uns jährlich mit gut acht Milliarden Euro subventioniert werden, während die über 5.000 registrierten Amateurtheatergruppen mit 1 Prozent dieser Summe auskommen müssen. Breitenfächerung sieht anders aus!

Der Autor: Wolfgang Börnsen MdB a. D. und langjähriger Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für Kultur und Medien ist Landesvorsitzender der Senioren-Union Schleswig-Holstein und stelly. Bundesvorsitzender der Senioren-Union.



# Deutsche Sparer sollen europaweit für Banken haften

Die EU-Kommission will ab 2017 eine europäische Einlagensicherung für Bankguthaben aufbauen, um bei Zahlungsunfähigkeit der Banken, wie in einigen mediterranen Ländern geschehen, Spareinlagen bis zu einem Wert von 100 000 Euro abzusichern.

Die Vorlage sieht vor, dass die europäischen Banken in einen gemeinsamen Topf einzahlen. Bis 2024 soll diese Einlagensicherung voll einsatzbereit sein. Nach den Vorstellungen der Kommission soll dieser Topf dann mit ca.  $50\,M$ illiarden Euro gefüllt sein. Von 2017bis 2024 ist zunächst ein gemeinsames Rückversicherungssystem von nationalen und europäischen Einlagen vorgesehen, wobei die Haftung bis 2024 schrittweise stärker vergemeinschaftet werden soll. Man will damit vermeiden, dass im Krisenfall besorgte Kunden ihre Guthaben bei den Banken abziehen und Banken zahlungsunfähig werden. So weit – so gut, wenn wir in der Union gleiche Voraussetzungen hätten.

Brüssel hat seit längerer Zeit bereits Abwicklungsrichtlinien erlassen, nach denen die Mitgliedsstaaten nationale Einlagensicherungen zu schaffen haben. Deutschland hat diese Vorgaben längst in nationales Recht umgesetzt. Die Absicherungsfonds der deutschen Banken und Sparkassen sind gut gefüllt. In 2015 haben die deutschen Institute 1,58 Milliarden Euro per Bankenabgabe

Der Autor: **Dr. Gerhard Schier** ist Mitglied des Bundesvorstandes der Senioren-Union.

überführt, zusätzlich zu den 2,2 Milliarden, die zwischen 2011 und 2014 eingezahlt wurden. Dieser Fond soll, so die Vorlage, bis 2023 schrittweise in den europäischen Abwicklungsfond überführt werden. Nach den Vorstellungen der Kommission soll Deutschland insgesamt 15 Milliarden Euro in den gemeinsamen Absicherungstopf einbringen - mit Abstand den größten nationalen Anteil. Etwa 15 Mitgliedsstaaten der Währungsunion haben bis heute keine - wie Griechenland und Italien – oder sehr unzureichende Absicherungen. Man hat es auch nicht so eilig mit der Umsetzung. Durch die Einrichtung einer europäischen Einlagensicherung würden die Risiken aller europäischen Banken vergemeinschaftet. Der deutsche Sparer muss damit in letzter Konsequenz für marode europäische Banken haften. Er müsste für etwas haften, worüber er keinerlei Kontrolle hat. Er hat keinen Einfluss auf die Wirtschafts- und Ausgabenpolitik der Mitgliedsstaaten und deren Banken, soll aber dafür haftbar gemacht werden. Wer also als Sparer auf dem Konto seiner Bank für das Alter vorsorgt, muss sich fragen, ob er damit ein zu großes Risiko eingeht. Aber auch für Unternehmen, die hohe Beträge für Gehaltszahlungen, zur Begleichung von Rechnungen usw. bereithalten müssen, stellt sich die Frage, ob sie das Risiko einer plötzlichen Zahlungsunfähigkeit eingehen. Das Geld auf den Banken der Währungsunion ist künftig nicht mehr sicher. Es ist riskant, mehr als 100 000 Euro auf dem Konto zu halten. Im Fall der Zahlungsunfähigkeit einer Bank würden die Verluste durch Eigenkapital, Anleihen und Einlagen unter 100 000 Euro abgedeckt werden. In Italien hat man jedoch erst vor wenigen Wochen auch diesen vorgesehenen Anlagenschutz für Guthaben unter 100 000 Euro mit der Zustimmung der zuständigen EU-Behörden umgangen. Steht auch dieses Versprechen auf "wackligen Füßen"?

Die Abwicklung der Absicherung soll durch die Europäische Zentralbank erfolgen. Es wurde bereits eine neue Abwicklungsbehörde gebildet ("Single Resolution Board" – SRB) mit z.Zt. 120 Mitarbeitern, deren Zahl in diesem Jahr auf 300 erhöht werden soll. Das Vertrauen in die EZB und ihre Führung mit dem Italiener Mario Draghi an der Spitze ist

aber durch deren Arbeitsweise schwer erschüttert. Die EZB hält entgegen den eigenen Regeln schwache Banken in Staatsbesitz mit Notfallliquidität als Dauerunterstützung am Leben und weigert sich als Bankenaufseherin, kleine Banken mit negativem Eigenkapital zu schließen. Brüssel will mit der Einlagensicherung den Griff nach dem Geld anderer Leute institutionalisieren und offenbar zum neuen Prinzip der Währungsunion machen. Dies wäre in der Tat eine neue Wirtschaftsordnung. Das Grundprinzip der Sozialen Marktwirtschaft, die Eigenverantwortung, wird hier ad absurdum geführt. Die Europäische Kommission versucht die Probleme durch Umverteilen zu lösen, statt den Risikoabbau vor Ort konsequent anzugehen.

In jüngster Zeit gab es Banken-Rettungsaktionen in Italien und Portugal. Der Journalist und Autor des Buches "Weltmacht IWF – Chronik eines Raubzugs" schreibt dazu: "Fast unbemerkt von der internationalen Öffentlichkeit ist es in den vergangenen Wochen bei Bankenrettungen in Italien und in Portugal zur Anwendung des sogenannten "Bail-in", also der Enteignung von Sparern, Aktionären und Anlegern, gekommen. In Italien waren vier Volksbanken in der Toskana (vergleichbar den deutschen Raiffeisenbanken) mit mehr als 1 Mio. Kunden betroffen. 130.000 Aktionäre und etwa 12.500 Anleihegläubiger – unter ihnen viele Kleinsparer und Rentner – verloren insgesamt ca. 750 Mio. Euro." Auch in Portugal verloren Kleinanleger ihr Geld, das sie zur Aufbesserung der Rente angespart hatten.

Die Maßnahme selbst wie auch die Tatsache, dass die europäischen Medien sie weitgehend totschwiegen, sollten allen Menschen in Europa als Warnung und als Weckruf dienen: Am 1. Januar 2016 ist nämlich die europäische Bankenabwicklungs-Richtlinie (BRRD - Bank Recovery and Resolution Directive) in Kraft getreten. Damit ist das Prinzip des "Bail-in" innerhalb der gesamten Eurozone geltendes Recht. (Anmerkung: Als "Bail-in" bezeichnet man die Beteiligung von

Anlegern und Kontoinhabern an der Sanierung oder Abwicklung einer Bank. Als "Bail-out" – oder Rettungsschirm bezeichnet man die Schuldenübernahme und Tilgung oder Haftung durch den Staat.) Das Bail-out wurde angewendet, als in 2008 das Finanzsystem wegen der Hypothekenkrise in den USA vor dem Zusammenbruch stand. Die Banken wurden von den Regierungen mit dem Geld der Steuerzahler gerettet. Das verursachte große Löcher in den Staatshaushalten. Um das künftig zu vermeiden, soll zuerst auf das

Geld von Anleihegläubigern, Aktionären und Sparern zurückgegriffen werden.

Zurück nach Italien, um das Verhalten der EU-Behörden aufzuzeigen: Da die EU-Richtlinie Anfang Dezember 2015 noch nicht galt, sondern erst ab dem 1. Januar 2016, brachte Ministerpräsident Renzi die Maßnahme noch schnell per Sonderdekret auf den Weg. Weil Italien der EU angehört, konnte er das nicht ohne die Zustimmung der EU-Kommission tun. Die EU-Bürokraten brauchten nicht einmal 24 Stunden, um Renzis Ansinnen zu billigen!

Die EU-Kommission hat auf diese Weise eine Verfügung unterstützt, die in direktem Widerspruch zu dem von ihr und den EU-Gremien beschlossenen und nur zwei bis drei Wochen später in Kraft getretenen EU-Recht steht. Die EU-Bürokraten haben wissentlich zahllose Rentner. Familien und eine Reihe mittelständischer Bestriebe in der Toskana in den finanziellen Ruin getrieben. Der nationale Schutz der Einlagen bis 100 000 Euro galt ja erst ab 1. Januar. Man kann nicht sicher sein, dass diese EU-Bürokraten auch im übrigen Europa anders verfahren und selbstgesteckte Grenzwerte gegebenenfalls durch Notverordnungen aufheben.

Die Bundesregierung ist gut beraten, wenn sie bei ihrer ablehnenden Haltung zu der Vorlage zur Einlagensicherung bleibt. Finanzminister Schäuble hat recht, wenn er feststellt, dass der nationale Risikoabbau den Vorrang habe. In vielen Bankbilanzen von europäischen Banken ist noch ein erhöhtes Risiko in Form von hohen Anteilen an Staatsanleihen. Diese Risiken dürfen nicht europäisiert werden.

Die Bundesregierung darf sich auch nicht erpressen lassen z. B. durch Zugeständnisse der EU-Staaten in der Flüchtlingsproblematik. Auch in Deutschland hat sich eine zunehmend europakritische Stimmung entwickelt.

Schulte Haus-Rollator - der Liebling sehr schmal | enorm wendig | fertig montiert



Prospekt anfordern Telefon gebührenfrei

0800 200 6004

Zuverlässiger und treuer Begleiter sucht ein neues zu Hause.

Mit mir wird keine Teppichkante mehr zur Stolperfalle, denn ich bin Ihre sichere Stütze. Auch als Servierhilfe bin ich sehr nützlich. Auf meinem rutschfesten Tablett stehen Gläser und Tassen sicher. In meiner Schublade sind Ihre Medikamente und Portemonnaie vor fremden Blicken geschützt.

Schulte Holzprodukte GmbH

Langenberger Straße 96 33397 Rietberg - Mastholte



**ANZEIGE** 

# Mehr Sicherheit in den eigenen vier Wänden

Mechthild K. ist 73 Jahre alt und nimmt gerne aktiv am Leben teil. Seit ihrer Hüftoperation ließ sie die Angst vor einem Sturz, auch in den eigenen vier Wänden, nicht mehr los. Das änderte sich erst wieder, als ihr ein Bekannter von den Haus-Rollatoren der Firma Schulte erzählte. Nach anfänglicher Skepsis ließ sich die Rentnerin überzeugen. "Er ist mir bei so vielen alltäglichen Dingen ein überaus nützlicher Helfer", sagt sie. Nachmittags, erzählt die Seniorin, mache sie es sich gerne mit einer Tasse Kaffee und etwas Gebäck im Wohnzimmer gemütlich. Nach der Operation war dies allerdings schwierig. "Ich musste mich ja festhalten. Ein Tablett konnte ich unmöglich tragen", so Mechthild K. "Also hätte ich mehrfach gehen müssen, und dann immer die Teppichkante im Wohnzimmer ... "Dank ihres Haus-Rollators ist dies jetzt kein Problem mehr. Er gibt nicht nur die nötige Sicherheit beim Gehen, sondern dient auch gleichzeitig als Tablett. Durch seine rutschfesten Standflächen, Schubladen und weiteren Extras ist der Haus-Rollator von Schulte ein Multitalent. Dank seiner vielseitigen Eigenschaften fällt mit ihm ein selbstbestimmtes Leben ohne fremde Hilfe leichter.

# Skandinavien ist der Wegbereiter

John Gyan, neuer Chef der Deutschen Bank, prophezeite auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos ein Ende des Bargelds in spätestens zehn Jahren. Und in der Tat: Bereits jetzt drängt ein Land nach dem anderen das Bargeld zurück.

Die rechtsliberale Koalition in Dänemark hat den Annahmezwang für Banknoten und Münzen aufgehoben. Seit Jahresbeginn müssen Tankstellen, Restaurants und kleine Geschäfte in Dänemark kein Bargeld mehr entgegennehmen. Ausnahmen gelten nur für große Supermärkte, Krankenhäuser und Pflegeheime sowie für Ärzte und Apotheken. "Die Nutzung des Bargeldes bürdet den dänischen Unternehmen unnötige Kosten auf", begründet der dänische Finanzmister Biarne Corydon das Vorhaben. Henrik Hytolft, Präsident der dänischen Handelskammer, begrüßt die geplante Gesetzesänderung. "Die Gesellschaft hat sich verändert", argumentierte er in einer Radiosendung, "außerdem ist der Gebrauch von Bargeld aus Sicherheitsgründen sehr teuer." Tatsächlich sind die Dänen beim bargeldlosen Bezahlen weit vorn. Jede dritte bezahlt schon mit der Smartphone-App Mobile Pay. Damit können sich die Menschen auch untereinander Geld anweisen. Pionier beim bargeldlosen Bezahlen aber ist das Nachbarland Schweden. Nur noch ein Viertel aller Einkäufe im Einzelhandel wurde 2014 mit Bargeld oder Scheck abgewickelt. Nahezu ieder Erwachsene besitzt eine Bankkarte von Mastercard oder Visa, auch das Zahlen mit Smartphone nimmt stark zu. Großaufgemachte Zeitungsberichte über spektakuläre Bankraube tun ein Übriges, um der Bevölkerung den Gebrauch von Geldscheinen und Münzen zu verleiden.

Mit dem Trend zum bargeldlosen Bezahlen und mit Sicherheitsüberlegungen begründen die schwedischen Banken denn auch die Schließung ihrer Kassenschalter. Kaum eine Bank zwischen Malmö und Kiruna nimmt noch Bargeld entgegen, weder von ihren Kunden noch von Passanten, weder zur Einzahlung auf das eigene oder ein fremdes Konto noch zum Umtausch in fremde Währung. An den Geldautomaten können skandinavische Währungen und in südlich gelegenen Großstädten manchmal auch Euro gezogen werden. Doch einzahlen Automaten am kann man nur schwedische Kronen - aber nicht in jeder Bank. Lediglich in den Regionalzentralen in Stockholm und Göteborg werden schwedische Münzen und Scheine angenommen. Staatsbür-

Das zwingt dem Devisenbesitzer, der sein Bar- in Buchgeld verwandeln will, ein kompliziertes Prozedere auf. Im ersten Schritt müssen sich die Inhaber ausländischer Geldscheine zu einer der 118 Wechselstuben der Forex-Bank begeben. Forex ist ein privates Familienunternehmen, seit einem halben Jahrhundert im Devisenhandel aktiv und zudem Inhaber einer vollgültigen Banklizenz. Man kann dort auch ein Konto eröffnen und Kredit-, Hypotheken- und Spargeschäfte tätigen. Ungleich einträglicher aber ist das Umtauschgeschäft mit Devisen, denn darauf hat Forex in Schweden das Monopol. Für den Umtausch der ausländischen Währung in schwedische Kronen berechnet die Bank eine saftige Gebühr. Zudem muss der Einzahler die Herkunft der fremden Scheine angeben und mit seiner Unterschrift versichern, deren rechtmäßiger Eigentümer zu sein. Ist man so endlich in den Besitz schwedischer Geldscheine gelangt und will diese auf sein Konto einzahlen, so gilt es, eine der wenigen Bankfilialen zu finden, die über einen Einzahlautomaten verfügen. Wer größere Summen einzahlen möchte, steht nun vor dem nächsten Problem. Denn die Automaten nehmen höchstens 20000 Kronen (etwa 1920 Euro) je Tag und Einzahler entgegen und buchen den Betrag auch nur unter Angabe einer schwedischen Personen-Identifikations-Nummer. Die haben in der Regel nur schwe-

ger und Steuerpflichtige mit einer Aufenthaltserlaubnis des Landes. Von beiden Wechselgeschäften – Devisen bar in Kronen bar und Kronen bar in Kronen auf dem Konto – werden die schwedischen Finanzbehörden selbstverständlich unterrichtet. Kritiker der faktischen Bargeldabschaffung in Schweden und ankündigungsweise auch in Dänemark warnen denn auch vor wachsenden Einsichts- und Kontrollmöglichkeiten des Staates. Just die hatte der amerikanische Ökonom Kenneth Rogoff vor einem Jahr gefordert. "Die Zentralbanken könnten auf diese Weise leichter Negativzinsen durchsetzen", hatte Rogoff argumentiert, "die Beseitigung des Papiergeldes wäre eine sehr einfache und elegante Lösung für dieses Problem."

Die skandinavischen Länder sind nicht die einzigen in Europa, die dem Bargeld den Garaus machen wollen. Auch die französische und die italienische Regierung sind auf dem Weg dorthin. Seit September 2015 ist in Frankreich der Bargeldverkehr ab 1000 Euro zwischen Unternehmen sowie zwischen Unternehmen und Privatleuten nur noch mit Sondergenehmigung möglich. Jede Bargeldabhebung von mehr als monatlich 10000 Euro wird automatisch der französischen Behörde gegen Geldwäsche und Terror-Finanzierung (Tracfin) gemeldet. ■

Christine Demmer

# Das besondere Reiseerlebnis für Mitglieder und Freunde der

Senjoren Union cov





#### Reisetermin:

# 09.09. bis 21.09.2016

#### Inklusivleistungen:

- Flüge Frankfurt / Windhoek / Frankfurt mit der deutschen Fluggesellschaft Condor in der Economy-Class
- · Flughafensteuern und Kerosinzuschläge von zurzeit EUR 113,pro Person (Stand 02/16)
- Transfers Flughafen / Hotel / Flughafen
- 10 Übernachtungen in Hotels und Lodges der guten Mittelklasse (namibischer Standard) im Doppelzimmer
- 10 x Frühstücksbuffet
- 8 x Abendessen
- Ausflüge und Besichtigungen laut Programm
- Eintrittsgelder zum Programm
- Klimatisierter Touristenbus während der Rundreise
- Tourismus-Gebühren in den Parks
- · Deutschsprechende Reiseleitung während der Rundreise
- Umfangreiches Informationsbuch zur Reise

#### Reisepreise:

# EUR 2.935,-

Preis pro Person im Doppelzimmer bei Zweierbelegung Einzelzimmer-Zuschlag: EUR 220,-

Rail & Fly Ticket zur Bahnanreise: EUR 60,- pro Person

Reiserücktrittskosten-Versicherung mit Selbstbehalt zum Preis von EUR 107,- pro Person. (Die Versicherung kann nach Abschluss nicht mehr storniert werden.)



Während Ihrer 12-tägigen Reise durch Namibia erleben Sie Afrika in seiner ursprünglichsten Form. Wohl niemand kann sich dem Zauber der Dünenwunderwelten, der Einsamkeit der Wüste und der faszinierenden Tierwelt in den Reservaten Namibias entziehen.

Erleben Sie die atemberaubenden Oasen und Canyons sowie die höchsten Dünen der Welt. Erfahren Sie Erstaunliches über die geheimnisvollen Mythen der Buschmänner. Und auch Spuren der deutschen Kolonialzeit werden Ihnen begegnen – z.B. die Christuskirche in Windhoek oder der alte Bahnhof von Swakopmund.

Stationen Ihrer Reise: Stadtbesichtigung von Namibias Hauptstadt, Windhoek • versteinerte Dünen in der Namib-Wüste • Tagesausflug nach Sassusvlei mit den höchsten Dünen der Welt und Fahrt durch den Sesreim Canyon • bizarre Mondlandschaft im Felstal des Swakop-Flusses • Stadtbesichtigung von Swakopmund • Delphin-Bootsfahrt mit Imbiss auf See • Begegnungen mit der grandiosen Tierwelt und den Buschmännern in Damaraland • Besichtigung der Felsgravuren in Twyfelfontein und des "Versteinerten Waldes" • Safari im Etosha-Nationalpark • Tierbeobachtungen im Okonjati Wildreservat • Holzschnitzermarkt von Okahandja

Afrikas Tierwelt in seiner ursprünglichsten Form Naturwunder in der Wüste Spuren deutscher Kolonialzeit u.v.a.m.



Ab/bis Frankfurt (Rail & Fly-Ticket möglich)

Rundreise

Im klimatisierten Reisebus mit deutschsprachiger Reisebegleitung

Besichtigungen Pirschfahrten durch bedeutende Wildreservate **Namibias** 

## **Auskunft und Buchung:**



Im Wauert 14 • 46286 Dorsten Telefon: 02369/91962-0 Telefax: 02369/91962-33 E-Mail: info@terramundi.de www.terramundi.de Web:

Bitte beachten Sie: Für die Einreise benötigen deutsche Staatsangehörige ihren mindestens noch 6 Monate gültigen Reisepass • Preis-, Programm- und Terminänderungen vorbehalten • Die Mindestteilnehmerzahl. die bis 8 Wochen vor Reisebeginn erreicht sein muss, beträgt 20 Personen • Die CDU Senioren-Union tritt lediglich als Vermittler auf • Mit Erhalt der Reisebestätigung und des Sicherungsscheines ist eine Anzahlung in Höhe von 10% des Reisepreises fällig; der Restbetrag 3 Wochen vor Anreise • Es gelten die Reisebedingungen des verantwortlichen Veranstalters Terramundi GmbH, einsehbar auch unter www.terramundi.de, auf Wunsch gern Zusendung per Post.

Terramundi ist insolvenzversichert bei:

0	
ZURIC	H

# **INFORMIEREN &** ANMELDEN

Coupon ausfüllen und direkt an den Veranstalter senden:

TERRAMUNDI GmbH

Im Wauert 14 • 46286 Dorsten Telefax: 02369/91962-33 E-Mail: info@terramundi.de



Bitte senden Sie mir das detaillierte Reiseprogramm zur NAMIBIA-Reise zu.

> ... oder direkt auf unserer Website downloaden: www.terramundi.de

Name, Vorname ( <b>Teilnehmer/in 1</b> – wie im Reisepas	s angegeben) G	eburtsdatum
Straße, Hausnummer		
PLZ, Ort		
Telefon mit Vorwahl	E-Mail	
Name, Vorname ( <b>Teilnehmer/in 2</b> – wie im Reisepas	s angegeben) G	eburtsdatum
$Nach  Buchungseing  ang  erhalten  Sie  eine  Buchungsbest  \ddot{a}tigung  vom  Veranstalter  Terramunding  der auch  der$		

GmbH. Mit Erhalt der Reisebestätigung und des Sicherungsscheins ist eine Anzahlung von 10% des Reisepreises fällig, der Restbetrag 3 Wochen vor Anreise. Mit meiner Unterschrift erkenne ich die Reise- und Zahlungsbedingungen des Veranstalters

Terramundi GmbH, einsehbar unter www.terramundi.de, auf Wunsch gern Zusendung per Post – auch im Namen der/des Mitreisenden – an.

Ort, Datum, Unterschrift

JA, ich möchte mit nebenstehend auf-
geführten Personen an der Reise nach
NAMIBIA teilnehmen. Bitte senden Sie
mir die Buchungsbestätigung an die
angegehene Adresse

NAMIBIA Reiseziel:

09.09. bis 21.09.2016 Termin: Flüge: ab/bis Frankfurt EUR 2.935,- p.P. im DZ\* Preise:

Einzelzimmer-Zuschlag:

EUR 220,-

Rail & Fly Ticket zur Bahnanreise:

EUR 60,- p.P.

Bitte Ihre gewünschten Leistungen

Reiserücktrittskosten-Versicherung mit Selbstbehalt: EUR 107,- p.P.

ankreuzen: DZ\* = Doppelzimmer EZ = Einzelzimmer • RF = Rail & Fly Ticket RV = Reiserücktrittskosten-Versicherung Teiln. 1 DZ EZ RF RV

Teiln. 2 DZ EZ RF RV (\* bei Zweierbelegung)

"Zivilgesellschaftliche

Zusammenarbeit

ist gerade jetzt wichtiger denn je"



Das Verhältnis zwischen Russland und dem Westen hat sich spätestens seit der Annexion der Krim massiv verschlechtert. Ohne Dialog wird es keinen Weg aus dieser Krise geben. Ex-Kanzleramtsminister Ronald Pofalla ist der neue Vorsitzende des Petersburger Dialogs auf deutscher Seite. Im Souverän-Interview erläutert er, was ein zivilgesellschaftliches Forum gerade in Krisenzeiten bewirken kann.

Souverän: Herr Pofalla, mit welcher persönlichen Intention haben Sie den Vorsitz des Dialogforums übernom-

**Pofalla:** Mir war klar. dass der Vorsitz des Petersburger Dialogs gerade zu Zeiten erheblicher politischer Spannungen keine leichte Aufgabe werden würde – aber dafür eine umso wichtigere. Denn worum geht es beim Dialog in erster Linie? Um Verständigung und den Aufbau langfristiger vertrauensvoller Beziehungen unserer Bürger, die ein friedliches Zusammenleben in Europa ermöglichen. Mich haben die Kriegserfahrungen meines Vaters und seine Erzählungen darüber sehr geprägt. Als junger Mann geriet er in Minsk in russische Kriegsgefangenschaft und wurde nach Sibirien verschleppt. Heute ist er 90 und spricht trotz der schwierigen Umstände damals noch immer in den höchsten Tönen von Land und Leuten. Vor allem aber sagt er mir eins: Das deutsche und das russische Volk dürfen nie wieder auch nur an den Rand eines Krieges geraten. Leider sehen wir uns heute mit kriegerischen Auseinandersetzungen in unserer unmittelbaren Nachbarschaft konfrontiert, die Kämpfe in der Ostukraine haben bereits Tausende von Menschen das Leben gekostet. Das politische Verhältnis zwischen Deutschland und Russland bzw. Europa und Russland befindet sich infolge der Ukraine-Krise und der Krim-Annexion auf einem Tiefpunkt. Die zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit ist gerade jetzt wichtiger denn je und der Petersburger Dialog umso

Was kann, was sollte ein solches Gesprächsforum in diesen schwierigen Zeiten überhaupt erreichen?

mehr gefordert.

Der Dialog trägt dazu bei, den Gesprächsfaden nicht abreißen zu lassen und Vertrauen wieder aufzubauen. Wo auf politischer Ebene Grenzen gesetzt sind und Formate wie G8 oder der NATO-Russland-Rat ausgesetzt werden, kann der Petersburger Dialog als Bürgerforum freier agieren. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass der Dialog möglichst breit geführt wird und plurale Meinungen abbildet, auch kritische Themen nicht ausspart. Weder Konfrontation noch Konsens um jeden Preis sind dabei das Ziel, sondern ein offener Dialog, der zur Vertrauensbildung beiträgt. Schaut man sich unsere Arbeitsgruppen an, so kann man diesen Prozess gut beobachten: Über Jahre gewachsene Kontakte bieten den Rahmen, in dem auch kritische Fragen zur Sprache kommen. Je nach Arbeitsgruppe und Thema gelingt dies mehr oder weniger erfolgreich. Alle Arbeitsgruppen haben im Übrigen auch während der Krise der letzten zwei Jahre weiterhin getagt und an ihren Projekten gearbeitet. Hier zeigt sich, welches Potenzial der Dialog und seine Strukturen gerade in Krisenzeiten bieten können. Mehr Austausch statt weniger sollte jetzt die Devise sein. Im Petersburger Dialog wollen wir das vor allem im Jugendbereich unterstreichen, mit Blick auf das deutsch-russische Jugendjahr 2016/17. Von der Begegnung zwischen junger und erfahrenerer Generation profitieren beide Seiten, und dieses Potenzial bietet der Petersburger Dialog.



Zwischenzeitlich gab es Zweifel an der Unabhängigkeit des Gesprächsforums, Kritiker der russischen Regierung kämen dort nicht ausreichend zu Wort. Wie ausgewogen ist die Zusammensetzung des Forums?

Um für die deutsche Seite zu sprechen: Wir wollen die vielfältige und lebendige Zivilgesellschaft, die sich in Deutschland entwickelt hat, auch im Verein Petersburger Dialog, dem Organisationsgremium, stärker abbilden. Deshalb haben wir eine Reform durchgeführt und über 20 neue Mitglieder, darunter sehr viele Vertreter von Nichtregierungsorganisationen, aufgenommen. Im Verein können sich die Mitglieder direkt in die inhaltliche Ausrichtung des Dialogs einbringen. Die deutsche Seite ist so pluraler geworden und vermittelt dieses Bild auch den russischen Dialog-Partnern. Ich bin überzeugt, dass wir alle, in Deutschland wie in Russland, von einer starken Zivilgesellschaft nur profitieren können. Leider ist die Situation der russischen Nichtregierungsorganisationen so besorgniserregend wie noch nie in den zurückliegenden 25 Jahren. Der Petersburger Dialog im Oktober in Potsdam hat jedoch gezeigt, dass wir mit unseren russischen Partnern offen über dieses Thema diskutieren konnten und auch unter den russischen Teilnehmern teils kontroverse Ansichten geäußert wurden. Ich halte das für ein positives Signal. Wir haben uns in Potsdam bereits auch dazu verständigt, das Gespräch fortzusetzen: Der nächste Petersburger Dialog soll im Juni in St. Petersburg stattfinden.

Russland tritt spätestens seit der Sicherheitskonferenz in München 2007 wieder als geopolitischer Mitspieler auf. Damals warnte er den Westen vor außenpolitischen Alleingängen und der weiteren Ausdehnung der NATO. Ist dies der Kern des Zerwürfnisses?

Sicherlich hat es nicht zu einer Verbesserung der Beziehungen beigetragen, dass der Westen zeitweise nicht sensibel genug war, bei der Erweiterung von EU und NATO die russischen Interessen wahrzunehmen. Ebenso war es wohl nicht klug vom amerikanischen Präsidenten, Russland als Regionalmacht einzustufen. Dies rechtfertigt aber keinesfalls, dass die Souveränität und territoria-

le Integrität eines Landes militärisch in Frage gestellt werden, wie es im Fall der Krim-Annexion passiert ist. Es rechtfertigt keine Alleingänge des russischen Präsidenten Putin in der Ukraine. In internationalen Konfliktsituationen sollten wir auf gemeinsame Lösungen bedacht sein und nicht die Verschärfung einer Krise in Kauf nehmen. Dies gilt, selbstverständlich, für alle Seiten gleichermaßen.

Nach der Ukraine-Krise nun diametral unterschiedliche Positionen in der Syrien-Frage, dazu ein tiefer Konflikt zwischen dem NATO-Staat Türkei und

# **Petersburger Dialog**

Der Petersburger Dialog ist ein bilaterales Diskussionsforum, das zum Ziel hat, die Verständigung zwischen den Zivilgesellschaften Deutschlands und Russlands zu fördern. Er wurde im Jahr 2001 vom damaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder und dem russischen Präsidenten Wladimir Putin ins Leben gerufen und wird von politischen und privaten Stiftungen, von deutschen und russischen Unternehmen sowie von den Regierungen beider Staaten unterstützt. Seit Mai 2015 ist Ronald Pofalla Vorsitzender des Petersburger Dialogs von deutscher Seite. Nachdem das jährliche Treffen im vergangenen Jahr auf deutschen Wunsch wegen der Ukraine-Krise ausgesetzt wurde, tagte der Petersburger Dialog Ende Oktober 2015 wieder in Potsdam.

# Russland. Die Spirale der Drohgebärden, Gewalt und Schaffung von Fakten ist beunruhigend. Ist der Schaden bereits jetzt irreparabel?

Für Dialog zumindest sollte es nie zu spät sein. Wie ich bereits sagte – und wie auch die jüngsten Gespräche zwischen den Präsidenten Obama und Putin trotz aller Meinungsverschiedenheiten wieder zeigen -: Wir können die schwierigen Aufgaben, die etwa mit der Bekämpfung des IS-Terrors vor uns liegen, nur gemeinsam lösen. Einen Beitrag zur Debatte um Stabilität in Europa könnte der deutsche OSZE-Vorsitz leisten. Krisenbewältigung und Dialogförderung sind als zwei Schwerpunkte benannt worden. Vielleicht gelingt es, diesem Format als Forum für Dialog und internationale Konfliktlösung neuen Schwung zu geben. Die Rolle der OSZE und die Frage von geeigneten Formaten für eine neue Sicherheitspolitik in Europa werden auch im Petersburger Dialog kontrovers diskutiert, in der Arbeitsgruppe Politik, in der sich Politiker und Politologen beider Länder dazu austauschen.

# Wie sinnvoll ist eine Fortsetzung oder gar Verstärkung der wirtschaftlichen Sanktionen? Drängen diese Russland nicht geradezu zu einem engeren Schulterschluss mit China und den anderen BRICS-Staaten?

Die Aufhebung der Sanktionen ist bekanntlich an die Umsetzung der Minsk II-Vereinbarungen gebunden. Leider ist diese zurzeit ins Stocken geraten. Dass sich die Konfliktparteien anscheinend nicht über die nächsten Schritte einig sind und auf ihren jeweiligen Standpunkten beharren, ist nicht hilfreich. Es wird sich zeigen, inwiefern vor diesem Hintergrund erneute Vermittlungsversuche, wie seitens Deutschlands und Frankreichs in Kiew, neue Impulse für die Umsetzung von Minsk II liefern können. Die Sanktionen sind aus berechtigtem Grund verhängt worden - aus meiner Sicht als einzige Möglichkeit, auf die Situation in der Ukraine entschieden zu reagieren, ohne militärische Mittel ins Spiel zu bringen. Auch wenn man sich in Russland derzeit demonstrativ nach Asien orientiert – ich denke, es besteht ein großes Interesse daran, dass die Sanktionen aufgehoben werden.

### Herzlichen Dank für das interessante Gespräch.

Das Interview wurde am 21. Januar 2016 geführt. **Demografischer Wandel:** 

# Altere versetzen Berge

Der Glaube versetzt Berge, sagt der Volksmund. Das gilt auch für die Produktivität von Arbeitnehmern: zu diesem Ergebnis kommen Studien im Blick auf ältere Mitglieder in Firmenbelegschaften. Allerdings braucht es einen Einstellungswandel, neudeutsch: Mindset-Change, gegenüber dem Alter und dem Altern.

Psychologie und Altersforschung belegen: Man wird so, wie man gesehen wird. Das bedeutet zum Beispiel: Wenn der Chef einem jüngeren Kollegen die komplexeren Aufgaben am PC überträgt, meldet sich der ältere gar nicht erst zur Computerschulung an. Er verweigert den Lernprozess, obwohl er keineswegs "zu alt" wäre, die Inhalte zu

Dieses Phänomen nennt die Sozialpsychologie "selbsterfüllende Prophezeiungen". Ein frühes Experiment dazu wurde 1968 von Robert Rosenthal an US-amerikanischen Grundschulen durchgeführt. Rosenthal überzeugte das jeweilige Kollegium mit einem Scheintest davon, dass bestimmte, von ihm zufällig ausgewählte Schüler kurz vor einem Intelligenzsprung stünden und in naher Zukunft herausragende Leistungen erbringen würden. Bei einer Intelligenzmessung am Schuljahresende hatten sich die meisten dieser "Aufblüher" im Vergleich zu ihrem am Anfang des Schuljahres erfassten Intelligenzniveau tatsächlich stark verbessert. Wie der so genannte "Rosenthal-Effekt" zu erklären

Der Autor: Prof. Dr. Sven Voelpel, Jahrgang 1973, ist Professor für Betriebswirtschaft an der Jacobs-Universität Bremen und Gründungsdirektor des WDN - WISE Demografie Netzwerks. ist? In diesem Fall waren es die Lehrer, die mit ihrer Einstellung den jeweiligen Schülern gegenüber für deren besonders gute Entwicklung sorgten. Weil sie dachten, sie würden sich besonders gut entwickeln, behandelten sie die ausgewählten Schülerinnen und Schüler auch besonders – mit mehr Hilfestellungen und Aufmerksamkeit. Genau solches Verhalten führte dazu, dass das jeweilige Kind immer mehr an sich und seine Fähigkeiten glaubte und sich tatsächlich verbesserte.

Die Beeinflussung der Verarbeitung von Reizen im Gehirn durch einen vorangegangenen Reiz, der implizite Gedächtnisinhalte aktiviert, nennt man "priming". Dieses ist bei Menschen jeder Altersstufe zu beobachten. Das zeigte u.a. ein Versuch des US-Psychologen John A. Bargh im Jahr 1996. Er ließ Personen über 50 Jahre aus vorgegebenen Wörtern einen Satz bilden. Während Gruppe A neutrale Worte erhielt, waren es bei Gruppe B Begriffe wie "vergesslich", "Glatze", "grau" und "Falten". Alle Teilnehmer sollten im Rahmen einer zweiten Aufgabe eine bestimmte Strecke zurücklegen – die Angehörigen der Gruppe B bewegten sich dabei deutlich langsamer als die der Kontrollgruppe. Das heißt: Allein das Lesen bestimmter Wörter beeinflusste das Verhalten der Probanden.

Dieses Experiment wurde vom WDN -WISE Demografie Netzwerk (WDN): Hier tauschen sich Unternehmen zu den Herausforderungen des demografischen Wandels aus und erarbeiten Lösungen - in einem von der Volkswagen-Stiftung geförderten Projekt mit dem Titel "Die Effekte der alternden Belegschaft auf den Innovationsprozess" weitergeführt. Dabei erhielten alte und junge Teilnehmer zweier Gruppen unterschiedliche Texte zum Thema Alter als Lesestoff: Im ersten Text wurde der Bezug zum Alter positiv hergestellt mit Aussagen wie: "Im Alter erkennt man Zusammenhänge besser, und man wird weiser." Daraufhin produzierten die Älteren in der anschließenden Gruppenarbeit wesentlich mehr Ideen von höherer Qualität. Der zweite Text beschrieb das Thema negativ mit dem Szenario, im Alter gebrechlicher, uneffektiver, vergesslicher zu werden. Diesmal schnitten die Älteren signifikant schlechter ab als die Jüngeren.



Das belegt: Wer auf die unerfreulichen Begleiterscheinungen des Alters hingewiesen wird, fühlt sich alt und handelt dann auch entsprechend.

Durchgesetzt haben sich diese Erkenntnisse in unserer Gesellschaft kaum. Nach wie vor traut man den Jüngeren oft zu, dass sie sich schneller einarbeiten, wenn neue Aufgaben zu vergeben sind. Dass dies schlicht eine Fehlannahme ist, ergab jüngst eine WDN-Studie. Einer Gruppe von Arbeitnehmern zwischen 50 und 60 Jahren der Otto Group wurde durch unterschiedliche Experimente deutlich gemacht, dass sie genauso gut lernen wie ihre 30-jährigen Kollegen. Auch hier blieb der erwartete Effekt nicht aus: Nur einige Monate später schnitten diese Arbeitnehmer bei Lernund Motivationstests ebenso gut ab wie die Jüngeren und brauchten sogar 20 Prozent weniger Lernzeit. Die Untersuchung macht deutlich, dass ein Mentalitätswandel gegenüber dem Alter wichtigstes Handlungsziel in den Führungsetagen sein müsste. Ein Ergebnis, das WDN-Untersuchungen zum Thema Lernen für und in Unternehmen wie Daimler, Deutsche Bank, EnBW, Otto, VW und Mars bestäti-

Was sagt uns das im Hinblick auf die Führung und Motivation der älteren Beschäftigten in Unternehmen? Jede Führungskraft tut gut daran, das Potenzial zu nutzen, welches ein älterer Mensch mit sich bringt, denn dieser ist den Jüngeren in punkto Lernfähigkeit nicht nur ebenbürtig, sondern er bringt meist noch mehr mit: eine gefestigte Persönlichkeit beispielsweise, Erfahrung im Umgang mit schwierigen Situationen und Menschen. Die hohe Kunst jeder Unternehmensführung besteht darin, diese Schätze zu heben. In der Automobilindustrie etwa hat man damit bereits begonnen. Leitende Angestellte werden hier in Vorträgen als "Mindset-Schulungen" darauf vorbereitet, die Haltung ihrer Mitarbeiter hinsichtlich Alter und Gesundheit zu ändern. Auch im Mercedes-Benz-Werk Bremen Daimler AG beispielsweise beginnt man in dieser Weise. Der Schlüssel zum Erfolg liegt in der Erkenntnis aller Beteiligten, dass in altersgemischten Teams ein hohes Leistungs- und Innovationspotenzial liegt. "Sowohl die erfahrenen als auch die jungen Mitarbeiter, ganz besonders aber die Führungskräfte, müssen davon überzeugt sein, dass intergenerationelle Teams außergewöhnlich gute Ergebnisse erzielen können."

Dagegen ist die Konzentration auf vermeintliche Schwächen von Alt oder Jung kontraproduktiv. "In zahlreichen Projekten, wie beispielsweise der Intergenerationellen Qualifizierung (IQ) – hier lernen langjährige Produktionsmitarbeiter Seite an Seite mit jungen Auszubildenden Zukunftsberufe - konnten wir bereits mit großem Erfolg den Wissens- und Erfahrungstransfer gestalten. Wir wollen diese Erkenntnisse in zukünftigen Organisationsentwicklungsprozessen verankern", führt Heino Niederhausen, Personalleiter im Mercedes-Benz-Werk Bremen Daimler AG. aus.

Natürlich ist nicht zu leugnen, dass die Lernfähigkeit zwar bleibt, die Leistungsfähigkeit älterer Menschen sich aber verschiebt und bestimmte Tätigkeiten sie zum Beispiel mehr Zeit kosten. Und doch kann diese Tatsache in den Hintergrund treten, wie ein Beispiel aus der Vorwerk & Co. KG deutlich macht: Dort wurden im Einvernehmen mit der Geschäftsführung sowie der gesamten Belegschaft die Arbeitszeiten verkürzt und gleichzeitig der Akkord abgesenkt. "Damit nehmen wir natürlich Rücksicht auf unsere ältere Belegschaft, aber ohne dies mit ihrem Alter zu begründen. So haben auch die Älteren das gute Gefühl, die Arbeit zu schaffen, statt aufs Altenabstellgleis geschoben zu werden", sagt Ralf Hüttemann, Konzernbetriebsratsvorsitzender der Vorwerk-Gruppe und zertifizierter Wirtschaftsmediator. Das Beispiel zeigt: In den meisten Fällen geht es gar nicht sosehr darum. Ältere zu motivieren, sondern sie vielmehr nicht zu demotivieren.

Mindset-Change vorleben, altersgemischte Teams bilden, Demotivation verhindern – das sind erste Maßnahmen. Nun gilt es. weitere Instrumente zu entwickeln, die den "neuen Blick" auf das Alter fest im betrieblichen Alltag verankern.

Nachberufliche Tätigkeiten:

# Neue Aufgaben für die BfA?

Nachberufliche Aktivitäten, die über das Normalmaß an familiärer oder nachbarschaftlicher Betätigung und hobbyähnlicher Beschäftigung hinausgehen, nehmen zu.

Die Mehrzahl dieser nachberuflichen Aktivitäten ist entweder wirtschaftlicher oder ehrenamtlicher Natur. Sie werden in der aktuellen Situation. vorrangig von Unternehmen und Sozialverbänden, nachgefragt und in vielfältigster Weise verbunden bzw. vermittelt. Eine exakte volkswirtschaftliche Wertschätzung ist trotzdem kaum möglich.

Dem statistisch erfassbaren Kreis dieser Aktivisten steht unzweifelhaft ein großer Kreis gegenüber, der bereit ist, derartige Aktivitäten in der Phase ihrer beruflichen und familiären Entpflichtung zu übernehmen. Aber sie finden kein angepasstes Angebot. Dies kann viele Gründe haben. Hierzu gehören schwergewichtig auf der einen Seite die fehlenden "Passformgenauigkeiten" von Angebot und Nachfrage; auf der anderen Seite spielen mangelnde Informationen über Möglichkeiten oder Ansatzpunkte für das Entdecken oder Bewältigen von Herausforderungen auf bisher unbekannten Aktionsfeldern eine große Rolle.

Eine neuerliche Studie des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung macht deutlich, dass die "moderne Völkerwanderung" vom Land in die Stadt (vgl. Handelsblatt vom 14. August 2015, S.10) nicht nur die schrumpfenden Kommunen vor große Probleme stellt, sondern auch den Aktivitätsspielraum der über 65 Jahre alteingesessenen oder neuzugezogenen Bürger oftmals sehr erheblich einschränkt. Das berührt auch überaus qualifizierte Berufsaussteiger und Lebensunternehmer. Dabei ist zu befürchten, dass sich die Einpassungsmöglichkeiten in Zukunft eher noch verschärfen als erleichternd darstellen können

Diese negativen Entwicklungen mit ihren unerträglichen menschlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Nach- und Nebenwirkungen werden flächendeckend kaum durch regionale Aktionsmodelle befriedigend gemildert bzw. gänzlich verhindert werden. Notwendig ist vielmehr die Ergänzung durch eine Neuorientierung der Bildungspolitik wie aber auch der Aufgabenstellung der Bundesagentur für Arbeit (BfA). Sie muss dem veränderten Sinngehalt der Arbeit und dem Aktivitätsbereich der nachberuflichen Arbeiten besondere Aufmerksamkeit widmen. Sie muss mit anderen Worten diese Begleiterscheinungen des Wandels in ihre "arbeitsmarktpolitischen" Überlegungen, Analysen und Entscheidungen einbeziehen. Sie muss den neuen Tätigkeits- und Arbeitsmärkten mit ihren allgemeinen und regionalen Besonderheiten auf die Spur kommen und den Interessenten durch Aufklärung und Anregungen neue Perspektiven für ihre nachberuflichen Tätigkeiten bieten.

Einen entsprechenden Antrag richtete der Kreisverband Rheinisch-Bergischer Kreis der Senio-

ren-Union an den Landesparteitag CDU NRW und den Bundesparteitag der CDU im Dezember in Karlsruhe. Dort wurde er an die zuständigen Parteigremien weitergeleitet.

**Dr. Heinz-Dieter Mundorf** 



Flexi-Rente:

Mehr Anreiz, mehr Flexibilität

Das Erwerbsleben muss künftig nicht abrupt enden. Souverän sprach mit Peter Weiß MdB, dem Vorsitzenden der Arbeitnehmergruppe und rentenpolitischen Berichterstatter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.



Souverän: Herr Weiß, Rentner sollen künftig länger arbeiten dürfen - wenn sie wollen und können. Hierfür hat sich die Große Koalition auf eine sogenannte Flexi-Rente geeinigt. Was genau verbirgt sich hinter dem Beschluss?

Weiß: Mit der Flexi-Rente wollen wir zum einen verstärkt Anreize setzen, länger zu arbeiten und damit die eigenen Rentenansprüche zu steigern. Zum anderen wollen wir flexiblere Übergänge zwischen Berufstätigkeit und Rente zum Ende des Erwerbslebens ermöglichen. Künftig wird es für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer leichter, zwischen dem 63. und 67. Lebensjahr Teilzeitarbeit und Teilrentenbezug miteinander zu kombinieren. Wir haben mit dem Rentenpaket bereits einen ersten Schritt unternommen, in dem wir klargestellt haben, dass ein Arbeitsverhältnis, das normalerweise per Arbeitsvertrag zum Erreichen der Regelaltersgrenze in der Rentenversicherung automatisch endet, beliebig unter Vereinbarung eines neuen Zeitpunktes für dessen Beendigung verlängert werden kann. In der Vergangenheit lief Arbeit über die Regelaltersgrenze hinaus in der Regel als unbefristetes Beschäftigungsverhältnis weiter – für viele Arbeitgeber ein Hindernis, bewährte Kräfte im Betrieb zu halten. Zusätzlich machen wir Arbeit über die Regelaltersgrenze hinaus durch die Möglichkeit attraktiver, bei Weiterarbeit im Rentenbezug aus einer solchen Beschäftigung heraus die Rentenansprüche weiter zu steigern. Wenn jemand bereit ist, aus seinem neuen Arbeitsentgelt die auf ihn entfallenden Arbeitnehmeranteile zur Rentenversicherung zu zahlen, werden ihm die ohnehin fälligen Arbeitgeberanteile zusätzlich zugute gerechnet. Aus beidem, Arbeitnehmer- und Arbeitgeberanteil, ergibt sich dann eine jährliche Steigerung der Rentenansprüche.

# Wie sieht es denn mit den zusätzlichen Einnahmen dann steuerlich aus? Wie viel darf ein Rentner dann hinzuverdienen?

6.300 Euro jährlich können bei Teilrentenbezug, also vor Erreichen der Regelaltersgrenze, anrechnungsfrei hinzuverdient werden. Darüber hinausgehendes Einkommen wird nur zu 40 Prozent auf die Rente angerechnet. Heute ist es so, dass jemand, der mit 63 vorgezogen in Rente geht, entsprechend hinzuverdienen darf. Sobald er mehr hinzuverdient, wird die Rente aber entsprechend gekürzt. Die bisherigen unübersichtlichen Teilrentenstufen fallen weg. Maximal können Rente und Hinzuverdienst zusammen bis zu der Summe bezogen werden, die dem höchsten Bruttoverdienst der vorangegangenen 15 Jahre entspricht. Ich glaube, dass es damit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer interessanter werden könnte, mit 63 nicht gänzlich aus dem Arbeitsleben auszuscheiden, sondern Rentenzahlung und Arbeitseinkommen miteinander zu kombinieren. Viele ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dürften es als eine gute Perspektive betrachten, zumindest halbtags oder in Teilzeit weiterzuarbeiten. Da erhoffen wir uns mehr Flexibilität.

### Wie sieht der Fahrplan aus? Wann könnte die Flexi-Rente Realität werden?

Das Bundesarbeitsministerium arbeitet mit Hochdruck an den Gesetzesformulierungen zur Umsetzung der Beschlüsse zur Flexi-Rente. Wenn es nach uns geht, werden wir den Gesetzesentwurf im Frühjahr 2016 zur Beratung in den Bundestag einbringen, sodass das Gesetz im Idealfall schon zum 1. Juli 2016 in Kraft treten kann. Sicher bin ich mir aber, dass dieses spätestens zum 1. Januar 2017 kommen kann. Ganz entscheidend wird es außerdem sein, das mit einer effektiven Informationspolitik zu begleiten, damit die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die neugewonnene Flexibilität auch für sich nutzen können. Es ist doch erstaunlich, wie wenig etliche Regelungen, die auch heute schon im Rentenrecht gelten, bekannt sind. So weiß kaum einer, dass im Gesetz steht, dass es für jedes Jahr, das man seine Rente nach Erreichen der Regelaltersgrenze später beantragt, sechs Prozent plus auf die Rente gibt. Deshalb haben wir im konkreten Fall auch darauf gedrungen, dass seit Beginn des Jahres 2015 im Informationsschreiben der Rentenversicherung auf diesen Umstand ausdrücklich hingewiesen wird.

# Wie man hört, sollen flankierende Mittel bereitgestellt werden, um Präventions- und Reha-Angebote auszubauen

In der Tat beinhaltet das Paket Schritte, die den Vorrang von Prävention und Rehabilitation vor der Rente stärken sollen. Wenn wir für freiwilliges längeres Arbeiten eintreten, müssen wir in manchen Fällen erst die Voraussetzungen dafür schaffen. Es muss doch zu denken geben, dass nur rund die Hälfte der Bezieher von Erwerbsminderungsrenten zuvor Leistungen der medizinischen Rehabilitation in Anspruch genommen hat. U.a. soll jetzt mit der Deutschen Rentenversicherung Bund ein Modellversuch einer abholenden Präventions- und Rehastrategie gestartet werden, die besonders auf kleine und mittlere Betriebe ausgerichtet ist. In den Rahmenempfehlungen zur Nationalen Präventionsstrategie soll ein

# Senioren-Union:

# **Schritt in die** richtige Richtung

Die Pläne der Berliner Großen Koalition zur sogenannten Flexi-Rente sind aus Sicht der Senioren-Union der CDU ein "Schritt in die richtige Richtung". Mittelfristig werde vor dem Hintergrund des demografischen Wandels kein Weg daran vorbeiführen, bisherige Regelaltersgrenzen ganz aufzuheben, erklärte Senioren-Union-Chef Prof. Dr. Otto Wulff in Berlin. "Wer als älterer Mensch über gesetzliche Altersgrenzen hinweg arbeiten möchte, dem sollte dies ohne bürokratische Hemmnisse möglich sein", meint Wulff. Als Vorteil sieht der Bundesvorsitzende der zweitgrößten CDU-Vereinigung, dass Arbeitnehmer künftig ihre Rente um bis zu 200 Euro im Jahr steigern können, wenn sie wie der Arbeitgeber in die Rentenversicherung einzahlen. Bedauerlich sei allerdings, dass es - ohne Anrechnung auf die Rente – bei der Hinzuverdienstgrenze von 450 Euro monatlich bleiben solle. "Hier hätte ich mir weniger Halbherzigkeit gewünscht."

berufsbezogener Gesundheitscheck für Versicherte im Alter von 45 bis 46 Jahren verankert werden. Die sonstigen Leistungen im Reha-Budget der DRV, aus denen die Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben finanziert werden, werden "entdeckelt", und Leistungen können auch nicht mehr nur dann gewährt werden, wenn bei anhaltender Erkrankung ein Arbeitsplatz erhalten werden kann, sondern auch dann, wenn ein alternativer Arbeitsplatz erschlossen werden kann.

Die Opposition bezweifelt, dass dank Flexi-Rente mehr Leute länger arbeiten. Insbesondere für besonders belastende Berufe (Krankenschwester, Bauarbeiter etc.) biete die Flexi-Rente keine Anreize. Wie begegnen Sie die-

Die Teilrente ab 63 Jahren wird auch diesen Berufen helfen, länger im Erwerbsleben bleiben zu können. Die Erwartungen zielten aber teilweise auch in Richtung kürzeren Arbeitens. Die vorgezogene Altersrente wird aber rechtlich, auch für die Zukunft, so ausgestaltet, dass man sie erst mit 63 in Anspruch nehmen kann. Würde man eine vorgezogene Altersrente mit 60 Jahren ermöglichen, wäre diese mit sehr hohen Abschlägen belegt (es sei denn, man würde die Finanzierung eines solchen Modells zu Lasten Dritter organisieren). Ich kann mir kaum vorstellen, dass es dann Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gäbe, die diese Abschläge irgendwie ausgleichen können. Das Modell einer Teilrente ab 63 mit entsprechend überschaubaren Abschlägen kann jedoch dann zum Zukunftsmodell werden, wenn für Beschäftigte zusätzlich über betriebliche bzw. tarifvertragliche Vereinbarungen die Möglichkeit geschaffen wird, die Abschläge "zurückzukaufen". Diesen Rückkauf wollen wir bereits ab dem 50. Lebensjahr erlauben – und nicht erst ab dem 55. Lebensjahr, wie das heute der Fall ist. Es bleibt dann den Tarifvertragsparteien überlassen, ob sie solche Vereinbarungen zum Beispiel auf besonders belastete Berufsgruppen konzentrieren wollen oder ob sie sogar ergänzend zu solchen allgemeinen Vereinbarungen einen Rückkauf für besonders belastete Berufsgruppen z. B. über Demografie-Komponenten in Tarifverträgen zusätzlich flankieren wollen. Solange wir nicht wissen, wie sich solche Modelle in Verbindung mit einem flexiblen Rentenübergang ab 63 Jahren bewähren, brauchen wir allerdings nicht über noch frühere Einstiegsgrenzen zu diskutieren.

# Altersdiskriminierung:

# Alter kein Kündigungsgrund!

Friedrich Tews musste lange (juristische) Wege gehen. Mit der Begründung, dass er nun zu alt sei, hatte ihm eine Sicherheitsfirma aus dem Ruhrgebiet im Juni 2012 die Kündigung zugestellt. Tews, Spätaussiedler aus Russland, war mit anderen Kollegen in einer Justizvollzugsanstalt (JVA) eingesetzt.

Die Kündigung basierte auf einer Vereinbarung seines Arbeitgebers mit dem Land Nordrhein-Westfalen, wonach nur Mitarbeiter in der JVA zum Einsatz kommen dürfen, die nicht älter als 62 Jahre sind. Tews und sein Anwalt sahen darin eine klare Altersdiskriminierung und klagten auf Weiterbeschäftigung bis 65, zumal Tews erst dann Anspruch auf die volle Rente hat und aufgrund der Kündigung erhebliche finanzielle Einbußen befürchten musste. Das Arbeitsgericht Paderborn stimmte ihnen zu, nicht jedoch die Sicherheitsfirma, die Revision einlegte. Somit landeten die Beteiligten vor dem Landesarbeitsgericht, welches einen Vergleich vorschlug, konkret eine Abfindung in fünfstelliger Höhe.

Wiederum spielte das Sicherheitsunternehmen nicht mit. Die Folge: Die Landesarbeitsrichter hoben das erste Urteil aus Paderborn auf und ließen ausdrücklich eine Revision vor dem Bundesarbeitsgericht in Erfurt zu. Dort signalisierte der zuständige Zweite Senat dem Unternehmen, dass auch mittelbare Verstöße gegen das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz unzulässig sind und im Falle einer darauf beruhenden Kündigung erfolgreich gerichtlich angegriffen werden können. Dies führte zum Einlenken. Nach langem Weg durch drei Instanzen willigte der ehemalige Arbeitgeber in die Abfindung ein.



Rente:

# **Trauerfeier** mit den (Ex-)Kollegen

Mancher würde gerne über die gesetzlich vorgeschriebene Altersgrenze hinaus arbeiten. Rose-Rita Schäfer aus dem hessischen Lich zum Beispiel. Sie kämpfte für eine Weiterbeschäftigung, doch vergebens.

Souverän: Frau Schäfer, Sie haben im April des letzten Jahres ihre Kollegen zur "Trauerfeier" eingeladen, weil ihr Berufsleben zu Ende ging. Die meisten Menschen blicken diesem Datum eher freudig entgegen ....

**Schäfer:** Das mag sein, ich selbst sehe das anders. Ich will noch nicht zum alten Eisen gehören und hätte gerne noch eine Zeitlang weitergearbeitet, vielleicht in einer Art Gleitrente, bis 67 ganz normal weiter, danach eine Viertagewoche. Auch einen befristeten Vertrag hätte ich genommen.

# Sie haben zuletzt als Programmiererin für den Optikkonzern Zeiss gearbeitet. Gab es da keine Möglichkeit zu einer Lösung in Ihrem Sinne?

Ich habe es versucht, bin tatsächlich an meinen Arbeitgeber mit der Bitte herangetreten, länger arbeiten zu können. Zunächst hörte ich längere Zeit nichts, dann habe ich in der Personalabteilung nachgehakt. Für die war ich ein absolutes Novum, und deshalb wollte man wohl auch keinen Präzedenzfall schaffen. Auf nochmalige Nachfrage hörte ich dann, dass bereits eine Nachfolgerin eingestellt sei und die Stelle damit besetzt. Also Ende der Diskussion.

# Wie sieht denn die rechtliche Situation in so einem Fall aus?

Ich habe durch einen Anwalt prüfen lassen, ob ich eventuell einen Rechtsanspruch auf Weiterbeschäftigung gehabt hätte. Den gibt es aber nicht. Im Grunde haben wir in Deutschland alle Zeitverträge, die mit dem Beginn der Regelrente enden. Wenn dieser Hinweis auf das Renteneintrittsalter im Arbeitsvertrag enthalten ist, gibt es nach einem Urteil des Europäischen Gerichtshofes auch keine Möglichkeit, auf Altersdiskriminierung zu klagen. Der Betriebsrat konnte ebenso wenig helfen. Hier sagte man mir, dass der Arbeitgeber für eine Weiterbeschäftigung - wenn überhaupt - nur einen unbefristeten Arbeitsvertrag anbieten dürfe. Dieser birgt aus Unternehmenssicht allerdings Probleme, denn die Wahrscheinlichkeit von Krankheit und Ausfällen steigt nun mal im Alter, und vor diesem Hintergrund will man sich nicht mehr langfristig vertraglich an Rentner binden.

# Von Gewerkschaftsseite gibt es in solchen Fällen aber auch keine Unterstützung, oder?

Das ist richtig. Zwar will man arbeitswilligen Senioren offiziell keine Steine in den Weg legen. Aber im Grunde ist die Gewerkschaftspolitik ja eher darauf angelegt, den Menschen einen möglichst frühen Ausstieg aus dem Berufsleben zu ermöglichen. Ich bin da wohl in der absoluten Minderheit. Erstaunlich ist auch, dass alle Welt vom Fachkräftemangel redet und dass wir länger arbeiten sollen. Doch die Realität sieht ganz anders aus.

## Wäre eine selbstständige Tätigkeit noch eine Option?

Da muss man Realist bleiben. Als selbstständige Programmiererin müsste ich mir meine eigenen Kunden suchen, darin habe ich überhaupt keine Erfahrung, ich habe ja immer für feste Arbeitgeber gearbeitet. Ich hätte aber Spaß daran, auf der Basis meiner beiden Studienabschlüsse noch zu promovieren, technische Informatik wäre für mich eine gute Sache, bin ich doch seit 1980 in diesem Geschäft. Doch musste ich mir schon von Professoren anhören, dass sie nicht für meine Freizeitgestaltung zuständig wären.

In der Politik wird viel davon geredet, das Wissen und die Erfahrung älterer Menschen über den offiziellen Renteneintritt hinaus zu nutzen und entsprechende Möglichkeiten in den Unternehmen zu schaffen, beispielsweise durch flexiblere Übergänge vom Erwerbsleben in den Ruhestand. Alles nur Sonntagsreden?

Es gibt in Deutschland eigentlich keine Infrastruktur für eine Beschäftigung von Menschen, die nach offiziellem Renteneintritt noch länger arbeiten möchten. Sie dürfen Enkel hüten, die Straße kehren oder auf der Volkshochschule einen Computerkurs für Senioren absolvieren, aber mehr bitte nicht. Man wird absolut aussortiert. Ich fühle mich zur Rente verdammt.

Pflegeheim Rating-Report 2015:

# Alterung der Gesellschaft wird zu **Engpässen** führen

Den meisten deutschen Pflegeheimen geht es momentan zwar wirtschaftlich gut, in den nächsten Jahren drohen aufgrund der zunehmenden Alterung der Gesellschaft jedoch Engpässe bei stationären Pflegeplätzen und Pflegepersonal. Zu diesen Ergebnissen kommt der aktuelle "Pflegeheim Rating Report 2015" von RWI, hcb GmbH und Philips GmbH.

Die meisten deutschen Pflegeheime befinden sich in einer guten wirtschaftlichen Lage. Im Jahr 2013 befanden sich lediglich 7% im "roten Bereich" mit erhöhter Insolvenzgefahr, während 72% im "grünen Bereich" mit geringer Insolvenzgefahr lagen. Ihre durchschnittliche Ausfallwahrscheinlichkeit (Zahlungsunfähigkeit) lag mit 0,9% deutlich niedriger als die von Krankenhäusern und Rehakliniken. Für die aktuelle Ausgabe des alle zwei Jahre erscheinenden Reports wurden 469 Jahresabschlüsse ausgewertet, die insgesamt 2 252 Pflegeheime umfassen. Zudem berücksichtigt der Report amtliche Daten des Statistischen Bundesamts von allen rund 13 000 Pflegeheimen, 12 700 ambulanten Diensten und 2,6 Millionen Pflegebedürftigen.

Einige bereits im "Pflegeheim Rating Report 2013" beobachtete Trends haben sich fortgesetzt. So ist die Zahl der Pflegebedürftigen, die ambulant versorgt werden, im Jahr 2013 auf 24,3% gestiegen. Zudem haben Regulierungsdichte und Personalknappheit weiter zugenommen. Der gesamte deutsche Pflegemarkt ist ein Wachstumsmarkt. Insgesamt wird die Zahl der Pflegebedürftigen bis zum Jahr 2030 voraussichtlich um ein Drittel auf 3,5 Millionen ansteigen. Damit verbunden ist ein zusätzlicher Bedarf von voraussichtlich zwischen 131 000 und

321 000 stationären Pflegeplätzen. Die dafür erforderlichen Neu- und Reinvestitionen belaufen sich auf 58 bis 80 Milliarden Euro. Darüber hinaus ist auch mehr Personal erforderlich. Bis 2030 ist mit insgesamt 128 000 bis 245 000 zusätzlichen Stellen (Vollkräfte) in der stationären und mit 63 000 bis 124 000 in der ambulanten Pflege zu rechnen.

Inwieweit das Angebot an stationären Pflegeplätzen dem wachsenden Bedarf nachkommt, ist kritisch zu sehen. Zwar erreichte die Zahl der Pflegeheime im Jahr 2013 einen neuen Höchstwert von 13 030, und die Zahl der Plätze erhöhte sich auf 903 000. Dennoch stieg die durchschnittliche Auslastung der Heime an. Eine Analyse der Bautätigkeit zeigt, dass insbesondere in städtischen Regionen neue Pflegeplätze entstehen. Um den Bedarf an Plätzen langfristig zu decken, muss sich der Zuwachs an neuen Angeboten jedoch weiter erhöhen.

Auch beim Pflegepersonal gibt es Handlungsbedarf. Um dem zu erwartenden Mangel an Pflegefachkräften zu begegnen, sollte in erster Linie die Attraktivität des Pflegeberufs erhöht werden. Ziel sollte es sein, die Verweildauer im Pflegeberuf zu verlängern, die Vollzeitquote auszuweiten und neue Auszubildende zu gewinnen. Dazu werden die Löhne für qualifiziertes Personal gegenüber Hilfskräften steigen müssen. Allerdings spielen auch weiche Faktoren eine wesentliche Rolle, z.B. weniger Bürokratie, eine gute Führungskultur, größeres gesellschaftliches Ansehen des Berufs, bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und bessere Karrieremöglichkeiten.

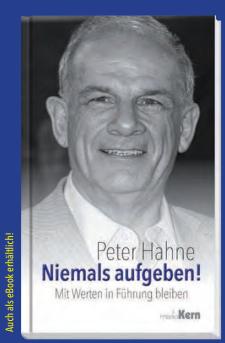
Weitere Infos: Dr. Dörte Heger (RWI), Tel.: (0201) 8149-285

### Richtigstellung:

In der Souverän 4-2015, S. 31, wurde der Autorenhinweis zum Artikel "Zukunft der Familie: Vielfalt statt Niedergang" leider verkürzt wiedergegeben. Richtig musste es heißen: Die Autoren: Dorothee Engelhardt M.A., wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Professur für Demografie an der Universität Bamberg

Henriette Engelhardt-Wölfler, Inhaberin der Professur für Demografie Bamberg und Leiterin des Staatsinstituts für Familienforschung an der Universität Bamberg **Wir bitten den Fehler zu entschuldigen.** 

# Jetzt lesen, verschenken, verteilen



Nr. 5.121.005 · 160 Seiten € 9,95

Seit über 30 Wochen
SPIEGEL
Bestseller

Top-aktuell, Streitschrift
gegen Resignation und
für eine Gesellschaft
mit christlichen Werten.
Greift der Islam nach Deutschland?
Was ist uns heilig?
Was lehrt unsere Geschichte?
Wie können wir uns wehren?

Gehört das Christentum noch zu Deutschland?



# Wachsender Bedarf an Infrastruktur

Mit dem demografisch bedingt steigenden Pflegebedarf werden nicht nur die Pflegefachkräfte zunehmend knapp. Bis zum Jahr 2030 müssen bundesweit auch bis zu 220.000 zusätzliche Plätze in der stationären Dauerpflege bereitgestellt werden. Dabei stehen die einzelnen Bundesländer vor unterschiedlichen Herausforderungen.

Laut Statistischem Bundesamt waren im Jahr 2013 in Deutschland gut 2,6 Millionen Menschen offiziell pflegebedürftig. Hinzu kamen weitere 109.000 Menschen, die zwar körperlich durchaus fit sind, aber beispielsweise aufgrund einer demenziellen Erkrankung Hilfe benötigen. Dabei ist der Pflegebedarf regional sehr unterschiedlich ausgeprägt. So weisen die ostdeutschen Flächenländer durchweg einen höheren Anteil Pflegebedürftiger auf als die westdeutschen Länder. In Brandenburg sind zum Beispiel 4,4 Prozent der Menschen pflegebedürftig, in Bayern aber nur 2,7 Prozent.

Es liegt nahe, diesen Unterschied mit der Altersstruktur der jeweiligen Bevölkerung zu erklären. Denn das Pflegefallrisiko steigt mit dem Alter deutlich an. Aus diesem Grund ist in einem Bundesland mit einer älteren Bevölkerung in der Regel auch der Anteil der Pflegebedürftigen höher als in einem Land mit einer jüngeren Altersstruktur. Das vermag aber bestehende Unter-

Der Autor: **Dr. Jochen Pimpertz** leitet das Kompetenzfeld "Öffentliche Finanzen, Soziale Sicherung, Verteilung" im Institut der deutschen Wirtschaft Köln.

schiede nur zum Teil zu erklären. Denn selbst wenn man nur Personen gleichen Alters betrachtet, unterscheiden sich die Bundesländer hinsichtlich des Pflegefallrisikos. Und wieder stechen die ostdeutschen Länder hervor. Dazu ein weiteres Beispiel: In der Gruppe der 85- bis 89-jährigen Frauen liegt der Anteil der pflegebedürftigen Personen in Mecklenburg-Vorpommern bei 56 Prozent, in Bayern hingegen nur bei 37 Prozent. Zu den Gründen besteht allerdings noch Forschungsbedarf. Ob medizinische Ursachen, unterschiedliche familiäre Strukturen, Hemmungen bezüglich der Antragstellung oder Unterschiede in der Begutachtungspraxis den Ausschlag geben, kann bislang nicht beantwortet werden.

## Mehr Hochbetagte - mehr **Pflegebedarf**

In den nächsten Dekaden wird die Alterung der Bevölkerung in allen Bundesländern die Zahl der Pflegefälle in die Höhe treiben. Allerdings lässt sich nicht eindeutig prognostizieren, in welchem Ausmaß. Denn die Berechnungen basieren auf verschiedenen Annahmen darüber, wie sich das Pflegefallrisiko mit einer steigenden Lebenserwartung ändert. Etwas moderater steigen die Fallzahlen, wenn man davon ausgeht, dass die Menschen gesünder altern, sich also das derzeitige Risiko, in einem bestimmten Alter pflegebedürftig zu werden, mit einer längeren Lebenserwartung auch in höhere Altersstufen verschiebt. Höhere Bedarfe ergeben sich hingegen, bliebe das Pflegefallrisiko in bestimmten Altersstufen unverändert. In diesem Fall stiege die Zahl der Pflegebedürftigen beispielsweise in der Hauptstadt bis 2030 um 44 Prozent auf knapp 170.000. Das Saarland scheint dagegen relativ günstig durch den demografischen Wandel zu steuern – dort stiege die Zahl der Pflegefälle nur um 21 Prozent auf 43.000.

Auch nach 2030 legt die Anzahl der Pflegefälle weiter zu, weil die geburtenstarken Jahrgänge nach und nach das hochbetagte Alter mit besonders hohem Pflegefallrisiko erreichen. Demnach muss bis 2050 bundesweit mit bis zu 1,9 Millionen zusätzlichen Pflegefällen gerechnet werden.

# Ohne professionelle Pflege geht es nicht

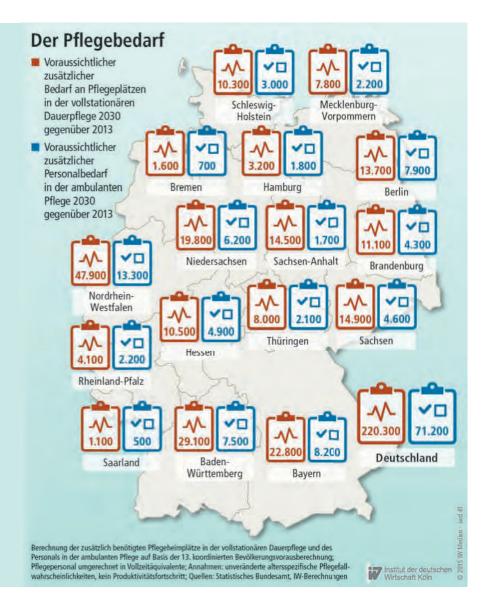
Für eine Antwort auf die Frage, wie die zusätzliche Nachfrage gedeckt werden kann, ist eine weitere Unterscheidung in professionelle und informelle Pflege wichtig. Denn eine pflegerische Versorgung lässt sich gerade im häuslichen Umfeld häufig nur realisieren, wenn neben den Pflegefachkräften auch Angehörige, Nachbarn und Ehrenamtliche eingebunden werden. Doch ob dies unter den veränderten demografischen Bedingungen überhaupt noch im gleichen Umfang geleistet werden kann wie heute, ist unsicher.

So nimmt die Zahl der Singles zu. Dies betrifft derzeit vor allem Menschen jüngeren und mittleren Alters. Behalten diese ihre Lebensform bei, ist künftig auch mit einer steigenden Anzahl von Single-Haushalten im hohen Alter zu rechnen. Dort fehlt dann aber der Partner, der einen Teil der notwendigen Hilfestellungen im Pflegefall übernehmen könnte.

Auch die Gruppe der Kinderlosen wächst. Im Jahr 2012 lag der Anteil der Frauen ohne eigenen Nachwuchs in der Gruppe



der 65- bis 75-Jährigen bei 12 Prozent, in der Gruppe der 45- bis 54-Jährigen dagegen bei 19 Prozent. In Zukunft kann daher eine größere Zahl von älteren, pflegebedürftigen Menschen nicht mehr auf die Hilfe der eigenen Kinder hoffen. Dabei treten wiederum Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland sowie zwischen Stadtstaaten und Flächenländern auf. Lag der Anteil kinderloser Frauen in der Gruppe der 45- bis 54-Jährigen im Jahr 2012 in



Bremen bei einem Drittel, blieben in Sachsen nur gut 8 Prozent der gleichaltrigen Frauen kinderlos.

#### Heimplätze und Pflegekräfte fehlen

Angesichts dieser Zahlen ist eines gewiss: Die Nachfrage nach professionellen stationären und ambulanten Pflegedienstleistungen wird steigen, selbst wenn die informelle Betreuung mit dem wachsenden Pflegebedarf Schritt halten kann:

1) In der **stationären Dauerpflege** ergibt sich demnach bis 2030 ein zusätzlicher Bedarf von 180.000 bis 220.000 Plätzen - je nachdem, ob sich das derzeitige altersabhängige Pflegefallrisiko mit einer steigenden Lebenserwartung in höhere Altersstufen verschiebt oder konstant bleibt. Wegen der unterschiedlich hohen Bestandskapazitäten, aber auch aufgrund der unterschiedlichen Auslastung sind die Bundesländer unterschiedlich stark gefordert. Gemessen am Stand 2013, müsste Sachsen-Anhalt die Zahl der Pflegeheimplätze bis 2030 um rund die Hälfte oder

14.500 erhöhen, das Saarland hingegen lediglich um knapp 9 Prozent oder 1.100 Plätze

2) Der zusätzliche Bedarf an **ambulanter** Pflege ist ungleich schwerer abzuschätzen. Fest steht, dass die professionellen Pflegedienste ebenfalls Hilfsmittel und Personal benötigen. Aber auch das private Wohnumfeld ist adäquat auszurüsten. Über den Bedarf gibt es aber bislang keine verlässlichen Datenquellen. Außerdem ist nur schwer abzuschätzen, welche Produktivitätsreserven im Pflegesektor schlummern. Lässt man diese Unsicherheiten außen vor, dann sind bis 2030 in der ambulanten Pflege wohl zusätzlich 71.000 Vollzeitstellen für Pflegefachkräfte vonnöten - wiederum mit erheblichen regionalen Schwankungen.

#### Länder in der Pflicht

Vor diesem Hintergrund gilt es, die Weichen vor allem in den Bundesländern frühzeitig richtig zu stellen. Denn die sind für eine ausreichende Pflegeinfrastruktur ver-

antwortlich - sei es in Form eigener Einrichtungen, viel mehr aber durch die Setzung geeigneter Rahmenbedingungen, damit die privaten und frei-gemeinnützigen Träger der ambulanten Dienste und stationären Einrichtungen entsprechende Kapazitäten bereitstellen können.

In einigen Ländern werden die Anreize allerdings seit geraumer Zeit zugunsten der ambulanten Pflege und auf Kosten der stationären Versorgung gestärkt. Dies könnte sich als Bumerang erweisen, wenn Pflegebedürftige zunehmend auf Heimplätze angewiesen sind, aber nicht mehr auf ein entsprechendes Angebot treffen. Außerdem sollten der Bund und die Länder darauf achten, dass sie die wirtschaftlichen Anreize nicht etwa durch überbordende bürokratische Anforderungen ersticken. Denn die pflegerische Versorgung beruht auf dem unternehmerischen Engagement der vielen klein- und mittelständischen Betreiber ambulanter Pflegedienste oder stationärer Einrichtungen. Das notwendige betriebswirtschaftliche Knowhow ist dabei gleichermaßen bei privaten und freigemeinnützigen Trägern gefragt. Wenn dieses Engagement aber ermüdet, drohen nicht nur die Versorgungskosten mit wachsender Knappheit zu steigen. Am Ende droht auch eine stärkere Inanspruchnahme der öffentlichen Hand, wenn die Pflegekosten die Leistungen der Pflegeversicherung und das private Budget übersteigen. Dann sind zwar zunächst die Angehörigen, in letzter Konsequenz aber die Steuerzahler gefordert. Das kann aber nicht im Interesse der Landesregierungen liegen.





Pflegeberufe:

# Senioren-Union begrüßt Aufwertung

# Neuer Gesetzesentwurf ist Schritt in die richtige Richtung

Der demografische Wandel wird unsere Gesellschaft prägen und verändern und die Nachfrage nach Pflegepersonal weiter vergrößern. Das Alter der Patientinnen und Patienten in Krankenhäusern sowie der Bewohnerinnen und Bewohner in Pflegeeinrichtungen und der Pflegebedürftigen zu Hause steigt. Um den dringenden Pflegekräftebedarf zu decken, ist es daher eine der wichtigsten Aufgaben, durch geeignete Maßnahmen die Attraktivität der Pflegeberufe und -ausbildung weiter zu erhöhen, die Pflegequalität sicherzustellen und für eine höhere Wertschätzung dieses Berufsfeldes in unserer Gesellschaft zu sorgen. Daher halten wir als Senioren-Union den Gesetzesentwurf des Bundesgesundheitsministers Hermann Gröhe zur Reform der Pflegeberufe, der im Januar 2016 vom Bundeskabinett beschlossen wurde. für einen richtigen und wichtigen Schritt, um die Pflegeberufe den Anforderungen



Der Autor: **Alfons Gerling** ist stellvertretender Bundesvorsitzender der Senioren-Union.

der Zeit anzupassen und zukunftsfähig zu

Das geplante Pflegeberufsgesetz sieht die Zusammenlegung der Ausbildungsgänge der bisherigen Kranken-, Alten- und Kinderpflege zum größten Ausbildungsbereich in Deutschland mit ca. 133.000 Auszubildenden vor, wodurch den Pflegekräften eine breite Einsatzmöglichkeit in den verschiedensten Bereichen der Pflege eröffnet wird. So müssen beispielsweise Pflegekräfte in Altenheimen zunehmend auch mehrfach chronisch Kranke pflegen und in Krankenhäusern Kenntnisse im Umgang mit älteren, oft an Demenz erkrankten Patienten haben, wodurch eine übergreifende Ausbildung von Vorteil ist. Weitere entscheidende Punkte des Gesetzesentwurfs sind die Abschaffung des Schulgeldes durch die Einführung einer angemessenen Ausbildungsvergütung sowie die Ausweitung der beruflichen Weiterbil-dungsmöglichkeiten. Nach der für dieses Gesetz notwendigen Zustimmung des Bundesrates könnte 2018 der erste Ausbildungsjahrgang nach den neuen Richtlinien begin-

Menschen, die in Pflegeberufen arbeiten, leisten einen oftmals schweren und belastenden, aber zugleich unverzichtbaren Dienst für unsere Gesellschaft, wofür sie unseren Dank und unsere Anerkennung verdienen. Mit den im nun vorliegenden Gesetzesentwurf vorgesehenen Maßnahmen bietet die Pflegeausbildung ein attraktives Berufsfeld für zahlreiche junge Menschen mit vielfältigen Einsatz- und Entwicklungsmöglichkeiten.

# Pflege:

# Staatliche Schutzpflichten?

Braucht das System der Pflegeversicherung eine grundlegende Reform? Dieser Frage ist Susanne Moritz vor dem Hintergrund von Medienberichten über menschenunwürdige und untragbare Zustände bis hin zur Gewaltanwendung gegenüber Pflegebedürftigen in einer Dissertation am Lehrstuhl für Öffentliches Recht und Politik an der Universität Regensburg nachgegangen. Sie kam dabei zu dem Ergebnis, dass teilweise gravierende Missstände in nicht wenigen stationären Pflegeeinrichtungen in Deutschland empirisch belegbar, also leider tägliche Realität sind. Die Ursachen hierfür sieht sie in erster Linie in den gesetzlichen Rahmenbedingungen der Pflege, dabei insbesondere in der Finanznot der Pflegekassen, die eine geringe Vergütung der Pflegeheime, eine defizitäre Personalausstattung sowie schlechte Arbeitsbedingungen für das Pflegepersonal nach sich ziehe. Die belegbaren Missstände, so folgert Moritz weiter, verletzten die Grundrechte der stationär untergebrachten Pflegebedürftigen. Zwar erfolge die Pflege dieser Menschen durch Dritte, doch ergebe sich eine Zurechenbarkeit dieser Grundrechtsverletzungen an den Staat aus dessen Schutzpflichten. Eine aussichtsreiche Möglichkeit zur Abhilfe sieht die Autorin in einer Verfassungsbeschwerde vor dem Bundesverfassungsgericht. Diese Beschwerdebefugnis sei dabei nicht nur für alle aktuell betroffenen Heimbewohner anzunehmen, sondern bestehe auch für alle künftig Betroffenen.

Susanne Moritz: Staatliche Schutzpflichten gegenüber pflegebedürftigen Menschen, Nomos-Verlag, Baden-Baden, 2013, ISBN 978-3-8487-0722-5

#### Barrierefreiheit:

# Deutschland als Nachzügler?



Ein Gespräch mit Dr.-Ing. Wulf-Holger Arndt vom Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) in Berlin

Souverän: Die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung schrieb kürzlich, dass die USA aufgrund des sog. ADA-Gesetzes (Americans with Disabilities Act) in kurzer Zeit zu einem barrierefreien und behindertengerechten Land umgekrempelt worden seien, ganz im Gegensatz zu Deutschland. Teilen Sie diese Beobachtung?

Dr. Arndt: Nein, diese teile ich nicht. Das ADA ist nicht neu, sondern 25 Jahre alt. Allein deshalb kann ich die Aussage, dass aufgrund eines 25 Jahre alten Gesetzes das Land in kurzer Zeit barrierefrei und behindertengerecht wurde, nicht nachvollziehen. Übrigens gibt es noch ältere US-Gesetze in Bezug auf die Barrierefreiheit, wie Architectural Barriers Act (1968) und Air Carrier Access Act (1986). Insofern beruhen Verbesserungen in der Barrierefreiheit in den USA auf einer fast 50-jährigen Gesetzgebung. Das deckt sich mit meinen Erfahrungen, dass der Weg zur Barrierefreiheit ein langer ist.

Wo ich einen Vorteil in der USA-Gesetzgebung gegenüber der deutschen sehe, ist die stärkere (wenn auch ebenfalls nicht umfassende) Einbeziehung des privaten Sektors in die Belange der Barrierefreiheit. So hat sich einiges getan beim barrierefreien Internet oder beim rollstuhlgerechten und blindengerechten Umbau von Gebäuden. Defizite bestehen in den USA aber weiterhin bei einer ganzen Reihe von Artikeln der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK). So z.B. bei der Verbesserung der persönlichen Mobilität (Artikel 20) oder bei der Sicherung eines angemessenen Lebensstandards und beim sozialen Schutz (Artikel 28). Die starke Ausrichtung der US-Städte auf die Automotorisierung ist eine schwere Behinderung für viele Menschen. Diese MIV-Orientierung und die daraus resultierende langfristige Zersiedelung weiter Bereiche des Landes stellen eine besonders große Mobilitätsbarriere dar. Ein Umbau zu fahrrad- und fußgängerfreundlichen Städten mit guten ÖPNV-Angeboten ist nicht nur aus Gründen der Barrierefreiheit eine dringende Aufgabe, die die bisherigen US-Regierungen nicht einmal ansatzweise bewältigt haben. Bezogen auf die Umsetzung des erwähnten Artikels 28 der UN-BRK, hat die USA ein zunehmendes Defizit. So hat sich z.B. die dortige Arbeitslosigkeit von Menschen mit Einschränkungen in den letzten Jahrzehnten sogar noch erhöht auf mittlerweile 80%!

### Was ist denn in Deutschland bislang erreicht worden, wo sind Defizite?

Positiv ist, dass, vor allem seit der Verabschiedung des Bundesbehindertengesetzes (BBG) 1990 die Notwendigkeit der Barrierefreiheit klare gesetzliche Grundlagen bekommen hat und Interessenverbände auch die Umsetzung der Bestimmungen einklagen können. Langsam setzt sich das Verständnis durch, dass Barrierefreiheit allen Menschen hilft. In vielen Städten gibt es nun taktile Leitstreifen, sind Bordsteine abgesenkt oder wird in den Verkehrsmitteln ein besserer Einstieg, z.B. durch Niederflurfahrzeuge, ermöglicht. Durch die neueste 2012er Novelle des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) sind die Aufgabenträger nun gefordert, den ÖPNV bis zum Jahr 2022 vollständig barrierefrei zu gestalten. Der Bund hat die Defizite erkannt, die leider auch noch im öffentlichen Verkehr bestehen. Das sind eben nicht nur fehlende Fahrstühle und Stufen statt Rampen, sondern z.B. auch durchgehende Informationen für verschiedene Sinnesorgane. Überhaupt ist eine der größten Barrieren die Gewährleistung der durchgängigen oder, wie im PBefG formuliert, vollständigen Barrierefreiheit. Fahrstühle auf vielen Bahnhöfen oder die akustischen und visuellen Informationen in vielen Fahrzeugen nützen letztlich nichts, wenn eine andere Zugangsschwierigkeit besteht. Nur durch eine einzige Barriere kann die ganze ansonsten barrierefreie Reisekette gekappt werden.

### Wo sehen Sie die Gründe für die genannten Defizite? Zu wenig Geld in den öffentlichen Kassen?

Geld ist das eine, aber auch die Diskussion war lange Zeit als Randthema für eine Randgruppe stigmatisiert. Barrierefreiheit muss als Grundprinzip von Planen und Bauen, Gestalten und Programmieren, Informieren und Handeln begriffen werden – eben ein Design für alle. Defizite sehe ich noch bei der Einbeziehung privater Anbieter. Da sind noch zu wenige Auflagen für bestehende Einzelhandelseinrichtungen oder Sport und Freizeiteinrichtungen vorhanden. Hier kann man durchaus von den USA lernen. Finanzprobleme sehe ich vor allem bei der Umsetzung der vollständigen Barrierefreiheit im öffentlichen Raum und Verkehrssystem.

# Im Digital- und Kommunikationszeitalter stellen sich Fragen, die vor 25 Jahren noch gar nicht absehbar waren. Was kann die öffentliche Hand hier überhaupt leisten?

Hier liegt sicher noch einiges im Argen. Der Internetzugang wird als Informationsquelle immer wichtiger für alle Menschen. Eine gesellschaftliche Teilhabe ist ohne diesen Anschluss kaum noch möglich. Der Breitbandzugang für alle ist noch längst nicht gewährleistet und freies WLAN in öffentlichen Räumen ist ebenso eine Forderung der Barrierefreiheit wie verbindliche Regeln für den barrierefreien Aufbau von Webseiten mit wichtigen Informationen für die selbstbestimmte Lebensgestaltung. Der Ausbau des Netzes muss von der öffentlichen Hand vorangetrieben werden. Auch der kostenlose WLAN-Zugang kann von den Kommunen umgesetzt werden.

# Wo sehen Sie in Sachen Barrierefreiheit Deutschland international platziert, also nicht nur im Vergleich mit den Vereinigten Staaten?

Deutschland hat in Sachen Barrierefreiheit einiges vorzuweisen und hat sich Ziele für die weitere Verbesserung gesetzt, nicht zuletzt die vollständige Barrierefreiheit im ÖP-NV bis 2022. So nimmt Deutschland einen guten vorderen Platz ein. Vorbild ist aber immer noch Japan.

Senioren-Union:



# Wir müssen Politik für Ältere machen - andere tun es nicht

Ein Beitrag von Leonhard

Kuckart, dem stv. Bundesvorsitzenden und Landesvorsitzenden NRW der Senioren-Union

Zur Eröffnung des Bundesparteitages der CDU Deutschlands im Jahre 2014 fand ein ökumenischer Gottesdienst im Kölner Dom statt. Dabei beendete der Präses der evangelischen Kirche im Rheinland, Manfred Rekowski, seine Ansprache mit folgenden Sätzen: "Meine Damen und Herren, Sie sind Vertreter der CDU, und Ihre Partei trägt im Namen das "C" für christlich. Ich gehe deshalb davon aus, dass Sie Ihre Politik an christlichen Wertvorstellungen messen und ausrichten. Aus diesem Grunde möchte ich Ihnen sagen, der ältere Mensch, der in Windeln gewickelt im Bett eines Pflegeheims liegt, hat denselben Wert und dieselbe Würde wie das Baby, das in Windeln gewickelt im Bett eines Kinderzimmers liegt."

Aber wie sieht denn die Wirklichkeit tatsächlich aus? Im Rahmen der Krimi-Serie "Verdacht", die im ZDF läuft, lief am 9. Mai 2015 ein Beitrag unter der Überschrift "Grauzone". Hauptdarstellerin war Senta Berger. In dieser Sendung wurden kriminelle Machenschaften in einem Altersheim aufgezeigt, die auf wahren Begebenheiten beruhen. Auf die Frage eines Journalisten, wie das denn möglich sei, antwortete Senta Berger: "Alte Menschen haben keine Lobby."

Vor einiger Zeit bekam ich ein Gespräch mit, das zwischen zwei Männern geführt wurde. Einer der beiden schilderte, dass er aus der ehemaligen DDR stamme und nach der Wiedervereinigung versucht habe, als Fallschirmjäger tätig zu werden. Diese Möglichkeit ist ihm aber versagt geblieben, weil er dazu nicht die notwendigen körperlichen Voraussetzungen hatte. Er hat sich dann später als gelernter Schlosser auf die Position eines Hausmeisters in einem Altersheim beworben. Beim Vorstellungsgespräch wurde ihm gesagt, dass diese Stelle erst in sechs Monaten besetzt werden könne, aber man würde es sehr begrüßen, wenn er in der Zwischenzeit auf der Pflegestation des Altersheimes arbeiten würde. Auf seinen Einwand hin, er habe überhaupt keine Ahnung davon, antwortete ihm der Leiter des Altersheimes: "Das sind die besten Voraussetzungen."

Diese Beispiele zeigen uns, dass wir uns zukünftig noch stärker als bislang politisch für die Interessen älterer Menschen einsetzen müssen. Das ist unser satzungsgemäßer Auftrag, und nur dann haben wir auf Dauer auch eine Existenzberechtigung als politische Interessenvertretung für die ältere Generation. Es geht dabei auch grundsätzlich um die Situation älterer Menschen im Alltag und ihren Stellenwert in unserer Gesellschaft

Wir sollten also in diesem Jahr zwei Forderungen in den Vordergrund stellen:

1) "Seniorenämter für alle Kommunen" und 2) "Rechtsanspruch auf einen Seniorentagesplatz".

Seit vielen Jahrzehnten gibt es Jugendämter in unseren Kommunen, und zwar aus gutem Grund. Sie dienen dazu, jungen Menschen und Familien zu helfen, wenn sie Rat und Hilfe brauchen. Aber: Der Anteil älterer Menschen ist immer größer geworden und wird auch künftig weiterwachsen, die Lebenserwartung steigt von Jahr zu Jahr. Deshalb liegt es auf der Hand, dass ältere Menschen in hohem Alter, auch wenn die meisten von ihnen gesünder älter werden als noch vor 25 Jahren, nicht mehr alles können und Hilfe benötigen, Hilfe aus einer Hand am besten. Das neu zu organisieren, sollten sich die Kommunen und Stadträte auf die Fahne schreiben, denn die Einrichtung von Seniorenämtern ist überfällig und entspricht der demografischen Entwicklung. Es ist die Pflicht der Kommunen, Dienstleistungsangebote und Hilfen für Ältere in einem Amt, einem Seniorenamt, zu bündeln.

Unser zweites Thema sollte "Leben und Wohnen im Alter" sein. Denn es ist der Wunsch von über 90 Prozent der älteren Menschen, so lange wie möglich in den eigenen vier Wänden leben zu können. Es ist deshalb auch eine kommunale Aufgabe, alles zu tun, dass diesem berechtigten Wunsch älterer Bürger entsprochen werden kann. Wir brauchen dringend viel mehr an barrie-

refreien und bezahlbaren Wohnungen und Nebenkosten in einer Höhe, die von Rentnern auch getragen werden können. Wir brauchen darüber hinaus vor Ort ein Dienstleistungsangebot, das insbesondere die Bereiche Nah-, Lebensmittel- und medizinische Versorgung abdeckt sowie Dienstleistungen von Banken und Post beinhaltet. Ferner muss versucht werden, den älteren Menschen ausreichend Mobilität durch ein entsprechendes Angebot an öffentlichem Nahverkehr zu ermöglichen, gegebenenfalls durch Seniorentaxen.

Eine weitere Kernforderung ist der Rechtsanspruch auf einen Seniorentagesplatz, genannt Seta, analog zu einem Rechtsanspruch auf einen Kindertagesplatz für Unterdreijährige (Kitaplatz/U3-Platz). Der Anteil Älterer und pflegebedürftiger Älterer in unserer Gesellschaft steigt permanent. Deshalb wäre es sinnvoll, wenn die Bundesregierung einen Rechtsanspruch auf einen Tagesplatz gesetzlich verankern würde. Es liegt im Interesse älterer Menschen, aber auch im Interesse der Gesellschaft, dass volkswirtschaftlich sinnvolle Lösungen für die Pflege von Älteren gefunden werden. Der Aufenthalt in Altersheimen ist erheblich teurer für den Steuerzahler als Tagesplätze. Deshalb brauchen wir einen solchen Rechtsanspruch - analog zum Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz für Unterdreijährige – und den Ausbau von Tagesplätzen, der in vielen Fällen die Voraussetzung dafür ist, dass ältere Menschen nicht in ein Altersheim müssen. Hinzu kommt: Viele Menschen pflegen Angehörige, Freunde und Bekannte zu Hause in den eigenen vier Wänden und sind oft an der Grenze ihrer Belastbarkeit. Es ist nachvollziehbar, dass die meisten Menschen so lange wie möglich in den eigenen vier Wänden leben und dort auch – soweit möglich - gepflegt und versorgt werden wollen. Seniorentagesplätze ermöglichen es, soziale Kontakte zu erhalten; nichts ist schlimmer als Vereinsamung. Ein Rechtsanspruch auf einen Seniorentagesplatz würde beste Voraussetzungen dafür schaffen, dass ältere Menschen möglichst lange ihre Heimat nicht verlieren.



Parteitagsdebatten in allen Facetten: Hier SU-Chef Prof. Dr. Otto Wulff mit Bernd Neumann, dem Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (r.), und Rainer Hayek, dem stv. SU-Bundesvorsitzenden und Landesvorsitzenden Niedersachsens.

Die SU auf dem 28. Bundesparteitag der CDU:

# Erfolgreicher **Einsatz** für ältere Menschen

Der eine oder andere mag ein wenig gestaunt haben, weil der gewohnte Stand der Senioren-Union in Karlsruhe erstmals einem Gemeinschaftsauftritt mit der Jungen Union, der Schüler Union und dem RCDS (Ring Christlich-Demokratischer Studenten) gewichen war. Unter dem Banner "Familienbande" brachten die vier Vereinigungen so den oft beschworenen Zusammenhalt der Generationen zum Ausdruck. Gar für eine "Union der Generationen" hatten in den letzten Jahren der Chef der Senioren-Union, Prof. Dr. Otto Wulff, und der leider in 2015 verstorbene JU-Vorsitzende Philipp Mißfelder immer wieder intensiv geworben. Alles in allem gelang erneut ein harmonischer und erfolgreicher Auftritt, der von viel Parteiprominenz und Gästen des Parteitags zum intensiven Gedankenaustausch und Polit-Talk genutzt wurde. Erfolgreich verlief der Bundesparteitag im Südwesten der Republik für die Senioren-Union auch hinsichtlich der inhaltlichen Arbeit. Als zweitgrößte Vereinigung innerhalb der CDU hatte sie mehrere Anträge ins Rennen geschickt. So zum Beispiel die Anträge mit den Kürzeln C39 und C40, die sich mit der Förderung von geeignetem Wohnraum für ältere Menschen beziehungsweise mit der Verbesserung der Attraktivität von betrieblicher Altersvorsorge

beschäftigen. Beide Anträge der Senioren-Union wurden vom Parteitag an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur weiteren politischen Aufarbeitung und Umsetzung überwiesen. Dies ist als Erfolg zu werten, soll nun doch das Parlament als Gremium mit politischer Gestaltungsmacht sich dieser Problematiken annehmen.

Auch im Rahmen dreier Anträge des Bundesvorstands der CDU setzte die Senioren-Union Akzente. Beispielsweise konnte sie Änderungen beim Antrag E48

Freibeträge auf Renteneinkünfte bei Grundsicherung im Alter und Erwerbsminderung - durchsetzen, ebenso wie beim Antrag F50, der sich mit der Altersvorsorgepflicht für hauptberuflich Selbstständige befasst. Dass die Senioren-Union mit ihren Vorschlägen und Forderungen im Bereich Rente, Rentenübergang und nachberufliche Tätigkeiten in der Politik Gehör findet, zeigte sich in besonderer Weise wenige Wochen vor dem Bundesparteitag. Einigte sich doch im November die Große Koalition auf die sogenannte Flexi-Rente (vgl. auch S. 24), die von der Senioren-Vereinigung in einem gemeinsamen Positionspapier mit der Jungen Union und der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU angeschoben worden war.



Familienbande

Plausch der Generationen: Vertreter von Junger Union und Senioren-Union beim Polit-Talk.



Ex-CDU-Generalsekretär Heiner Geißler und Alfons Gerling, stv. Bundesvorsitzender der SU.



Bundestagspräsident Dr. Norbert Lammert im Gespräch mit dem Bundesgeschäftsführer der SU, Jan Peter Luther.

# AUS DER SENIOREN-UNION



Pünktlich zum 28. Bundesparteitag der CDU in Karlsruhe ging die neue Homepage der Senioren-Union der CDU Deutschlands an den Start, sprich online. Mit dieser neuen, sehr klar strukturierten und modernen Kommunikationsplattform die Senioren-Union ein kla-

res Signal setzen, dass die Aktivitäten wie auch die Präsenz der Senioren-Union in den elektronischen Medien verstärkt werden sollen. In 2016 und im Vorfeld der Landtagswahlen Mitte März sollen weitere Elemente hinzukommen, etwa ein monatlicher Newsletter, der zwischen den Erscheinungszyklen von Souverän aktuelle Themen und Ereignisse im Bund wie auch in den Ländern vermitteln kann und soll. Auf den Seiten der Senioren-Union finden sich neben aktuellen Meldungen und Berichten aus der Vereinigung auch wichtige Positionspapiere, wie etwa zur Europa- oder Flüchtlingspolitik.

# Landesverband Oldenburg:

# **Traumergebnis für Egon Müller**

Rund 100 Delegierte und zahlreiche Gäste aus den neun Kreisverbänden kamen zum diesjährigen Landesdelegiertentag der Senioren-Union im CDU-Landesverband Oldenburg in Sage, um u.a. den Landesvorstand neu zu wählen. Mit dem Spitzenergebnis von 95,6 Prozent wurde Egon Müller aus Damme (im Foto 2. v. l.) als Landesvorsitzender für zwei weitere Jahre im Amt bestätigt. Neben Müller gehören dem neuen Landesvorstand an: die beiden stellvertretenden Landesvorsitzenden Heidi Exner aus Edewecht und Dr. Hans-Joachim Bopp aus Cloppenburg, als Schriftführer Günter Reise aus Großenkneten und als Schatzmeister Karl Krieger. Das Hauptreferat hielt der Vorsitzende der CDU-Fraktion im Niedersächsischen Landtag und stellvertretende CDU-Landesvorsitzende Björn Thümler MdL. Überschrieben war sein Referat: "Verantwortung für Niedersachsen – auch in der Opposition". Der alte und neue Landesvorsitzende Egon Müller ging u.a. auf die Oldenburger Anträge zum jüngsten Parteitag der CDU in Niedersachsen ein. Die Senioren-Union hatte die Weiterentwicklung der Palliativund Hospizeinrichtungen gefordert. Begründet war der Antrag mit dem Wunsch Schwerkranker und Sterbender, in heimatlicher Nähe versorgt und in der letzten Stunde begleitet zu werden. Müller plädiert dafür, solche Stationen zu vernetzen und auch eine Hospizkultur zu entwickeln. Seiner Meinung nach sind sie in die Hausarztversorgung zu integrieren. Ein zweites wichtiges Anliegen sei der Senioren-Union das Betreuungsgeld. Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts fordert die heimische Union, dieses Geld nun durch das Land den Familien zukommen zu lassen mit der Einführung eines eigenen Landesbetreuungsgeldes. Nur so gebe es eine echte Wahlfreiheit und vor allem Wertschätzung der Erziehung.

# Bundesverdienstkreuz für Saar-SU-Chef:

# **Hohe Auszeichnung**

Im Rahmen einer Feierstunde in der Staatskanzlei des Saarlandes überreichte Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer dem ehemaligen Präsidenten des Landgerichts Saarbrücken, Günther Schwarz, das Bundesverdienstkreuz am Bande. Schwarz, der seit 2008 Landesvorsitzender der Senioren-Union Saarland ist, wurde auf Vorschlag der Ministerpräsidentin ausgezeichnet. Die Ehrung gilt dem besonderen ehrenamtlichen Engagement, das laut Kramp-Karrenbauer weit über das gewöhnliche Maß hinausgehe. So lenkt der ehemalige Landtagsabgeordnete und Landgerichtspräsident u.a. die Geschicke der Landessektion des Bundes gegen Alkohol und Drogen im Straßenverkehr (BASD). Ferner engagierte Günther Schwarz sich saarländischen Schwesternverband, der Ökumenischen Sozialstation St. Ingbert - Blies und Mandelbachtal e. V. und in weiteren sozialen Projekten. Besonders wichtig: Seit 2005, als das Gesetz zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung und der Regelung des Aufenthaltes und der Integration von Unionsbürgern und Ausländern (Zuwanderungsgesetz) in Kraft trat, bekleidet Schwarz das Amt des Vorsitzenden der Härtefallkommission. Dies ist eine schwierige und verantwortungsvolle Aufgabe, der er sich bis heute stellt. Bei rund 100 Eingaben pro Jahr sind rund 400 Menschen betroffen.

Günther Schwarz, links von Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer, im Kreise von Freunden aus der Senioren-Union Saarland.





Bundesvorstandssitzung im Dezember:

# Hoher Gast aus Brüssel



Zur letzten Sitzung des Jahres 2015 kam der Bundesvorstand der Senioren-Union am 30. November und 1. Dezember in Berlin zusammen. Prominenter Gast: der ehemalige Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Günther Oettinger (M.), seit 2014 EU-Kommissar für Digitale Wirtschaft und Gesellschaft, zuvor fünf Jahre lang EU-Kommissar für Energie.

Wie sollte es anders sein, die Aktualität diktierte die Agenda. Mit einigen pointierten Bemerkungen zum gerade begonnenen Weltklimagipfel in Paris startete Oettinger seinen Vortrag. So hinterfragte er die Sinnhaftigkeit der Ambitionen Europas beim Ziel der Senkung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes gegenüber 1990 um 40 %. Schließlich sei der alte Kontinent mittlerweile nur noch zu acht Prozent für die globalen Emissionen des klimaschädlichen Gases verantwortlich. Hier müsse man methodisch umschwenken und auch die finanziellen Ressourcen anders bündeln, um global effizienter zu wirken. Verstärkte Maßnahmen der Weltgemeinschaft seien allerdings unerlässlich, da sonst bei einer Erderwärmung von 2-3 Grad ganze Regionen rund um den Globus versteppen und damit die Flüchtlingswellen der nächsten Jahrzehnte ausgelöst würden.

Einmal gefallen, dominierte das Stichwort nicht nur den Vortrag, sondern auch die nachfolgende Diskussion. Oettinger kritisierte, dass wir "im deutschen RomantikTal" in den letzten Jahren über die Homoehe und viele andere Luxusthemen diskutiert, dabei aber die unmittelbare Nähe der Krisenherde völlig übersehen hätten, die drei Stunden Flug entfernt Ursache unserer jetzigen humanitären Probleme darstellen. Die Deutschen hätten lieber die Rente mit 63 finanziert als die Flüchtlingslager der UNHCR, deren miserabler Zustand die aktuelle Fluchtbewegung mit ausgelöst

Nun sei Fakt: Von den ursprünglich 23 Millionen Einwohnern Syriens beispielsweise säßen zehn Millionen noch in zerbombten Häusern, 13 Millionen seien auf der Flucht, davon sechs Millionen über die Grenzen hinaus in die Türkei, den Libanon und Jordanien. Rund um Europa mangele es wahrlich nicht an Krisenherden, die Auslöser von Fluchtwellen sind oder sein könnten, sagte Oettinger, auch mit einem kleinen Seitenblick auf die weitere Entwicklung in der Ukraine.

Primär die Bekämpfung der Fluchtursachen – und das im gesamteuropäischen Rahmen - sollte laut Oettinger in den Fokus genommen werden. "Denn", so prophezeite er, "wir werden erleben, dass eine Quotenregelung in Europa nicht funktionieren wird." Länder wie Estland, Litauen, die Slowakei, Polen oder Ungarn wollten keine Überfremdung und sich auch nicht an der deutschen Handlungsweise orientieren. "Wir müssen Milliarden in die Hand nehmen, um den Menschen in den Krisenregionen wenigstens eine bescheidene Perspektive in Form von Nahrung, Kleidung und Sicherheit zu bieten", so Oettingers Plädoyer. Die Menschen dort wollten "nicht unseren Lebensstandard, aber mehr Toleranz, weniger Todesgefahr und bessere Ausbildung für ihre Kinder".

Länder wie der Libanon, der mit seinen vier Millionen Einwohnern etwa 1,5 Millionen Flüchtlinge beherbergen muss, zeigen laut Oettinger, wie prekär sich die Lage noch entwickeln kann. Denn die Zahl der Flüchtlinge werde noch zunehmen, wenn die Ursächlichkeiten nicht bekämpft würden. Er plädierte dafür, dass die Türkei Teil der Lösung sein kann und muss, "ob wir das gut finden oder nicht", da geografisch die Flüchtlingsströme zu großen Teilen das Territorium der Türkei gueren bzw. tangieren. Wenn man Kontingentlösungen anstrebe, beinhalte dies, dass "die Kontrollen nicht in Passau, sondern in Anatolien stattfinden".

Kritisch äußerte sich der EU-Kommissar zum deutschen Asylrecht. "Warum wollen die meisten nach Deutschland und nicht nach Belgien, Bulgarien oder anderswo - weil wir Fußballweltmeister sind?", fragte Oettinger provokativ, um gleich die Antwort hinterherzuschicken. Nein, vielmehr gebe es "hierzulande noch immer einen guten Arbeitsmarkt, freie Anwaltswahl, Ärzte, die Atteste schreiben, Anwälte, die die Verhinderung von Abschiebung perfektionieren, langwierige Verwaltungsverfahren und vergleichsweise gute Sozialleistungen", was Deutschland zu einem Magneten für den Flüchtlingsstrom ma-

Trotz der nur knapp zur Verfügung stehenden Zeit kam Oettinger auch noch auf sein ureigenstes Thema zu sprechen: die digitale Revolution und ihre Folgen. "Die einen betreiben und nutzen sie, die anderen reagieren, die Dritten negieren sie", so der EU-Kommissar für Digitale Wirtschaft und Gesellschaft. Um im weltweiten Wettbewerb nicht abgehängt zu werden, vor allem von den USA, müssten wir uns alle, ob privat oder beruflich, den Folgen der "digitalen Revolution" stellen. So sei es richtig, dass Enkel heutzutage keine Postkarten mehr schicken, dafür aber fit sind mit Twitter, Facebook und Smartphone-Kommunikation. WIR müssten uns dieser Entwicklung öffnen und unsere Fähigkeiten anpassen, was auch eine enorme Aufgabe für das Bildungssystem darstelle. Mehr Lehrer fortbilden, mehr Schulen mit schnellem Internet ausrüsten, mehr berufliche Weiterbildung, mehr IT-Studiengänge, so skizzierte Oettinger die vor uns liegenden Aufgaben im Bereich Digitalisierung. Es bestehe ein Bedarf an 160.000 Informatik-Absolventen pro Jahr, die Zahl der Studienplätze müsse entsprechend erhöht werden.





# 20 Jahre ESU:

# Würdigung für **Bernhard Worms**

Aus Anlass der 20. Geburtstagsfeier der Europäischen Senioren-Union am 6. November 2015 würdigte Prof. Hans-Gert Pöttering, Chef der Konrad-Adenauer-Stiftung, sechs Jahre Vize- und zwölf Jahre ESU-Präsidentschaft von Dr. Bernhard Worms. Hier einige Zitate: "Von 1990 bis 2002 ist er Bundesvorsitzender der Senioren-Union. Unter seiner Führung entwickelt sich die Senioren Union zu einer Erfolgsgeschichte. 1995 gründet er die Europäische Senioren-Union mit. Der überzeugte Europäer weiß, wie wichtig Respekt und Anerkennung für Lebensleistung und Erfahrung der älteren Menschen sind. Senioren sind keine Randgruppe, sondern eine starke Säule unserer modernen europäischen Gesellschaft. Ihnen gibt die Europäische Senioren-Union eine Stimme. Von 2001 bis November 2013 ist Bernhard Worms Präsident der ESU. Heute ist er deren wichtiger Berater und engagiert sich weiterhin, um Einfluss und Gewicht "seiner" ESU beständig auszubauen. Zeit seines Lebens und in all seinen Ämtern und Aufgaben zeichnet Bernhard Worms sich durch Fleiß und Zuverlässigkeit, Loyalität und Organisationsvermögen aus, durch seine Fähigkeit zum Dialog, zum Zuhören und seine Klugheit, nie den dritten vor dem ersten Schritt zu tun. Glücklich darf sich schätzen, wer Bernhard Worms seinen politischen Freund nennen darf."

### Österreich:

# Kandidatur für das höchste Staatsamt

Prof. Dr. Andreas Khol, Vorsitzender des Österreichischen Seniorenbundes (ÖSB). kandidiert für das Amt des Bundespräsidenten seines Landes. Er folgt damit einer Entscheidung der Österreichischen Volkspartei (ÖVP), die zusammen mit der Sozialdemokratischen Partei (SPÖ) gegenwärtig die Regierung bildet. Wahlberechtigt sind am 24. April alle Bürger vom 16. Lebensjahr an. Erstmals können auch Mitglieder ehemals regierender Häuser - in diesem Fall des Hauses Habsburg - Kandidaten benennen. Die Kandidatur Khols wird in Österreich und weiteren Ländern als Wertschätzung seiner Persönlichkeit wie auch des Seniorenbundes gewertet. Zum ÖSB gehören über 305 000 Senioren; er ist damit der stärkste Mitgliedsverband der Europäischen Senioren-Union (ESU) und besitzt durch die Vielfalt seiner Angebote für die ältere Generation hohe Anziehungskraft. Prof. Khol gehörte 23 Jahre dem Parlament



Prof. Dr. Andreas Khol (Mitte) mit dem früheren österreichischen Bundeskanzler (2000-2007) Wolfgang Schüssel (links) und Außenminister (seit Dezember 2013) Sebastian Kurz

(Nationalrat) an, davon vier Jahre als Präsident. Geboren wurde er 1941 in Bergen (Insel Rügen). Er hat mit sofortiger Wirkung seine gewählte Erste Stellvertreterin Ingrid Korosec mit der Geschäftsführung des ÖSB betraut.

# Östliche Partnerschaft: Johnenswerte Kontakte

Auf elf Organisationen aus sechs Ländern (Armenien, Belarus, Georgien, Moldawien, Ukraine und sogar Schweden) ist die Untergruppe "Kontakt zwischen den Senioren" der "Östlichen Partnerschaft" (EaP) angewachsen, teilt Tatjana Zelko aus Minsk mit. Im Einklang mit ihrem "Memorandum" vom Herbst vergangenen Jahres hat sich die zum Zivilgesellschaftlichen Forum (Civic Society Forum) der EaP gehörende Gruppe für 2016 viel vorgenommen: eine Analyse der Rentensysteme, Einflussnahme auf die Sozialpolitik, verbesserte Bildungschancen für Ältere und Erweiterung touristischer Offerten für Senioren. Die Initiative dazu geht von der belarussischen Organisation "Unsere Generation" aus, die in der ESU Beobachterstatus besitzt. Seit kurzem berät sie auch zwei (oppositionelle) Parteien des Landes bei der Gründung von Seniorenverbänden. Zur Teilnahme am nächsten Treffen des Forums in Berlin wurde die Warschauer Filiale der Polnischen Senioren-Union eingeladen.

# "Friends of ESU": weiter aktiv

Die im Dezember 2014 gegründete Gruppe von Abgeordneten des Europäischen Parlaments (MEPs) "Friends of ESU" versteht sich als Mittler zwischen den Mitgliedsverbänden der ESU und dem Parlament. Ihr Leiter, Heinz K. Becker (AT), legt Wert darauf, dass sich die Gruppe vor anstehenden seniorenpolitischen Entscheidungen in Plenum oder Ausschüssen berät und ihre Position bestimmt. Auch der Entwurf für ein Sozialprogramm der Europäischen Volkspartei (EVP) trägt die Handschrift der ESU-Friends. Sie dringen darauf, dass es der wachsenden Bedeutung der älteren Generation gerecht wird und auf eine altersgerechte EU-Politik zielt. Voraussichtlich im März wird sich die Gruppe bei einem internen Treffen über erste Ergebnisse ihrer Tätigkeit und die weitere Strategie austauschen. Heinz K. Becker MEP ist Vizepräsident der ESU und Generalsekretär des Österreichischen Seniorenbundes.

Ulrich Winz



# Tschechien: Bildungsoffensive und neue Basisgruppen

Die christdemokratischen Senioren Tschechiens (SKS) haben eine Bildungsinitiative gestartet. Wie Doz. Lidmila Nemcova (ESU-Vizepräsidentin) schreibt, handelt es sich um ein Pilotprojekt. So treffen sich in der mährischen Stadt Zdár nad Sázavou (dt.: Saar) seit Anfang Januar jeden Monat für vier Stunden Senioren – auch aus den Pfarrgemeinden – und weitere Interessenten zu einem Seminar. Dessen Motto lautet: "Lebenslanges Lernen – der aktive Senior". Behandelt werden Themen wie: päpstliche Enzykliken, Geschäftsmoral und soziale Unternehmensverantwortung, die Weltreligionen und ihre Beziehungen, Medien und Macht, Kooperation und Solidarität zwischen den Generationen und schließlich "Biografien von Heiligen und ihre Botschaft für heute". Zdár (21. 000 Einwohner) besitzt mit der Wallfahrtskirche Hl. Johannes Nepomuk von Zelená

Hora (Grüner Berg), erbaut Anfang des 18. Jahrhunderts, eine UNESCO-Welterbestätte – eine kleine barocke Kirche in der Form eines fünfzackigen Sterns, von einem Friedhof und Umgang (Ambitus) umringt. Die kürzlich abgehaltene Generalversammlung der SKS hat sich anerkennend zur Mitarbeit ihrer Repräsentanten in staatlichen Gremien ausgesprochen: Im Tschechischen Seniorenrat ist Dr. Vaclav Roubal als Vizepräsident engagiert, in der Regierungsplattform für eine Rentenreform Lidmila Nemcova und im Rat der Regierung für anhaltende Entwicklung Dr. Vavlav Nemec. Als seine Hauptaufgabe sieht der Seniorenverband jetzt die Ausdehnung seiner Aktivitäten und die Gewinnung neuer Mitglieder. Dazu ist die Gründung weiterer Gruppen außerhalb Prags vorgesehen. Im nächsten Jahr soll erneut eine ESU-Regionalkonferenz "Ost" ausgerichtet werden.



Die tschechischen Senioren haben sich als Gastgeber für Regionalkonferenzen bewährt. Unser Bild von 2014: die Organisatoren mit ihren Nachbarn aus Polen und Deutschland. 6.v.l.: ESU-Präsidentin An Hermans

# ESU: Konferenzen in Ungarn und Slowenien

Zum ersten Mal in der 20-jährigen ESU-Geschichte sind diese beiden Länder 2016 Ausrichter von Regionalkonferenzen. Die Vorbereitungen für Budapest (26./27.Mai) und Ljubljana (Herbst) sind im Gange. Präsidentin An Hermans und Generalsekretär Dumon sind zu diesem Zweck kürzlich auf Einladung des Robert-Schuman-Instituts nach Budapest gereist. Thematik und Programm der Tagungen waren bei Redaktionsschluss noch nicht bekannt. Aus Ungarn gehören derzeit zwei und aus Slowenien drei Seniorenverbände der ESU als Mitglieder an. Anton Bogataj (Slowenien) ist einer der Vizepräsidenten der ESU.

# Sie haben das Wort ...

Ihre Meinung zu den Artikeln in Souverän interessiert uns. Bitte schreiben Sie uns:



Senioren-Union der CDU Deutschlands Leserbriefe Konrad-Adenauer-Haus Klingelhöferstraße 8 10785 Berlin

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe sinngemäß zu kürzen.

#### Migrationsdebatte

## Zur Souverän 3-2015, S. 8 ff., 4-2015, S. 16 ff. und Editorial

Im Grunde ist bei uns bekannt, dass in den islamischen Familien, im islamischen Recht (das sich weitgehend auf die Religion gründet) und in den islamisch geprägten Staaten ein Familien- und Frauenverständnis existiert, das sich grundlegend vom Verständnis in den europäischen und westlichen Staaten unterscheidet (dies gilt übrigens in etwas anderer Art und Weise auch für die Verhältnisse in China und Indien). Wir fordern jetzt von Zuwanderern aus der islamischen Welt die Anerkennung unserer Grundrechte und Grundwerte. Dies ist m.E. eine sehr theoretische Forderung, die diese individuelle kulturelle Prägung der Zuwanderer (übrigens auch der aus dem afrikanischen Raum) völlig verkennt. Wenn man vom einzelnen Menschen, der zu uns kommt (vor allem von den Männern), ausgeht, dann wird einem schnell bewusst, dass man etwas fast Unmögliches von ihm fordert, diese kulturelle Vorprägung – quasi über Nacht – abzulegen und sich persönlich, in seiner Familie und in seinem Verständnis der Frauen radikal umzustellen. Die jüngsten Beispiele in Köln und an anderen Orten zeigen dies deutlich. Daraus ergeben sich m. E. konkrete Folgen für unsere Maßnahmen bei der Aufnahme von Zuwanderern:

· Unser Asylrecht umfasst grundsätzlich kein Bleiberecht. Wir müssen den Deutschen wie den Zuwanderern klar sagen, dass unser Asylrecht ein Schutzrecht auf Zeit ist – und dass wir davon ausgehen, dass sie wieder in ihre Heimat zurückkehren, wenn dort die Gefährdungslagen nicht mehr bestehen. Viel zu sehr steckt in unseren Diskussionen noch die Vorstellung, dass die (alle) Zuwanderer auf Dauer bei uns bleiben sollen/können.

- · Wir müssen den Deutschen wie den Zuwanderern klarmachen, dass unser Asylrecht ein Schutzrecht, aber kein Integrationsrecht beinhaltet. Dies bedeutet, dass unsere Integrationsanstrengungen auf diesen zeitlich befristeten Aufenthalt, nicht aber auf einen Daueraufenthalt ausgerichtet sein müssen.
- · Wir müssen stärker dafür eintreten, dass die Ursachen der Zuwanderung vor Ort, in den Herkunftsländern, beseitigt werden und dass den Flüchtlingen dort, in den Herkunfts- und Nachbarländern, wirksamer geholfen wird.

## Gerhard Winter, 71522 Backnang, Senioren-Union Baden-Württemberg

In den letzten Wochen und Monaten liest, hört und sieht man via TV ein immer deutlicher werdendes Wehklagen der Politik quer durch alle Parteien, wie man, in Anbetracht der immer weiter zunehmenden Flüchtlingsströme, auf kommunaler Länder- und Landesebene reagieren sollte. Mir scheint, dass hier niemand ein plausibles, der Realität angepasstes, aber auch funktionierendes Konzept vorweisen kann. Im Gegenteil (!) ... Ich als "Normalbürger", politisch interessiert und engagiert, fange selbst bei meiner eigenen Partei an zu zweifeln, ob – und wenn überhaupt – das hehre Motto von Frau Merkel "Wir schaffen das", auf die Dauer überhaupt zu packen ist (?), denn das "wir" war ja nicht auf die Europäische Staatengemeinschaft insgesamt gemünzt, sondern ausschließlich auf uns Deutsche. ... Bei der derzeit herrschenden humanitären Mammutaufgabe, die im Übrigen beide Seiten – nicht nur uns Bürger, sondern auch die Flüchtlinge – trifft, zeigt sich immer deutlicher die totale Überforderung fast aller Organe, denn das "System", das ja nie eines war, hat sich selbst an die Wand gefahren. Ganz zu schweigen vom Verhalten des verneinenden Europas. Zum Glück gibt es noch genügend Bürger, auch ich gehöre seit neun Monaten dazu, die sich ehrenamtlich dafür einsetzen, den mehr als traumatisierten Menschen als Wegbegleiter zu dienen, der ihnen hilft, sich in dem neuen, fremden Umfeld langsam, aber sicher zurechtzufinden. Der schon jetzt vorhandene Rückstau von unbewältigten Problemen ist eine so schwerwiegende Last, dass an ihr noch unsere Nachfolgegeneration genügend zu knabbern haben wird. Die Frage an all unsere politischen Entscheidungsträger sei erlaubt: "Habt ihr Politiker wenigstens für die Zeit danach einen Plan?" ...

### Karl-Heinz Broesamle, 26188 Edewecht

Wir feiern in diesem Jahr 70 Jahre Frieden, 25 Jahre Wiedervereinigung, eine ständig sinkende Arbeitslosigkeit, allgemeinen Wohlstand: Sind das nicht Umstände, für die man nur dankbar sein kann? Kann man da nicht mit viel Zuversicht in die Zukunft sehen? ... Kein Wunder, dass Menschen aus den Regionen der Welt, die unter Krieg, Terror, Armut, Arbeitslosigkeit oder Naturkatastrophen leiden, hierher zu uns flüchten. Wir müssen versuchen, diesen Flüchtlingsstrom zu kanalisieren; aber ihn aufhalten oder verringern kann man nur, wenn es gelingt, Not und Unterdrückung in den Ursprungsländern abzubauen. ... Wir haben als verwüstetes und armes Land im Jahre 1945 14 Millionen Flüchtlinge aufgenommen und integriert; jetzt, wo wir reich sind, glaubt eine steigende Anzahl von Mitbürgern, eine Million Zuwanderer jährlich würden uns umbringen.

Was aber treibt satte Menschen, die im Überfluss leben, zu Angst und Unzufriedenheit? ... Erkennen wir Fehler, die in der Vergangenheit gemacht wurden und auch heute gemacht werden, versuchen wir konstruktiv, sie zu vermeiden; aber darum resignieren, in Angst und Panik geraten?? Unsere Regierung ab- und die Europäische Union auflösen? Der Bundesrepublik eine "schwere Staatskrise" vorhersagen? Und das liest man in der "Souverän" von einem Professor Asch, der zur offenen Diskussion auffordert, aber nicht weiß, mit welchem Deutschland sich Einwanderer identifizieren sollen, und für den es anscheinend nur den Terrorstaat von Hitler, aber kein bewunderungswürdiges oder liebenswertes Deutschland in der Gegenwart oder Vergangenheit gibt. "Jetzt müsse (von ihm) Klartext in der Flüchtlingskrise gesprochen werden." (Was meint er wohl damit?) Weiter behauptet er: "Die Welt kann nicht mit der Bergpredigt regiert werden! ... Das Chaos, mit dem wir jetzt konfrontiert sind, ist daher auch innerhalb der EU vorprogrammiert gewesen, wird aber letztlich den nationalen Regierungen zugerechnet werden, obwohl sie es nur zum Teil zu verantworten haben, selbst im Falle der wenig umsichtig agierenden Bundesregierung.

Das sind eben die üblichen Funktionsmechanismen der EU, eines schon vor seiner Vollendung gescheiterten Superstaates. Solche Sprüche von einem Menschen, der in gesicherter Stellung im schönen Freiburg lebt, machen nachdenklich. ... Was bezweckt er mit solchen Behauptungen, will er damit den Flüchtlingsstrom stoppen?? Will er damit seine negative Einstellung zu Deutschland, dem Christentum und Europa bezeugen? Fest steht doch, verfeindete oder fremde Menschen kann man nur zu guter Zusammenarbeit gewinnen, wenn man sich mit ihnen an einen Tisch setzt und in gleicher Augenhöhe mit ihnen spricht. ... Bomben und militärische Einsätze mögen manchmal unumgänglich sein, zu echtem Frieden haben sie noch nie geführt. Heute stehen viele Wohnungen in unseren ländlichen Gebieten leer, uns fehlen Fachkräfte besonders auch in den Pflegeberufen. So gibt es genügend Felder zur Integration der Flüchtlinge, die dringend bestellt werden müssen. Leisten wir schnell Hilfe mit den vielen ungenutzten Dingen, die wir gehortet haben (Kleider, Wohnungen, Geräte, Geschirr u. a.), setzen wir uns als gute Patrioten ein, die Flüchtlinge die deutsche Sprache zu lehren und sie durch unser Beispiel von unseren Werten zu überzeugen....

### Dr. Otto Edert. 27639 Wurster Nordseeküste

Diesmal hat mir "Souverän" besonders gut gefallen, offene Fragen wurden offen und ehrlich "angepackt". Machen Sie so weiter.

# Peter Rink, 15827 Blankenfelde-Mahlow, per E-Mail

In der letzten Ausgabe war ein Hinweis auf das Buch "Deutschland im Blaulicht" von Tania Kambouri. Nachdem ich das Buch gelesen hatte, war meine Adventsstimmung erst mal weg. Wäre schön, wenn der/die eine oder andere Abgeordnete (Land- und Bundestag) sich diese Lektüre zu Weihnachten schenken lassen würde. Nach dem Bericht von Frau Kambouri habe ich mir Sorge um meine Kinder und Enkel gemacht. Vor allem, was typisch ist für unsere Gesellschaft: Die Polizei soll wieder einmal alles richten. Die soll den Kopf hinhalten. Aber da gibt es doch noch die Judikative und die Legislative. Haben die keinen Kopf? Hinter welchem Hindernis hat sich eigentlich die Politik versteckt? Das bringt mich alles sehr zum Nachdenken. An die mutige Frau Kambouri: Alles Gute, und bleiben Sie gesund bei Ihrem Beruf!

Hans-Dieter Ostermeier, 78479 Reichenau

Jens Spahn (Hg.) Ins Offene Deutschland, Europa und die Flüchtlinge Die Debatte HERDER

### Ins Offene

Europa 2015 - Millionen Flüchtlinge machen sich auf den Weg ins "gelobte Land", Grenzkontrollen werden eingeführt, Zäune an der Außengrenze des Schengenraumes gebaut. Niemand hat noch vor Kurzem das Ausmaß dieser neuen Völkerwanderung voraussehen können. Fest steht schon jetzt: Das wird unser Land und Europa verändern. Meinungsstarke Autorinnen und Autoren stellen ihre Sicht auf die aktuelle Entwicklung pointiert dar, sie beleuchten Risiken und Chancen und wagen einen Ausblick auf die kommenden Monate und Jahre. Mit Beiträgen von Herfried Münkler, Boris Palmer, Sineb El Masrar, Julia Klöckner, Klaus von Dohnanyi, Mouhanad Khorchide, Franz-Josef Overbeck, Bernd Fabritius, Wido Geis, Michael Hüther, Wolfang Ischinger, Markus Kerber, Bruno Le Maire, Peter Limbourg, Carsten Linnemann, Wolfgang Niersbach, Hermann Parzinger, Julian Reichelt, Oliver Samwer, Markus Söder und Paul Ziemiak.

Jens Spahn (Hrsq.): Ins Offene, Verlag Herder, Freiburg, 2015, ISBN 978-3-451-34997-3, Preis: 19,99 Euro

# Schwankender Westen

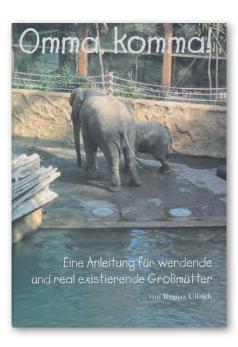
Udo Di Fabio ist einer der renommiertesten Verfassungsrechtler und Gesellschaftsanalytiker in Deutschland. Er ist Professor an der Universität Bonn und war zwölf Jahre Richter des Bundesverfassungsgerichts. Sein Buch analysiert die Fundamente der westlichen Gesellschaft, zeigt deren Gefährdungen auf und plädiert für ein neues Gesellschaftsmodell. Untersucht werden die Auswirkungen, die instabile Finanzmärkte, die Griechenlandkrise oder der Islamische Staat auf den Westen haben und Europa aus dem Tritt bringen. Das fundierte Werk zeigt auch auf, welches Bild vom Menschen und der Welt uns leitet, warum westliche Errungen-



schaften wie die Würde und Freiheit der Person und Institutionen wie Demokratie. Rechtsstaat und soziale Marktwirtschaft in Gefahr sind und wie wir das Bewusstsein für die Stärken des Westens und die Rolle Europas schärfen und die Vision eines neuen Gesellschaftsmodells verwirklichen können. Udo Di Fabio: Schwankender Westen - Wie sich ein Gesellschaftsmodell neu erfinden muss, C. H. Beck-Verlag, München, 2015, 272 S., ISBN 978-3-406-68391-6, Preis: 19,95 Euro

# Omma, komma!

"Omma, komma!" lässt den Schluss zu, dass es sich um eine humorige Aneinanderreihung von Anekdoten handelt, die die Beziehung zwischen Oma und Enkelchen beleuchten. In Wirklichkeit jedoch bietet dieses Buch neben dem erheiternden Kindermund, der immer wieder für ein Schmunzeln oder Lachen sorgt, in erster Linie Tipps und Tricks für den Umgang mit dem Omasein und nicht



# BUCHTIPPS

zuletzt auch für den Umgang mit dem Enkelkind. Unverkennbar beruhen diese Ratschläge auf eigenen Erfahrungen der Autorin und auf guter Beobachtungsgabe ihrer Umwelt. Auch geht es um zahlreiche Fallbeispiele, Begebenheiten und Vorkommnisse aus der Realität. Und natürlich stehen die diversen Geschichten rund um das Omasein im Vordergrund. Geschichten, die unterhalten, aber auch Fragen aufwerfen.

Regina Ullrich: Omma, komma! Eine Anleitung für werdende und real existierende Großmütter, Hellwach-Verlag, Langenfeld, 2011, ISBN 978-3-00-031527-5, 10,- Euro

# Ratgeber zur Pflege 2015

Nachdem die Leistungen für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen mit dem zum 1.1.2015 in Kraft getretenen ersten Pflegestärkungsgesetz spürbar verbessert worden sind, steht ab sofort der "Ratgeber zur Pflege – Alles, was Sie zur Pflege und zum neuen Pflegestärkungsgesetz wissen müssen" in einer aktualisierten Neuauflage zur kostenfreien Bestellung zur Verfügung. Der "Ratgeber zur Pflege" ist ein wertvoller Begleiter für Pflegebedürftige, ihre Angehörigen und Pflegekräfte. Die Broschüre bietet einen Überblick zu den Leistungen der Pflegeversicherung. Sie erklärt wichtige gesetzliche Regelungen für die Pflege zu Hause und nennt Kriterien für die Auswahl einer geeigneten Pflegeeinrichtung. Dabei werden zentrale Fragen beantwortet, wie: Was ändert sich in der häuslichen, ambulanten und stationären Pflege? Wie wird die Finanzierung der Pflege gestärkt?

Der "Ratgeber zur Pflege" kann auf der Internetseite des Bundesgesundheitsministeriums (www.bmg.bund.de), Rubrik Service, kostenlos unter dem Menüpunkt Publikationen bestellt oder heruntergeladen werden.





# Exklusiv für die Senioren-Union der CDU Deutschlands

Flusskreuzfahrten verbinden auf ganz wunderbare Weise die Annehmlichkeiten eines schwimmenden Komforthotels und das Erleben und Entdecken von Ländern und Menschen. Exklusiv auf den Schiffen der AMADEUS-Flotte erleben Sie im geruhsamen Reisetempo entlang der schönsten Flüsse Europas traumhafte Metropolen und einzigartige kulturelle Momente. Genießen Sie an Bord Ihrer AMADEUS-Schiffe den exzellenten Service und die herzliche Atmosphäre auf Europas schönsten Wasserstraßen.

#### TULPENREISE

8-tägige Kreuzfahrt Amsterdam – Amsterdam auf der MS Amadeus Elegant Termin: 26.03.2016

ab 525 Euro p. P.

#### **OUER DURCH EUROPA**

15-tägige Kreuzfahrt
Amsterdam – Budapest oder Gegenrichtung
auf der MS Amadeus Silver/Princess
Termine: 10.06.2016 Ams – Bud (Silver)
25.06.2016 Bud – Amsterdam (Princess)

ab 1.669 Euro p. P.

#### **JAZZKREUZFAHRT**

8-tägige Kreuzfahrt Paris – Paris auf der MS Diamond Termin: 06.10.2016

ab 1.563 Euro p. P. inkl. Ausflugspaket im Wert von 720 Euro

Nur solange der Vorrat an Angebotskabinen reicht. Es gelten die Allgemeinen Reisebedingungen von Amadeus Flusskreuzfahren.

